

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 41 / FRÜHJAHR 2014



Zurück ins 19. Jahrhundert? Europa und der wiederaufflammende Nationalismus

Die Stimme des Intellektuellen:

ALLES ODER NICHTS

Robert Menasse

Das Interview:

WIR WOLLEN KEINE WELTPOLIZISTEN SEIN

Jo Leinen

Die Analyse:

DIE SCHWEIZ BLEIBT EIN SONDERFALL

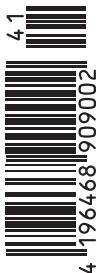
Jürg Müller-Muralt

Die Bildreportage:

BEGEGNUNGEN IN TRANSKARPATIEN

Christian Müller

D, A: 9 Euro, CH: 15 Franken



Die Geschenkidee für alle Fälle: agora⁴²-Gazette-Sixpack!

Alle, die in einer Wüste der Gedankenarmut ohne gesellschaftlich Perspektiven und ökonomische Alternativen nach geistiger Erfrischung suchen, können jetzt auf das SIXPACK zugreifen - gefüllt mit dem philosophischen Wirtschaftsmagazin agora42 und dem politischen Kulturmagazin DIE GAZETTE.

Das SIXPACK umfasst insgesamt sechs Hefte zu Themen, die grundlegend für unsere Lebenswelt sind, über die aber weithin Verwirrung herrscht. Mit dem SIXPACK sehen Sie klarer!



agora42:

02-2013: WOHLSTAND

01-2013: KEIN ENTKOMMEN AUS DER KRISE?

05-2012: SELBSTLÄUFER DEMOKRATIE?

DIE GAZETTE

35, Herbst 2012: FINANZSYSTEM

38, Sommer 2013: ALTERNATIVEN

39, Herbst 2013: EINKOMMEN

Das Sixpack kostet geschenkfertig eingepackt und inkl. Porto 38 Euro (statt 57,65 Euro beim Kauf der betreffenden Einzelausgaben); außerhalb Europas 42 Euro. Bestellung über: agora42.de oder gazette.de

Die Europäische Union ist in den letzten Wochen gleich mehrfach in den Fokus des politischen Interesses geraten:

- in Kiew durch die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den EU-freundlichen Demonstranten und den Ordnungshütern im Auftrag des eher Russlandfreundlichen Staatspräsidenten,
- in der Schweiz durch die Volksabstimmung zur sogenannten Masseneinwanderungsinitiative, durch deren – wenn auch knappe – Annahme die Schweiz de facto die Teilnahme an der europäischen Personenfreizügigkeit aufgekündigt hat.



Die EU von außen gesehen: in einem Land bewundert und mit dem Wunsch der Annäherung, in einem anderen Land kritisiert und mit dem Wunsch nach größerer Distanz.

Das im Hinblick auf die Wahlen zum Europa-Parlament (im Mai 2014) bereits Ende 2013 von der Redaktion festgelegte Schwerpunktthema der hier vorliegenden GAZETTE – „Europa und der wieder-aufflammende Nationalismus“ – ist, auch wenn es auf den ersten Blick so scheinen könnte, keineswegs eine Anlehnung an die Tagesaktualität. Die überlassen wir gerne dem Rundfunk, dem Fernsehen und der Tagespresse. Die Ereignisse in der Schweiz und in der Ukraine bestätigen nur die grundsätzliche Frage nach dem Stellenwert des Nationalstaates, nach seiner – echten und vermeintlichen – Souveränität und nach seiner denkbaren Ablösung durch transnationale Bündnisse. Anders gefragt: Passt der im 19. Jahrhundert „erfundene“ Nationalstaat überhaupt noch zu unserer globalisierten Welt?

Verlag und Redaktion sind sich einig, Die GAZETTE als gewichtige politische Stimme in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz bekannter zu machen. Nicht mit Marketing und Werbung, sondern mit Inhalt und diskussionsfähigen Positionen. Aus diesem Grund freut es uns besonders, dass wir mit dem international bekannten Romancier und Max-Frisch-Preisträger 2014 Robert Menasse aus Wien und seinem Plädoyer für „Mehr Europa“ nicht nur die Stimme eines bedeutenden Intellektuellen, sondern auch eine Stimme aus Österreich im Blatt haben. Der – aus nationalstaatlicher Sicht – grenzüberschreitende Gedankenaustausch innerhalb des deutschsprachigen Europa ist, davon sind wir überzeugt, dringlicher und notwendiger denn je.

Christian Müller
Chefredakteur

DER HERAUSGEBER GEHT – FRITZ GLUNK BLEIBT!

„Es muss immer noch was getan werden“

Die neue GAZETTE, die Sie, liebe Leserin und lieber Leser, jetzt in den Händen halten, ist in der Tat eine neue GAZETTE. Denn der Mann, der sie gegründet und zehn Jahre lang als Herausgeber federführend betreut hat, Dr. Fritz Glunk, ist als Lotse von Bord gegangen. Aber: Halt, Halt! Stimmt so nicht! So geht das nicht, Kollegen! – das würde Fritz Glunk jetzt sagen und seine blitzenden Augen hinter



der dicken Brille würden jeden Widerspruch zwecklos machen. Erstens – würde der studierte Sprachwissenschaftler Glunk sagen – ist dieses Wortspiel mit dem „Lotsen, der von Bord geht“ eine abgedroschene Phrase und der GAZETTE unwürdig. Und zweitens würde unser verhinderter Lotse sagen, dass er gar keinen Bock darauf hat, von Bord zu gehen, bestenfalls runter von der Kommando-Brücke. Und er würde auch weiterhin der GAZETTE als Autor, Fundgrube-Finder, Kolumnist und Kritiker für die nächsten (gefühlten) 50 Jahre zur Verfügung stehen. Glunk ist GAZETTE – und das ist auch gut so.

Im Jahr 1998 kam Glunk im zarten Alter von 61 Jahren auf die Idee, eine Online-GAZETTE zu gründen, um ganz bildungsbürgerlich dem Lesen von Büchern und der Förderung von Literatur eine Internet-Plattform zu bieten. Damit war's aber schnell vorbei, als Fritz Glunk merkte, dass diese unsere Welt nicht von bildungsbürgerlichem Kulturgut zusammengehalten wird. Auch wenn es ihm bis heute schwer fällt, „Das Kapital“ im Originaltext zu lesen und zu verstehen („Verdammt schwieriger Text“ – Glunk über Marx), war ihm schnell klar geworden, dass sich im Begriff des „Bildungsbürgers“ die Gewichte längst weg von der „Bildung“ in Richtung „Bürger“ verschoben hatten. Was zählt der Bürger denn noch in einer Welt globalisierter Finanzpolitik, imperialer Machtinteressen, staatlicher Überwachung und systematischer Umweltzerstörung? Braucht es nicht eine Stimme, eine kleine, aber eine kluge, und wenn's sein muss, eine laute, die einfach sagt: „So nicht! Und nicht mit uns!“ Dies war die Wende im Selbstverständnis der GAZETTE, aus der eine politische Stimme der Demokratie und der Aufklärung wurde. Aber das war Glunk nicht genug. In den Zeiten der Anbetung

des Internets und der Totengesänge auf den Print-Journalismus wurde – unserem Gründungs-Redakteur Andreas Odenwald sei ewiger Dank! – die Idee geboren: „Online ade, es lebe die gedruckte GAZETTE!“ Beschlossen bei einem guten Glas Rotwein auf der Terrasse des Glunk’schen Hauses in München-Schwabing im Juli 2003 und umgesetzt im März 2004. Wie es sich für ein richtiges Baby gehört nach neun Monaten gesunder Schwangerschaft! Seitdem gibt es die Print-GAZETTE – vierteljährlich, mittlerweile seit zehn Jahren und in 40 Ausgaben. Und mit Fritz Glunk als dem streitbaren Herausgeber, was die honorige Süddeutsche Zeitung in einem Rückblick auf 2013 dazu veranlasste, die GAZETTE zum „interessantesten politischen Magazin des Jahres“ zu küren.

Und Fritz Glunk, der spiritus rector des Projekts, ist er abgehoben auf die Höhen des Olymps? Nein! Einer ziemlich überraschten Redaktion erklärte er nach der erfolgreichen Fertigstellung des 40. GAZETTE-Heftes, dass er jetzt an seine Grenzen gekommen sei. „Ich bin 77 Jahre alt, ich kann nicht mehr zwölf Stunden am Tag arbeiten, jetzt müssen Jüngere ran!“ Die wurden auch schnell gefunden mit Christian Müller als neuem Chefredakteur an der Spitze. Aber Fritz Glunk als Ruheständler? Geht das? Das geht natürlich nicht! Nach wie vor schreibt und denkt er für die GAZETTE. Dazu ist er bei „Attac“ eingetreten und ist gefragter Diskussionsredner bei politischen Veranstaltungen der Gewerkschaften, der Grünen, der ÖDP, der Linken, der Katholischen Akademie ...

Ob konservativ oder liberal, ob oben oder unten – Glunk ist nicht altersmilde geworden, eher alterswilde. Und das mit dem Abschied vom stressigen 12-Stunden-Tag, liebe Leserin und lieber Leser, das können Sie auch vergessen. Der promovierte Linguist, der vor seinem Studium als Nachtschicht-Arbeiter in einer Stuttgarter Fabrik Kunstharz-Druckknöpfe für Aufzüge produzierte, der weltweit für das Goethe-Institut unterwegs war und viel beachtete Biografien über Dante und Proust schrieb – ein solcher Mann kennt nur den Unruhestand. Oder wie er gern den Hollywood-Star William Holden aus dem berühmten Kriegsfilm „Die Brücke am Kwai“ zitiert, nachdem das Dynamit für die Sprengung der verhassten Brücke endlich angebracht ist: „Jetzt denkst du, dass alles fertig ist, und dann fehlt doch wieder was. Es muss immer noch was getan werden.“

Fritz Glunk, der mit unserer Lektorin und Beirats-Mitkämpferin Christiane Wimmer (die für unsere Redaktionssitzungen die besten Suppen der Welt kocht) verheiratet ist, wird – sorry, liebe Frau Wimmer! – nicht ruhig zuhause sitzen und nur noch den Familienhund „Fränzi“ streicheln. Er wird in Abwandlung des Werbespruchs „Es gibt viel zu tun, packen wir’s an!“ das tun, was ein GAZETTE-Autor machen muss: „Es gibt viele zu packen. Tun wir’s ihnen an!“ In diesem Sinn, lieber Fritz Glunk: Danke für Ihre Arbeit als Herausgeber! Und weiter willkommen auf unserem Schiff in stürmischen Zeiten: Auf, Matrose, zur See!

Für die Redaktion der GAZETTE: Rudolf Schröck



Die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen vor den Wahlen im April 2012 an einer Parteiveranstaltung des Front National.

Foto: Rémi Noyon

Fundsachen

8 Fundsachen

Titelthema: Europa

- 15 DIE STIMME DES INTELLEKTUELLEN
**Das Ende der Alternativlosigkeit:
Alles oder Nichts**
Von Robert Menasse
- 23 HEIMAT
Heimat – Nicht nur ein Wort
Von Fritz R. Glunk
- 25 GAZETTE-INTERVIEW
**„Ein Sieg der Rechtspopulisten bei den
Europawahlen wäre eine Katastrophe!“**
Jo Leinen
- 29 DIE WILLENSNATION
Die Schweiz bleibt ein Sonderfall
Von Jürg Müller-Munalt
- 35 NATIONALE IDENTITÄT
Begegnungen in Transkarpatien
Von Christian Müller
- 51 WIEDERAUFFLAMMENDER NATIONALISMUS
Die Extremen zähmen
Von Carols Widmann
- 55 KONFLIKT ZWISCHEN VERSCHIEDENEN ETHNIEN
Frieden allein genügt nicht
Von Philipp Schaper

Völkerrecht

- 61 DEMOKRATISCHE KOMPETENZEN
Was ist eigentlich Souveränität?
Von Sebastian Heselhaus
- 65 DISKUSSION
Das Dilemma zwischen Recht und Moral
Von Pia Johanna Jaeger

Ideengeschichte

- 70 NATION
... eine Seele, ein geistiges Prinzip
Von Christian Müller

Rezensionen

- 75 **Ernst Jünger: *In Stablgewittern***
Von Rudolf Walther
- 77 **Elisabeth Klaus, Ulla Wischermann: *Journalistinnen***
Von Stefanie Oswalt
- 79 **Nils Müller, *Die alltägliche Reproduktion nationaler Grenzen*** (Redaktion)
- 81 **Joseph E. Schwartzberg, *Transforming the United Nations System; Designs for a Workable World***
Von Christian Müller

Lyrrik

- 83 **Brief aus China**
- 84 **To Guillaume Apollinaire**
Von Rebecca Watts

Kurzgeschichte

- 85 **Richtig und Falsch**
Von Maja Das Gupta

Aussteigen

- 89 UNTERWEGS IM BALKAN
Wanderung in den Frieden – und zu sich selbst
Von Volker Isfort

Genießen

- 94 HANNES REEH – WINZER UND REBELL
Zwischen Mozart und Nirvana
Von Rudolf Schröck

GAZETTE-Verlag

- 98 Autoren, Impressum



Seite 25



Seite 35



Seite 94

Fundsachen



ProgrammiererInnen an die Macht

Eine „Allianz“ von mehr als elftausend Pädagogen hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch „gemeinsames Nachdenken“ die „Zukunft des Lernens“ zu reformieren (www.hastac.org), insbesondere durch eine Verbindung zwischen den „zwei Kulturen“ Technologie und Geisteswissenschaften. Dort hat nun die Studentin Arielle Schlesinger den Vorschlag gemacht, den Feminismus endlich in die Programmiersprachen für Computer einzuführen. Karen Barad ist Professorin an der Fakultät für Feministische Studien in Santa Cruz, Kalifornien.

Im Rahmen meiner Forschungen soll eine feministische Programmiersprache auf einem nicht-normativen Paradigma aufgebaut werden, das alternative Methoden der Abstrahierung abbildet. Die Absicht dabei ist, bei Problemen neue Denkwege zu ermutigen und zu ermöglichen, damit wir Programme in einer feministischen Ideologie kodieren können.



(Steve Hillebrand)

Um meine bisherigen Forschungen zusammenzufassen, will ich hier die Details meiner Frage aufschlüsseln:

Die Idee entstand während einer Diskussion über normative und feministische Subjekt-Objekt-Theorien. Es wurde mir bewusst, dass objekt-orientierte Programmierung die normative Subjekt-Objekt-Theorie verdinglicht. Dies führte dazu, dass ich mich fragte, wie eine feministische Programmiersprache aussehen könnte, und zwar eine, die möglicherweise vielfältige Verschränkungen ermöglicht (nach Karen Barads Posthumanistischer Performativität).

Es wurde mir klar: Um ein Programm auf feministische Weise zu schreiben, würde man idealerweise eine feministische Programmiersprache verwenden. Was ist also eine feministische Programmiersprache? Ich sah mir einfach die vorhandenen wichtigen Programmier-Paradigmen an. Die Programmiersprachen gehören zu einer der vier folgenden Hauptgruppen: imperativ, funktional, objekt-orientiert und Logik. Ich beschloss, eine feministische Logik zu erforschen, damit dann eine feministische Programmiersprache abgeleitet werden könnte.

Derzeit untersuche ich feministische Logik-Kritiken in der Hoffnung, daraus brauchbare Rahmenbedingungen für die Schaffung einer feministischen Programmiersprache zu skizzieren.

Wenn das Vorhaben Sie interessiert und Sie mir dazu irgendein Feedback geben möchten, würde ich das aufrichtig begrüßen. Danke für je-

des Feedback. Ich würde sehr gern einen Dialog darüber eröffnen, woran ich gerade arbeite und wie ich zu Antworten auf mein Forschungsproblem komme.

Ruinen-Tourismus in Detroit

Die Los Angeles Times berichtet über den einzigen boomenden Wirtschaftszweig der verfallenden Stadt Detroit:

Prostituierte laufen schon ab 8 Uhr morgens die Straßen ab, auf den schuttbedeckten Parkplätzen wuchert das Unkraut, hellrosa Graffiti an den Wänden hohler Gebäude, und auf der Tafel einer verlassenen Schule steht: „Ich schreibe nicht leerstehenden Häusern.“

Oliver Kearney, ein junger englischer Architekt, machte an seinem ersten Tag in Detroit 2000 Fotos. Alle 2000 auf einer einzigen Besichtigungstour.

Er hatte seinen Vater zu dieser Reise überredet und begegnete einer boomenden Industrie: Stadtrundfahrten zu aufgelassenen Fabriken, Kirchen und Schulen.

Geführt von Jesse Welter krochen sie auf Händen und Knien in einen seit langem geschlossenen Bahnhof; durch eine Lücke im Zaun gelangten sie in das Treppenhaus von etwas, was vor langer Zeit einmal ein luxuriöses Hochhaus gewesen war; unter einfallenden Türstöcken betraten sie gebückt den Saal, in dem die Rockband „The WHO“ ihr erstes Konzert in den USA gegeben hatten.

„In Detroit kann man wirklich die ganze Geschichte einer Stadt spüren“, sagte der Fotograf, „in Europa werden Gebäude, die verfallen, einfach abgerissen.“

Das gibt es hier nicht. Die Stadt hat 78 000 leerstehende Gebäude, und der Abriss eines Wohnhauses kostet 8000 Dollar. Den Betrag kann die insolvente Stadt nicht aufbringen.

Offiziell wird mitgeteilt, dass in 85 Prozent der 143 Quadratmeilen großen Stadt die Bevölkerung abgenommen hat, und Appelle an Investoren, die Gebäude günstig zu erwerben, waren nur mäßig erfolgreich. Pläne, zum Beispiel den einst riesigen Bahnhof Michigan Central Depot zu einem Spielkasino umzubauen oder dann in eine Polizeizentrale, verliefen im Sande. Das Gebäude steht seit 1988 ungenutzt da.



(Albert Duce)

Ein fotografisches Eldorado: Zwei französische Fotografen veröffentlichten ein ganzes Buch darüber, Die Ruinen von Detroit. Die Hotels teilen mit: Seit sich die Stadt im Juli 2013 für insolvent erklärt hat, besuchen immer mehr Touristen, die die Ruinen sehen möchten, die verfallende Stadt. Auch die Restaurants nahe dem leeren Bahnhof haben heute mehr Gäste denn je.

Für viele Besucher bedeuten die Ruinen aber auch freundliche Erinnerungen. Sie erinnern sich an den früheren Bahnhof in seiner Pracht, an die Hochzeitsreise ihrer Großeltern und ihr Luxushotel, das heute auf Welters Fotos nur noch ein leerer Turm ist.

Seine erste Rundfahrt organisierte Welter 2011, aber erst im Jahr 2013 wurde ein richtiges Geschäft daraus. Er verlangt für eine drei-Stunden-Tour 140 Dollar, die zu den markantesten Orten der verfallenden Stadt führt: zur den früheren Packard-Autowerken oder der Grand Boulevard Methodistenkirche, in der Putz von den Wänden fällt.

Welter weiß, wie man in gesperrte Gebäude gelangt und wo bissige Hunde die Touristen anfallen. Das Ganze ist nicht legal. Die Polizei schreibt sofort einen Strafzettel über 225 Dollar aus, wenn sie jemanden beim Betreten einer alten Schule oder Kirche antrifft. Im Bedarfsfall, wenn er beispielsweise draußen ein Auto vorfahren hört, führt er seine Touristen eilig zu einem Hinterausgang.

Unsichtbar bleiben

Dale Carson, Strafverteidiger in Jacksonville (Florida) und früher beim FBI, weiß aus Erfahrung, wie Polizisten mit Verdächtigen und anderen Personen umgehen und wie man dem ent-

gehen kann. Er hat seine guten Ratschläge jetzt in einem 396-Seiten-Buch niedergelegt mit dem Titel *Arrest-Proof Yourself* (etwa „Machen sie sich verhaftungsfest!“). „Strafverfolgungsbeamte sind heute ein Teil des Einnahmen-Systems“, meint der Autor, „Polizisten sind jung und konkurrenzbewusst. Es geht gar nicht um die öffentliche Sicherheit oder den Verkehr, sondern um einen statistischen Erfolg: Wer kriegt die meisten Leute hinter Gitter?“ Auszüge aus einer Rezension (Quelle: www.theatlanticcities.com):

Carson hat vier goldene Regeln. Die erste lautet: „Wenn die Polizei Sie nicht sieht, kann sie Sie nicht verhaften.“ Wenn man also etwas Illegales plant, sollte man es in der privaten Wohnung tun. Ja, man kann auch zuhause verhaftet werden, aber ein Täterprofil kann nicht erstellt werden, während man zuhause sitzt. Die Regel gilt auch für durchaus legale Aktivitäten. „Wenn Sie einen Sportwagen fahren, dann erregen Sie eher die Aufmerksamkeit eines Polizisten, als wenn Sie einen – sagen wir mal – grauen Honda Civic fahren. Dasselbe gilt für die Kleidung. Die Frisur, Ton und Lautstärke einer Stimme. Seien Sie langweilig.“

„Polizisten sind blickgesteuerte Raubtiere“, schreibt Carson, „jede plötzliche Veränderung bei Bewegung, Geschwindigkeit, Richtung oder Verhalten erregt sofort ihre Aufmerksamkeit.“ Das heißt: Wenn man etwas tut, von dem man denkt, es fällt einem Polizisten auf, und tut dann plötzlich etwas ganz anderes, dann fällt einem Polizisten gerade das besonders auf. „Machen Sie einfach weiter“, rät Carson, „ändern Sie nicht das gängige Muster.“

Jede Begegnung mit Polizisten besteht aus zwei Wettkämpfen: um „psychologische Dominanz“ und den „Schutz des eigenen Körpers“.



(Ralf Roletschek)

Carsons Rat lautet: Im ersten Fall nachgeben, um den zweiten zu gewinnen. „Von der Polizei befragt zu werden, ist klar eine Beleidigung. Aber verhaftet zu werden, eine noch größere. Daher mein Rat: Stecken Sie die erste Beleidigung weg. Das ist nicht leicht, und es tut weh. Wenn ein Polizist Ihnen zu nahe tritt und Ihnen seinen Mundgeruch aus kaltem Kaffee und Donuts ins Gesicht bläst: Tun Sie so, als wäre nichts.“ Das gilt sogar, wenn der Polizist einen mit dem Zeigefinger auf die Brust piekst. „Wenn Sie darauf reagieren, sind Sie schon dran.“ Blickkontakt ist gut, aber bitte nicht lächeln: „Polizisten mögen keine lächelnden Gesichter.“

Wenn das nicht hilft, sollte man eine Vorladung erbitten, statt sich verhaften zu lassen.

Und wenn garnichts mehr hilft? Dann beginnt die Phase der Selbsterniedrigung. Man fängt an, zu weinen (heulend um die Vorladung bitten!). Und wenn auch das nicht hilft, und wenn man bereit ist, alles zu geben, dann rät Carson: „Beschmutzen Sie sich, so dass die Polizisten sich überlegen, Sie laufen zu lassen, bevor Sie ihnen auch noch den Streifenwagen verunreinigen. Erbrechen ist gut, sich selber in die Hose machen auch. Dann muss man das den Polizisten aber auch mitteilen. Wenn Sie trotzdem verhaftet werden, können Sie sich dann eben im Gefängnis waschen.“

Was man nie tun sollte: Mit vielen Freunden in einem Wagen fahren. Wenn ein Polizist einen Wagen mit vier Männern sieht, fragt er sich sofort, ob die nicht auf dem Weg zu irgendeiner Straftat sind.“ Wenn es trotzdem sein muss, dann sollte wenigstens einer der Insassen sichtbar ein Kleidungsstück tragen, das seinen Beruf verrät, zum Beispiel einen Bauarbeiter-Schutzhelm.

Noch etwas: Erlauben Sie nie einem Polizisten, Ihren Wagen zu durchsuchen. Es gibt zwar einige Lücken im Gesetz, die es einem Polizisten ermöglichen, Ihren Wagen auch ohne Durchsuchungsbeschluss oder dringenden Tatverdacht zu durchsuchen, aber bleiben Sie dabei, sagen Sie jedesmal nein (höflich). Legen Sie ruhig und sichtbar die Hände auf das Lenkrad, steigen Sie aus, wenn Sie dazu aufgefordert werden. Aber lassen Sie nicht den Wagen durchsuchen.

Das Abtreibungsklima

Ein möglicher Kandidat für den US-Senat, der selbst-ernannte „Historiker“ David Barton, bestreitet bei aller Nähe zur christlichen Rechten der USA nicht, dass es einen Klimawandel gibt und dass er von Menschen gemacht ist. Die genaue Ursache ist allerdings nicht, dass wir zu viele fossile Brennstoffe verfeuern. Die wahre Ursache ist: Gott ist sauer auf uns. Und zwar nicht, selbstverständlich nicht, wegen der fossilen Brennstoffe, sondern wegen ganz anderer Dinge, vor allem wegen Abtreibungen. In einer Fernsehunterhaltung mit dem Evangelisten Kenneth Copeland (www.rightwingwatch.org) wird er deutlicher:

Copeland: „Abtreibung war ein Samenkorn, das zu einer riesigen, blutigen Ernte an toten Kindern herangewachsen ist. Und das hört bei der Abtreibung nicht auf, es geht weiter.“

Barton: „Wenn man diese Tür zum Töten einmal aufmacht, dann gibt es zahllose Erscheinungsformen.“

Copeland: „Gewitter und Wirbelstürme und unvorstellbare Morde und Massenmorde und das alles – das passiert ja nicht von allein.“

Barton: „Eine Tür wurde aufgemacht, und wir begeistern uns für eine böse Politik, und ER sagt: Okay, ich ziehe meine Hände, die eure Nation schützen, zurück, und Peng!, da kommen die Stürme, wie wir sie bisher nie gesehen haben, und da kommen die Überschwemmungen und da kommt das ganze Klima-Zeug, das wir uns nicht erklären können. Und alle diese Hitzeperioden und all diese Kälteperioden und nicht genug Regen hier und zu viel Regen dort und eine Überschwemmung hier und Dürre dort. In der guten alten Zeit Amerikas, wenn so etwas passiert ist, wurde als erstes ein Tag des Nationalen Gebetes ausgerufen, der Reue und der Demut, ein Fasttag. Irgendwo seitdem haben wir das versaut. Und heute sagen wir: Ach nein, das ist der Klimawandel! Nein, wir haben hier eine Tür geöffnet, und damit haben wir Gottes Schutz für unsere Umwelt verloren, und daran sind wir selbst schuld.“

China: US-Genmais, nein danke

Die Volksrepublik China weiß offenbar, was ihr guttut und was nicht. Sie lässt deshalb auch nicht alles

an Land, was sich ihren Küsten nähert. Genveränderte Nahrungsmittel zum Beispiel (Quelle: Los Angeles Times).



(Bloomberg)

Zwei Schiffsladungen mit getrockneter Mais-Schlempe (einem Nebenprodukt bei der Destillation) aus den USA, insgesamt 546 000 Tonnen, wurden von China nicht entladen, da sie genetisch veränderten Mais enthielten.

Die Überwachungsbehörde wies die Ladungen zurück mit der Begründung, sie enthielten MIR162, eine von der Schweizer Pestizid-Firma Syngenta entwickelte insektenresistente Mais-Variante. Die erste Ladung von 545 000 Tonnen wurde in der KW 51 2013 in Schanghai zurückgewiesen, die zweite am 23. Dezember 2013. Die Variante MIR162 steht nicht auf der Liste der in China zugelassenen genveränderten Getreidesorten. Insgesamt bleibt China misstrauisch gegenüber westlichen Getreideimporten, die im Verdacht stehen, China in seiner Nahrungsmittelpolitik verwundbar zu machen.

Die USA sind der größte Mais-Exporteur der Welt, und China ist ihr drittgrößter Abnehmer davon. Es wird erwartet, dass China im Geschäftsjahr 2013/2014 eine Rekordmenge von 7 Millionen Tonnen Mais importiert.

Die chinesischen Behörden teilen mit, die beiden Ladungen seien zurückgeschickt, und drängen die USA, ihre „Inspektionsvorgänge zu verbessern, um sicherzustellen, dass sie den chinesischen Qualitätsstandards entsprechen“.

Die Ehre der FIFA

Das Bezirksgericht hat dem Zeichner Olé Andersen Karikaturen (The Platter Cartoons) verboten, die Sepp Blatter darstellen, den Präsidenten der FIFA (Fédération Internationale de Football Association).

Das Verbot, so das beim Bezirksgericht Zürich eingereichte Rechtsbegehren (Geschäfts.Nr. ET 130042-L/Z01), sei „superprovisorisch zu erlassen“. Dem Gesuch wurde stattgegeben. Auszug aus der – nicht letztinstanzlichen – Verfügung vom 26. November 2013::

Erwägungen

Nach Einsicht in die Eingabe des Gesuchstellers vom 21. November 2013 (act. 1) samt Beilagen, welche am 25. November 2013 hierorts eingegangen ist: (...)

da bei besonderer Dringlichkeit die Massnahme ohne Anhörung der Gegenseite anzuordnen ist (Art. 265 ZPO);

da die Gesuchsteller geltend machen, durch eine Veröffentlichung der Publikation „The Platter Cartoons“ („Publikation“) würden sie in ihrem beruflichen und gesellschaftlichen Ansehen empfindlich herabgesetzt; (...)

da die Veröffentlichung der Publikation geeignet erscheint, die berufliche und gesellschaftliche Ehre des Gesuchstellers 1 [Joseph S. Blatter] und die Reputation der Gesuchstellerin 2 [FIFA] in den Augen des Durchschnittslesers in empfindlicher Weise herabzusetzen; da die Publikation eine Aneinanderreihung unnötig herabwürdigender Darstellungen beinhaltet, die dem Werk den Charakter einer persönlichen Abrechnung des Gesuchsgegners mit den Gesuchstellern verleihen, wobei offen gelassen werden kann, ob vereinzelte Zeichnungen oder Textpassagen isoliert oder insgesamt zu beanstanden wären, da die Publikation als Gesamtwerk zur Debatte steht; da nicht der ästhetisch-künstlerische Aspekt, sondern vielmehr rein egoistische Motive des Zeichners im Vordergrund stehen, weshalb sich der Gesuchsgegner hinsichtlich des Werks „The Platter Cartoons“ nicht auf die Kunstfreiheit berufen kann;

da der Gesuchsgegner im Übrigen – auch wenn diese Behauptung nicht zutrifft – seine Hauptfigur des Werks als rein fiktive Person bezeichnet und nicht ersichtlich ist, weshalb eine rein fiktive Person parodiert werden soll; (...) da Beeinträchtigungen des guten Rufs und der gesellschaftlichen Reputation geeignet erscheinen, bei den Betroffenen einen nicht leicht wieder gutzumachenden Schaden zu bewirken, zumal sich die

Höhe des potentiellen Schadens nur schwer abschätzen bzw. beweisen lässt; (...) da sich der Gesuchsgegner trotz mehrfacher schriftlicher Aufforderung der Gesuchsteller geweigert hat, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen, weshalb glaubhaft erscheint, dass der Gesuchsgegner, sollte er vor Erlass des Verbots von den beantragten rechtlichen Schritten der Gesuchsteller erfahren, die Publikation sofort bewirken wird; da die Auswahl geeigneter Vollstreckungsmittel dem Ermessen des Gerichts anheim gestellt ist, das Gericht insbesondere nicht an diesbezügliche Parteianträge gebunden ist; da vorliegend die Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB (Busse bis Fr, 10 000,- für den Widerhandlungsfall ausreichend erscheint, um den Gesuchsgegner von der Publikation abzuhalten;

wird verfügt:

Dem Gesuchsgegner wird mit sofortiger Wirkung verboten, die Publikation „The Platter Cartoons“ in jedweder Form zu veröffentlichen, durch Dritte veröffentlichen zu lassen und/oder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Missachtet der Gesuchsgegner das Verbot, kann er wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung gemäss Art. 202 StGB mit Busse bis 10 000 Franken bestraft werden.



(sports and politics)

Leidende Lords

Die feine englische Art scheint im Londoner House of Lords nachzulassen. Jedenfalls haben mehrere Lords offenbar Anlass, sich über die schlechte Qualität des Gastronomie-Angebots zu beschweren (Quelle: independent.co)

Die Peers im britischen Oberhaus, den House of Lords, und ihre Gäste können in einem eigenen Privatrestaurant, dem sogenannten Barry Room, aus Steuergeldern bezahlte Austern, Foie Gras und Champagner-Risotto genießen. Das Restaurant wird jährlich mit 1,3 Millionen Pfund subventioniert. Ein mehrgängiges Abendessen kostet 9,5 Pfund. Die Peers selbst beziehen ein Tagegeld von 300 Pfund für ihre Anwesenheit im House of Lords.

Trotzdem häufen sich die Beschwerden der Gäste. Laufend treffen Klagen bei Lord John Sewel ein, dem Vorsitzenden der Komitees.

Ein empörter Lord beschwerte sich über eine Wartezeit von 15 Minuten, bevor man ihm einen Platz zuwies. Ein anderer verlangte, dass die Speisekarten wieder auf kleine Karten gedruckt würden, die man als Souvenir mit nach Hause nehmen konnte. Ein dritter trug vor, seine Frau habe, nachdem seine Reservierung gestrichen worden sei, nicht irgendwo anders essen können, weil sie ein Diadem im Haar trug: „Wir wurden in letzter Minute durch die Güte [eines anderen Lords] gerettet, der uns sein nahegelegenes Haus zum Umziehen anbot und uns dann zum Essen ausführte.“

Auch die umstrittene Installation einer neuen Kaffeemaschine erregte Unwillen. Der Kaffee aus dieser Maschine, so die Lords, sei „minderwertig“ und es gäbe kein anderes Café, in dem man einen anständigen Cappuccino bekomme. Ein Peer meinte, die neue Maschine sei eine „Beleidigung“, da man die Lords nicht vorher konsultiert habe. Noch etwas andere behagte ihm nicht: Die Bedienung sollte nicht fragen, ob man Butter zu den Kartoffeln wolle, wo doch das, was sie dazu servieren, bloß Margarine sei. Die Qualität bei geräuchertem Lachs, sagten andere, habe nachgelassen, und chilenischer Wein für besondere Gäste würde überhaupt nicht mehr angeboten; auch fehlten auf der Speisekarte Toast „Melba“ und Reispudding sowie an Weihnachten der Truthahn.

Maria Eagle, Abgeordnete der Labour-Partei im Unterhaus: „Solche Beschwerden haben den Kontakt mit der Wirklichkeit verloren, wenn so viele Familien sich abrackern müssen, um finanziell über die Runden zu kommen, dank der von der Regierung verursachten Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Leute sollten dankbar sein, dass sie nicht zu der halben Million Menschen gehören, die auf kostenlose Essenausgabe angewiesen sind, obwohl Großbritannien die siebtreichste Nation der Welt ist.“



Der ehemalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta (re.) besichtigt die Sitze der hungernden Lords. *Erin A. Kirk-Cuomo*

Goldman Sachs – kriegsentscheidend

Die US-Bank Goldman Sachs tut manchmal auch Gutes. So hat sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln schon 2008 den libyschen Bürgerkrieg vorhergesehen und das Gaddafi-geführte Land dem Staatsbankrott zugeführt (Quelle: New York Times)

Schon vor Beginn der großen Finanzkrise, zu Beginn des Jahres 2008, legte Goldman Sachs 1,2 Milliarden US-Dollar in Derivaten an, die darauf wetteten, dass sechs Aktien in den darauffolgenden drei Jahren steigen würden.

Keiner dieser Aktien stieg. Libyen verlor damit jeden dort investierten Dollar. In einer Klage gegen Goldman Sachs machte die staatliche libysche Investitionsbehörde geltend, Goldman Sachs habe mindestens 835 Millionen US-Dollar verdient: Die Bank habe den nationalen Reichtum des Landes in Investitionen gesteckt, die die Bank nicht

erläutert und die Libyen nicht verstanden habe. Im Londoner Prozess wurde deutlich, dass Libyen tatsächlich nicht verstanden hatte, dass mit ihrem Kapital Kauf-Optionen erworben wurden; diese jedoch verlieren in jedem Fall ihren Wert, wenn die Aktien über einen gewissen Zeitraum im Wert nicht steigen, sondern fallen. Falls die Aktien hingegen gestiegen wären, hätte die libysche Finanzierungsgesellschaft davon profitiert.

Die Unternehmen, deren Aktien Gegenstand der Option waren, betrafen die US-Bank Citigroup, den staatlichen Dienstleister Electricité de France, die spanische Bank Banco Santander, das deutsche Versicherungsunternehmen Allianz, die italienische Ölfirma ENI, und die italienische Bank UniCredit.

Wenn die Libyer die Aktien selbst gekauft hätten (und nicht die Kaufoption), so hätten sie zwar Geld verloren, aber nicht fast ihre gesamte Investition. Nach Darstellung der libyschen Seite hatte Goldman Sachs die strittige Transaktion ihnen nicht vorher erläutert, sondern erst nachdem die Transaktion abgeschlossen war, Wochen und Monate später.



Goldman Sachs hat mitgekämpft

Wikimedia

Die Mutige

Die Satire-Zeitschrift Der Postillion (www.derpostillion.com, „Ehrliche Nachrichten – unabhängig, schnell, seit 1845“) berichtet von der Flucht nach vorn, die Alice Schwarzer vor kurzem angetreten hat.

Alice Schwarzer startet Kampagne „Mein Konto gehört mir“

Berlin (dpo) – „Mein Konto gehört mir“ – so lautet der Slogan der neuen Kampagne von

Alice Schwarzer. Die Aktivistin will damit das Recht Prominenter auf straffreien Abbruch ungewollter Steuerzahlungen stärken. „§ 1 des Einkommenssteuergesetzes – die sogenannte Steuerpflicht – muss weg“, verkündete sie gestern auf ihrer Homepage. Aktuell regelt der Paragraf, dass in Deutschland „natürliche Personen (...) unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig sind“.

In ihrer Erklärung schreibt Schwarzer: „Jede Wahrheit braucht eine Mutige, die sie ausspricht. Und ich sage: Menschen mit einer Lebensleistung wie der meinen können nicht mehr als ‚natürliche Personen‘ bezeichnet werden. § 1 muss daher gestrichen oder zumindest erweitert werden um einen Absatz, der die Steuerfreiheit für ‚übernatürliche Personen‘ regelt. Prominente sollten über ihr Vermögen jederzeit selbst bestimmen können.“

Schwarzer rief andere übernatürliche Personen auf, ihre neue Kampagne „Mein Konto gehört mir“ zu unterstützen. Sie stehe bereits in engem Kontakt mit dem Burda-Verlag, um mit dem nächsten Titel der Zeitschrift „Focus Money“ für einen Paukenschlag zu sorgen. Das Cover soll Prominente mit der Schlagzeile „Wir haben hinterzogen“ zeigen. Bayern-Manager Uli Hoeneß und Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz haben ihr Mitwirken bereits zugesagt.

Medienexperten gehen davon aus, dass die Aktion großes Aufsehen erregen wird, weil sie erstmals das Tabuthema „VIP-Steuerfreiheit“ aufgreift. Es wird mit Solidaritätsbekundungen auch im Ausland, etwa durch Gérard Depardieu oder die gesamte chinesische Staatsführung gerechnet. 🦄



„Jede Wahrheit braucht eine Mutige, die sie ausspricht“

Michael Lucan

DIE STIMME DES INTELLEKTUELLEN

Das Ende der Alternativlosigkeit: Alles oder Nichts

In Anlehnung an Georg Büchners „Hessischen Landboten“ („Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“) schrieb Robert Menasse 2012 den Essay „Der europäische Landbote“. Die EU ist ein Friedensprojekt und sie ist unsere Zukunft, war dort sein Appell. Die EU ist unsere einzige Chance, sagt er auch hier – aber wir müssen sie wollen!

Von Robert Menasse

Das Europäische Projekt befindet sich, sachlich betrachtet, auf der Kippe. Seit Monaten lese ich in den Zeitungen, dass es fünf vor zwölf ist.

Warum ist das Europäische Projekt gefährdet? Erinnern wir uns zunächst einmal, was die Europäische Gemeinschaft und später die Europäische Union sein sollten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der europäische Nationalismus zu zwei verheerenden Weltkriegen und zum größten Menschheitsverbrechen, zu Auschwitz, geführt. Aus diesen Erfahrungen musste eine Lehre gezogen werden, dies sollte nie wieder geschehen können. Die Frage war, wie es gelingen könne, die verfeindeten Nationen nachhaltig auszusöhnen und den Nationalismus zu überwinden, so dass ein friedliches und freies Zusammenleben auf diesem geschichtsverwüsteten Kontinent möglich wird.

Die Gründerväter des Vereinten Europa hatten die Idee, die Ökonomien der Nationalstaaten so zu verflechten, dass ein System wechselseitiger Abhängigkeiten, schließlich eine Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Interessen entsteht, die nationale Sonderwege, die sich historisch als gemeingefährliche Irrwege erwiesen haben, verunmöglicht. Es begann bekanntlich mit der Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – warum? Kohle und Stahl sind kriegswichtige Güter, zugleich waren sie Anfang der 1950er Jahre maßgebliche Produktionsfaktoren für den Wirtschaftsaufschwung. Sie zu vergemeinschaften und einer gemeinsamen Kontrolle zu unterwerfen sollte den innereuropäischen Frieden sichern und ein gemeinsames Prosperieren gewährleisten. Mit der Gründung einer Hohen Behörde, die im Bereich der Montanindustrie gemeinsame Regelungen für die Mitgliedstaaten treffen konnte, war die erste supranationale Organisation geschaffen und die nachnationale Entwicklung eingeleitet.

Es war damals perspektivisch klar, und diese Einsicht bleibt, auch wenn sie heute in Vergessenheit zu geraten droht: Der Nationalismus, mit dem auf unserem Kontinent die schrecklichsten Erfahrungen gemacht worden waren, kann nur an der Wurzel besiegt werden, das heißt letztlich durch die Überwindung des Nationalstaats. Das ist sehr wichtig, das ist es, was wir uns heute in Erinnerung rufen müssen: Das »Friedensprojekt EU« ist im Kern ein Projekt zur Überwindung der Nationalstaaten. »Friedensprojekt« klingt nett – und für viele bereits langweilig. Es ist augenblicklich wieder spannend – und wir verstehen auch sofort wieder die Widersprüche, die wir heute als »Krise« erleben, wenn wir nicht vergessen, was von Anfang an die Absicht, das erklärte Ziel war: Am Ende sollen die Nationalstaaten absterben.

Die Überwindung des Nationalstaats ist eine zähe Angelegenheit. Es zeigte sich, dass sie nur in kleinen Schritten erfolgen kann. Und kleine Schritte wurden beharrlich gesetzt. Ökonomisch durch die immer konsequentere Verflechtung der Volkswirtschaften, den freien Kapitalverkehr und den gemeinsamen Markt, organisatorisch durch den Ausbau der supranationalen europäischen Institutionen. Lange Zeit wurde diese Entwicklung in der öffentlichen Wahrnehmung als vernünftig und faszinierend angesehen und schließlich als so geschichtsmächtig, dass eine Umkehr unvorstellbar schien. Aber die Stimmung ist gekippt. Die Nationen haben zwar weitgehend

*„Es kann in grundsätzlichen
Menschheitsfragen keine vernünftigen
,nationalen Interessen‘ geben, so wie es
auch bei den Menschenrechten keine
nationalen Sonderrechte geben kann.“*



Souveränitätsrechte an die supranationalen europäischen Institutionen abgetreten, aber der Nationalismus lebt in den Mitgliedstaaten neu auf. Der historische Basiskonsens der Europäischen Union, dass die Überwindung des Nationalismus notwendig, dass das Vordringen der nachnationalen Entwicklung vernünftig ist, ist selbst den politischen Eliten in Europa heute weitgehend abhandengekommen. Dadurch ist das Projekt in den Grundfesten gefährdet.

Der neue Nationalismus wird nicht bloß von gestrigen Rechtspopulisten getrommelt, die bedauerlicherweise immer mehr Zulauf haben. Der neue Nationalismus ist vielmehr eine Bedrohung, die von der sogenannten Mitte der Gesellschaften der Mitgliedstaaten ausgeht. Solange das nicht erkannt ist, wird man keine Antwort auf die gegenwärtigen Probleme der Europäischen Union finden, im Gegenteil: Dann ist der Kollaps programmiert. Denn das Problem ist ja nicht, dass die nationalistischen Parteien von den »Wahren Finnen« bis zu den »Freiheitlichen Österreichern« (»freiheitlich« hat mit Freiheit übrigens so viel zu tun wie »schönheitlich« mit Schönheit) aus irgendwelchen Gründen für vie-



„Die Demokratie, wie wir sie kennen, ist ein Modell des 19. Jahrhunderts zur Organisation von Nationalstaaten.“

le Wähler überzeugender sind als die staatstragenden bürgerlichen beziehungsweise sozialdemokratischen Parteien, die noch die Regierungen der meisten europäischen Staaten bilden. Das Problem ist vielmehr, dass die nationalistischen Parteien und die Regierungsparteien der sogenannten Mitte eine Überzeugung teilen: nämlich dass die nationale Karte eine Trumpfkarte ist, wenn es um innenpolitische Legitimation geht. Die nationalen Rechten überzeugen nicht, sie holen bloß die Überzeugten ab, und überzeugt wurden diese längst schon von ihren Regierungen. Die Regierungschefs und Minister, die regelmäßig nach Brüssel fliegen und im Europäischen Rat Entscheidungen treffen, streifen bekanntlich während des Heimflugs den Europäer ab, setzen sich die nationale Clownsmaske auf und berichten, wie großartig sie die nationalen Interessen verteidigt, was sie im Ringen mit den »Bürokraten in Brüssel« für das eigene Land durchgesetzt und gegen die teuren Gelüste anderer Mitgliedstaaten verhindert haben.

Die Botschaft der Regierungschefs und der Minister ist: Wir sind zwar Mitglied der Europäischen Union, das muss irgendwann einmal ein blöder Sachzwang gewesen sein, aber wir, die gegenwärtige Regierung, kämpfen darum, dass »uns« in unserer kuscheligen Nation das nicht zum Schaden gereicht! Das passiert in allen Mit-

gliedstaaten, und man wundert sich, dass es überhaupt noch eine Gemeinschaft gibt bei so vielen national durchgesetzten Sonderregelungen und Ausnahmen beziehungsweise angesichts der Tatsache, dass es immer wieder unmöglich ist, brennende gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen. Das Problem der Europapolitik heute ist, dass sie fast nur noch als nationalistische Mimikry auftritt, der gegenüber sich die nationalpopulistischen Parteien nicht in Opposition befinden, sondern bloß ihr Lautsprecher sind.

Hier zeigt sich, dass die Krise des Europäischen Projekts das Produkt einer politischen Schizophrenie ist, die, weil es zunächst gar nicht anders denkbar war, leider auch institutionell verankert wurde:



„Das Friedensprojekt EU ist im Kern ein Projekt zur Überwindung der Nationalstaaten.“

Um die nachnationale Entwicklung zu beginnen und voranzutreiben, mussten ja zunächst einmal die Nationen in die Gemeinschaft eintreten. Das konnten, demokratisch legitimiert, nur die nationalen Regierungen tun. Und sie schufen sich in der Gemeinschaft eine supranationale Institution, in der sich die politischen Repräsentanten der Nationen treffen: den Europäischen Rat. Der Beitritt bedeutete die Preisgabe nationaler Souveränität. Aber im Rat sehen es die nationalen Regierungen mittlerweile wieder als ihre Aufgabe an, die nationale Souveränität zu verteidigen. Der Rat kann also jetzt nur behindern, was er der Idee nach befördern sollte: die Überwindung des Nationalismus. Denn solange es weiterhin die nationalen Regierungschefs und die nationalen Fachminister sind, die europapolitische Entscheidungen treffen sollen, die aber ihre Legitimation nur durch nationale Wahlen erhalten, solange bleibt in Europa der Nationalismus eine Lebensversicherung der politischen Eliten schlechthin, solange muss die Verteidigung nationaler Interessen in der supranationalen Institution Europäischer Rat zur Aufhebung der Idee führen und zur Dauerblockade des nachnationalen Prozesses.

Ein Beispiel: die sogenannte Finanz- und Eurokrise, ausgelöst durch das Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit Griechenlands. Hier

zeigt sich, wenn man es sehen will, überdeutlich, dass diese Krise in Wahrheit eine historische Transformationskrise ist: Die Nationen können die Krise nicht mehr, das nachnationale Europa kann die Krise noch nicht lösen. Die Krise aber ist entstanden und hat sich dramatisch verschärft aus ebendiesem Widerspruch zwischen der nachnationalen Entwicklung, die bereits zu weitgehender wechselseitiger Abhängigkeit zwischen den Mitgliedstaaten geführt hat, und politischen Entscheidungsträgern, die ihre Legitimation nur durch stete Rücksichtnahme auf nationale Interessen und Befindlichkeiten organisieren können.

Betrachtet man das Problem durch die nationale Brille, ist es riesig. Betrachtet man das Problem europäisch, ist es verschwunden. Das griechische Defizit beläuft sich auf zwei Prozent des europäischen Bruttonationalprodukts. Das soll europäisch nicht bewältigbar sein? Kalifornien wäre froh, nur diese Schulden zu haben. Das Außenhandelsdefizit Griechenlands ist zu rund neunzig Prozent ein Defizit im Handel auf dem europäischen Binnenmarkt. Sehen wir uns den Exportweltmeister Deutschland an: Zu rund achtzig Prozent geht dieser sogenannte Export in den europäischen Binnenmarkt. Europäisch gesehen, haben wir hier also eine relativ ausgeglichene Bilanz. Wie sieht es nun mit der wirklichen Außenhandelsbilanz aus, nämlich der Außenhandelsbilanz Europas? Sehr



„Die Außenhandelsbilanz der ganzen EU zusammen gegenüber dem Rest der Welt ist positiv. Wo ist also das Problem?“

gut, sie ist positiv. Wo also ist das Problem? »Die Griechen« zahlen keine Steuern, haben keine Steuermoral? Die Staats- und Regierungschefs derselben Nationen, deren Steuerzahler heute voller Ressentiments über Griechenland schimpfen, haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass es dazu kommen konnte. Niemand hat die EU daran gehindert, die Einführung der gemeinsamen Währung mit einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalpolitik zu verbinden und die Instrumente zu entwickeln, um sie durchzusetzen und zu kontrollieren. Niemand? Doch. Der Europäische Rat hat dies zu verhindern gewusst: Es gab nationale Regierungs-

chefs, die das nicht wollten, sie haben gemeinsame fiskalpolitische Rahmenbedingungen in Europa nicht zugelassen, denn sie versprachen sich nationale Vorteile davon, in einer europäischen Binnenkonkurrenz ihr je eigenes Süppchen zu kochen. Und heute, vor dem Scherbenhaufen, den sie angerichtet haben, holen sie erst recht wieder ihre Wähler dort ab, wo der Grund der Krise und nicht ihre Lösung liegt: bei ihren vorgeblichen nationalen Interessen, beim geheutelten Verständnis für die Wut der je nationalen Steuerzahler.

Man könnte jetzt fragen: Was ist gegen die Verteidigung nationaler Interessen einzuwenden? Es kann, und dazu bräuchte es gar nicht unsere historischen Erfahrungen mit den Auswirkungen des Nationalismus, in grundsätzlichen Menschheitsfragen keine vernünftigen »nationalen Interessen« geben, so wie es etwa auch bei den Menschenrechten keine nationalen Besonderheiten oder Sonderrechte geben kann.

Man könnte jetzt auch die Frage stellen, ob ein nachnationaler Kontinent, der sich immer deutlicher als eine »bloße« Wirtschaftsgemeinschaft zeigt, den Menschen mit ihren vielfältigen Sehnsüchten, Ansprüchen, Hoffnungen und Ideen, die doch alle irgendwo kulturell verwurzelt sind, Heimat und Identität geben kann. Ist das nachnationale Europa vielleicht bloß ein Europa des Kapitals, das eben seine nationalen Fesseln gesprengt hat, nicht aber ein Europa

*„Es kann auf Dauer kein
supranationales Europa auf der
Basis nationaler Demokratien geben.
Wir müssen Demokratie neu erfinden,
wir müssen eine supranationale
Demokratie entwickeln.“*



der Menschen und ihrer Kulturen? Die Europäische Union war nie eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft, denn sie ging von Anfang an von einer sozialen und gesellschaftlich vernünftigen Idee aus: diesen Kontinent, nach den traumatischen Erfahrungen mit Nationalismus und Krieg, zu befrieden und Freiheit, Rechtssicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Es ging um gemeinsame Rahmenbedingungen, innerhalb derer keine der Populationen mit ihren verschiedenen Kulturen und Mentalitäten mehr Vorteile für sich gegen andere durchsetzen kann, ohne sich selbst zu schaden. Dies sollte zu Solidarität zwingen und diese auf Dauer gewährleisten. Das war

und bleibt eine Idee, die zunächst nicht von Kapitallogik und Verwertungsinteressen abgeleitet ist. Aber die Europäische Union war auch nie bloß ein luftiges utopisches Projekt, es war von Anfang an in der ökonomischen Realität geerdet. Das ist ihr Vernunftgrund. Denn die Linken wissen seit Marx, dass die Ökonomie die Basis ist, und die Rechten sagen streng antimarxistisch dasselbe: »It's the economy, stupid!« Ach, wenn nur in allen Fragen eine solche Einigkeit bestünde!

Das Problem der Europäischen Union ist also nicht, dass sie in ihrer Basis ein Wirtschaftsprojekt ist. Denn es gibt keine andere Basis, und es gibt keine andere Ökonomie als die, die Menschen für



„Die Regionen sind der Reichtum dieses Kontinents, die Nationen aber sind historisch erschöpfte Identitätsphantasien und die notwendig zu überwindende Bedrohung.“

sich beschließen, und die Produktivkräfte werden dafür sorgen, dass sich vieles ändert, worüber noch Einigkeit zu bestehen scheint. Das Problem ist vielmehr, dass die Idee, die dieser Wirtschaftsgemeinschaft zugrunde liegt und die das Zukunftsbild und das Ziel und das künftige Selbstverständnis dieser Gemeinschaft sein sollte, in Vergessenheit geriet und von einem Nationalismus verdrängt wird, der durch eine Institution der Europäischen Union, den Europäischen Rat, sogar noch befördert wird.

Wie wäre diese Aporie aufzubrechen, dass die Europäische Union institutionell eine nachnationale Entwicklung vorantreiben soll, dabei aber nolens volens Nationalismen mitproduziert, die das Projekt immer mehr gefährden? Das Problem ist eindeutig das Modell der nationalen Demokratie. Irgendwann, hoffentlich bald, wird es einen neuen Jean Monnet geben müssen, der die Kühnheit und die Konsequenz hat, diese Utopie zu betreiben und durchzusetzen: ihre Abschaffung. Die Demokratie, wie wir sie kennen, die wir mehr schlecht als recht eingeübt haben und die wir zumindest in Deutschland und in Österreich nicht einmal erkämpft haben, sondern die uns geschenkt wurde, diese Demokratie ist ein Modell des 19. Jahrhunderts zur Organisation von Nationalstaaten. Auch wenn Sie es

sich heute nicht vorstellen können, wir werden im 21. Jahrhundert das 19. Jahrhundert endlich überwinden müssen – oder wir werden in das 19. Jahrhundert politisch zurückfallen, allerdings am Stand der Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts, und das wäre gemeingefährlich. Es kann auf Dauer kein supranationales Europa auf der Basis nationaler Demokratien geben. Wir müssen Demokratie neu erfinden, wir müssen eine supranationale Demokratie entwickeln. Wir glauben bloß, dass das nicht notwendig sei, weil wir ja »unsere Demokratie« haben – und nicht gelernt haben, so wie die Gründerväter Europas, in Epochenbrüchen oder über Epochen hinaus zu denken.

Im Grunde ist die Lösung schon im Europäischen Verfassungsvertrag festgeschrieben: in der Formulierung »Europa der Regionen«. Die Regionen sind der Reichtum dieses Kontinents, die Nationen aber sind historisch erschöpfte Identitätsphantasien und die notwendig zu überwindende Bedrohung. Europa braucht eine wirklich europäische, nicht national beschickte Regierung und eine kompetente Verwaltung, das ist die Kommission, und Europa braucht ein Parlament, bei dem Wahlmodus und Kompetenzen wohl neu diskutiert werden müssen, um einen wirklich europäischen, demokratisch legitimierten Gesetzgeber daraus zu machen, der auch die Kommissare wählt. Aber was schnellstmöglich abgeschafft werden muss, ist der Rat, diese Verteidigungsburg des Nationalismus im Inneren des Gefüges des nachnationalen Europas. Utopisch? Aber das Projekt war von Anbeginn eine konkrete Utopie. Und wenn diese Utopie in Trümmern liegt, wird bald auch die Realität wieder in Trümmern liegen.

Die konsequente Fortsetzung des Europäischen Projekts, also des Friedens- und Wohlstandsprojekts in wachsender Demokratie, kann nur in einer politischen Aufwertung der Regionen bestehen, in einem Zurückdrängen der nationalen Repräsentation und perspektivisch in einer Abschaffung des Europäischen Rats, dieses Statthalters des Nationalismus in der Union. Die Nationen haben bereits weitgehend Souveränitätsrechte an die Union abgetreten, die Nationen werden absterben, welchen Sinn soll in dieser nachnationalen Entwicklung die Institution des Rats in dem Gefüge der Union haben?

Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir eintreten für ein demokratisches Europa von frei assoziierten Regionen mit gemeinsamen Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit, Freiheit und sozialen Ausgleich garantieren, oder wollen wir nur in Sonntagsreden Europaeuropaeuropa sagen und unser persönliches Heil in der nationalen Politik suchen? Die alte Welt der Nationalstaaten wird untergehen. Wollen wir wirklich dabei zuschauen, wie dieser Untergang auch die Europäische Union, der Idee nach die Erlösung von den Verheerungen des Nationalismus, mit in den Abgrund reißt?

Wir werden uns bald entscheiden *müssen*.



HEIMAT

Nicht nur ein Wort

Recht auf Heimat. Es wird immer wieder gefordert, lauthals etwa von dem ebenso streitbaren wie umstrittenen Völkerrechtler Alfred-Maurice de Zayas. Nur: Was ist denn eigentlich Heimat? Was steckt hinter dem Wort, das in andere Sprachen zu übersetzen gar nicht so einfach ist?

Von Fritz R. Glunk

Schulaufgabe 1952, Aufsatzthema „Meine Heimat“. Der Sechzehnjährige kaut, während alle andern schon schreiben, an seinem Bleistift. Was war denn seine Heimat? Die frühen Monate in Danzig? Oder der Aufenthalt in Luckenwalde bei Berlin? Oder die Nürnberger Zeit? Oder Eggenfelden in Niederbayern oder Lindau am Bodensee oder Ratzing im Chiemgau, immer nur ein paar prekäre Jahre? Nach einer halben Stunde fasst er etwas wie einen Mehrheitsbeschluss: Es sollte der Ort sein, an dem er die längste Zeit verbracht hatte: Eggenfelden (40 Monate). Der Aufsatz bekam immerhin eine Drei. Aber war Niederbayern nun seine Heimat? Hatte er überhaupt eine?

Später lernte er: Heimat kann alles Mögliche sein. Ein Segelboot zum Beispiel (mit dem ein junges Ehepaar mit zwei Kindern fünf Jahre lang auf den Weltmeeren unterwegs ist: „Wir hatten unsere Heimat immer dabei“). Ein bekannter Geruch (sagt eine Eventmanagerin). Der Schoß einer Frau (wie in Gottfried Benns nicht für Sensible gemachtem Gedicht Mann und Frau gehen durch die Krebsbaracke).

Und dann natürlich auch die Heimat ganz im traditionellen Sinn: ein Ort, eine Gegend, ein Land. Manchmal klingt das dann, als wären nur noch Menschen in armen Gebieten dazu fähig, während man im modernen Westen eher die Mobilität pflegt. Die zitierte Eventmanagerin findet es denn auch reizvoll, „immer auf der Suche zu sein. Die Stunden im Zug, auf Flughäfen oder Autobahnen suggerieren ein Weiterkommen.“ Sie hat jetzt eine „digitale Heimat“ gefunden, im Internet; dort „trifft sie“, wie sie sagt, ihre Familie, ihre Freunde und Kollegen. Immerhin findet sie



auch in „Menschen, die mich lieben“ eine „geistig-seelische Heimat“.

So hypertrophes Nomadentum ist in Ländern der Dritten Welt weniger verbreitet. In William Boyds 007. A James Bond Novel erklärt Adeka aus dem fiktiven afrikanischen Land Zanzarim seinen Widerstand gegen die Umsiedlung seines Stammes: „Sie verstehen das nicht, Mr. Bond. Sie müssen ein Fakassa sein, um diese Gefühlstiefe zu haben, diese Nähe ...“ Das richtige Wort schien ihn im Stich zu lassen. „Wir leben hier im Delta des Zanza seit Hunderten, vielleicht Tausenden von Jahren. Es ist unsere Heimat – unser Herz-

land – in jeder leidenschaftlichen, instinktiven Bedeutung des Wortes.’ Er lächelte vor sich hin. ‚Ich erwarte nicht, dass Sie wissen, wovon ich rede. Sie sind kein Afrikaner.“

Die Deutschen waren bis vor kurzem noch Afrikaner. Der Stolz auf ihr Wort „Heimat“ (niemand sonst habe ein so schönes Wort) bringt manche noch heute zu der Meinung, nur sie hätten überhaupt so etwas wie Heimat und Heimatgefühl. In anderen Sprachen sehe man doch, wie sich der Mensch bestenfalls in ein Haus zurückziehe („My home is my castle“) oder er rede, wie im Spanischen und Italienischen, gleich vom großen Vaterland (patria). Der Stolz ist unberechtigt.


Der Mekong im Norden Thailands ist im Frühjahr, nach der Schneeschmelze im Himalaja, ein ziemlich breiter Fluss; aus dem Urwald heraus ist man sofort am hellbraun dahinschießenden Wasser, und die Boote nach Kambodscha hinüber werden von der Strömung weit abgetrieben. Im Sommer und im Herbst jedoch sinkt der Wasserspiegel um etwa vierzig Meter und entblößt auf beiden Seiten hohe Steilufer. Sie sind kein schöner Anblick: Aus der schwarzen Erde wuchern überall struppige, blattlose Gehölze hervor, in denen sich unzählige Plastiktüten aus dem Oberlauf verfangen haben, weiß und bunt flattern sie im Wind. Beide Ufer sind damit getüpfelt, so weit das Auge reicht.

Aber es gibt noch etwas zu sehen. In den schlüpfrigen Steilhängen rechts und links sind Terrassenbeete angelegt, fünf oder sechs, von oben am Urwald bis herunter an den Wasserspiegel. Die Terrassen sind zwangsläufig schmal, kaum dass zwei Menschen, bar- und schwarzfüßig bis zum Knie, aneinander vorbeikommen. Hier bauen sie heimisches Gemüse an. Es muss, besonders in den unteren Etagen, schnellwachsendes Gemüse sein, denn bald schwillt der Fluss nach der Schneeschmelze im Hochgebirge, wieder an; sein Wasser steigt höher und höher, überschwemmt alle Beete, zerstört alle Aufbauten. Fünf Monate lang gibt es die Terrassen nun nicht mehr, nur hellbraunes Wasser. Und im nächsten Sommer beginnt die ganze Arbeit von Neuem. Bis zur nächsten Überschwemmung.

Warum tun Menschen so etwas? Warum ziehen sie nicht irgend woanders hin, wo sie es leichter hätten? Wo kein reißender Strom ihnen jedes Jahr ihre mühselige Arbeit im Steilufer zunichtemacht? Ich weiß nicht, ob diese Menschen ein Wort für „Heimat“ haben. Möglicherweise haben sie in ihrer Arbeit im Steilufer gar keine Zeit, so ein Gefühl zu entwickeln. Aber es muss etwas geben, was sie hier hält.

Ja man könnte sogar sagen: Von Heimat sprechen Menschen erst dann besonders intensiv, wenn sie sie verloren haben. So gesehen ist Heimat eine Erinnerung, eine Sehnsucht und nicht eigentlich ein Ort.

Absichtlich heimatlos ist kein Mensch. Absichtlich heimatlos sind nur einige multinationale Unternehmen. Sie fühlen sich durch nichts an Menschen und gar an Orte gebunden. Sie ziehen marodierend über den Globus, immer auf der Suche nach den relativ niedrigsten Produktionskosten, von China nach Bangladesch und demnächst wohl weiter nach Afrika, auf den noch recht jungfräulichen Arbeitsmarkt. Ihre Manager sind meist in Firmenflugzeugen unterwegs. Wohnen sie überhaupt irgendwo? Haben sie an einem Ort Freunde oder nur Kontakte weltweit? Trifft man sie je in der U-Bahn?

Demgegenüber ist noch das provinziellste Heimatgefühl die reine Menschlichkeit. 

GAZETTE-INTERVIEW MIT DEM EUROPA-ABGEORDNETEN JO LEINEN (SPD)

„Ein Sieg der Rechtspopulisten bei den Europawahlen wäre eine Katastrophe!“



„Fuck the EU!“ kommentierte Präsident Obamas engste Europa-Beraterin die Ukraine-Politik der Europäischen Union. Und kurz darauf stimmten die Schweizer für eine Zuzugsbegrenzung von EU-Bürgern. Schlechte Karten im Moment für Europa, Herr Leinen?

Jo Leinen: Die Äußerung von Victoria Nuland war überflüssig wie ein Kropf und respektlos gegenüber Europa. Dass Bundeskanzlerin Merkel dies als „völlig inakzeptabel“ öffentlich zurückgewiesen hat und Mrs. Nuland sich entschuldigen musste, war konsequent und richtig. Eine ganz andere Dimension hat das knappe Mehrheitsvotum in der Schweiz für eine Zuzugsbegrenzung von Ausländern, die fast ausschließlich EU-Bürger trifft. Es ist mir unbegreiflich, wie das Grundrecht der Freizügigkeit ausgerechnet von einem urdemokratischen Land wie der Schweiz in Frage gestellt wird. Und hinzukommt: Die Schweiz lebt von ökonomischer Freizügigkeit und von ihren wirtschaftlichen Geschäften mit den Staaten der Europäischen Union. Jetzt warten wir mal ab, bis sich der Pulverdampf verzogen hat. Persönlich bin ich der Meinung, dass sich die Schweiz mit die-

sem Votum, so knapp es auch war, selbst ins Knie geschossen hat.

Bei vielen rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa hat das Schweizer Votum für Zuzugsbeschränkung geradezu Begeisterungstürme ausgelöst. Motto: „Sowas sollten wir auch machen!“ Fürchten Sie ein Erstarren der europäischen Rechten?

Jo Leinen: Ein Sieg der Rechtspopulisten bei den Europawahlen wäre eine Katastrophe. Ich glaube zwar nicht, dass selbst in einem solchen Fall unser „Haus Europa“ in seinen Fundamenten erschüttert würde, aber es wäre nicht gut. Es würde den europäischen Integrationsprozess zurückwerfen und den Nationalismus fördern. Was mich besonders ärgert, nicht nur bei der Schweiz, ist, dass rechte Populisten mit Vehemenz dafür eintreten, dass die Maschinen und Produktionsgüter ihrer Länder frei und ohne Einschränkungen in Europa verkauft werden sollen – aber die freie Orts- und Berufswahl von Europäern wollen sie einschränken. Das ist schlichtweg absurd!

Die Idee des Nationalstaats ist eine Idee des 19. Jahrhunderts. Sie schien überwunden und kommt jetzt wieder zurück. Warum?

Jo Leinen: Jedes Neue, das mit neuen Quantitäten und Qualitäten versehen ist, führt bei vielen Menschen zu Ängsten. Diese Ängste mögen irrational sein, aber sie existieren. Die Angst vor Veränderung ist bei vielen Menschen eine existenzielle Urangst. Man fürchtet, plötzlich auf der Seite der Verlierer zu stehen. Gerade aus deutscher Sicht ist das besonders irrational. Europa und die europäische Integration hat Deutschland geradezu katapultmäßig nach vorne gebracht. Man muss sich das einfach nur konkret vorstellen. Unsere Vorfahren

lebten wie selbstverständlich mit Katastrophen. So gut wie jede Generation machte mindestens einen Krieg mit, dazu Hungersnot, Zerstörung, Inflation – seit dem Mittelalter bis weit hinein ins 20. Jahrhundert. Wir leben jetzt seit über 60 Jahren in Frieden und mit steigendem Wohlstand. Aber diese Urangst hat eine sehr viel längere Tradition. Hinzu kommt, und das müssen wir sehr ernst nehmen, die Angst vor der Globalisierung, vor einem Turbokapitalismus, der sich alles untertan machen will. Da gibt es Sehnsüchte nach einem sicheren Heim, nach einem geschützten Raum – und das ist für manche der „gute alte Nationalstaat“. Der aber – gerade in Deutschland und in Europa – nur eines niemals war: sicher, gut und geschützt!

Hat Ihre persönliche Grenzüberschreitung, Ihr europäischer Optimismus auch damit zu tun, dass Sie aus einer Familie kommen, die seit Generationen an der saarländischen Grenze lebt. Eine Gegend, die immer wieder Spielball von Machtinteressen, zum Beispiel von Frankreich und Deutschland, war?

Jo Leinen: Ganz sicher haben diese persönlichen und familiären Erfahrungen eine Rolle für mein politisches Engagement gespielt. Dass wir jetzt zwischen Frankreich und Deutschland und den Benelux-Ländern offene Grenzen haben, das hätte sich mein Großvater niemals vorstellen können. Ich selbst stand politisch vor der Entscheidung: Gehst du als Abgeordneter in den deutschen Bundestag oder kandidierst du für das Europaparlament? Ich habe mich sofort für Europa entschieden, weil ich an dieses Projekt glaube und weil ich mitarbeiten will, es zu realisieren. Keine Sekunde habe ich das bereut, obwohl wir noch viele Baustellen haben.

Nicht weit weg von Ihrer saarländischen Heimat kandidiert im französischen Forbach der Spitzenmann des extrem rechten „Front National“, Florian Philippot, für ein Mandat im Kommunal- und im Europaparlament. Wie man hört, hat er gute Chancen . . .

Jo Leinen: Auch das gehört zu Europa und seinen Baustellen. Auch das hängt mit den Ängsten

der Menschen vor „zu viel Europa“ zusammen. Der Front National bedient diese Ängste mit einer kruden Mischung aus Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Es ist richtig, dass die französische Rechte sich Chancen auf über 20 Prozent bei der Europawahl ausrechnet. Für Frankreich wäre dies ein Rückschlag, aber mit Sicherheit keine Wende zu einem antieuropäischen Kurs des Landes und seiner Regierung. Im Übrigen spricht viel dafür, dass unsere Perspektive eines vereinten, sozialen und demokratischen Europa allen nationalistischen Propagandasprüchen deutlich überlegen ist.

Es ist nicht nur so, dass es laute nationalistische Stimmen in Europa gibt, auch gewachsene regionale Bewegungen verlangen Autonomie und Selbstbestimmung. Hat das von Ihnen propagierte Europa überhaupt noch Platz für ein solches „Europa der Regionen“?

Jo Leinen: Aber selbstverständlich! Ich gehe sogar soweit zu sagen, dass die Europäische Union der Geburtshelfer eines „Europa der Regionen“ war und ist, dass das gestiegene Selbstbewusstsein regionaler Autonomie-Bewegungen durchaus vereinbar mit dem Gedanken eines vereinten Europas ist. Die Schotten werden demnächst über ihre nationale Souveränität abstimmen, damit haben wir Europäer doch genauso wenig ein Problem wie mit den Autonomiebestrebungen der Katalanen. Ein Problem wird es dagegen ganz sicher geben, wenn die Basken einen selbständigen Staat errichten wollen, weil den die zentralistische spanische Nationalverfassung nicht vorsieht. Für mich persönlich wäre das kein Problem, damit kann ich leben. Aber in Madrid sieht man das anders.

Und wenn die Schotten beschließen sollten, nicht nur Großbritannien die Gefolgschaft aufzukündigen, sondern auch der Europäischen Union?

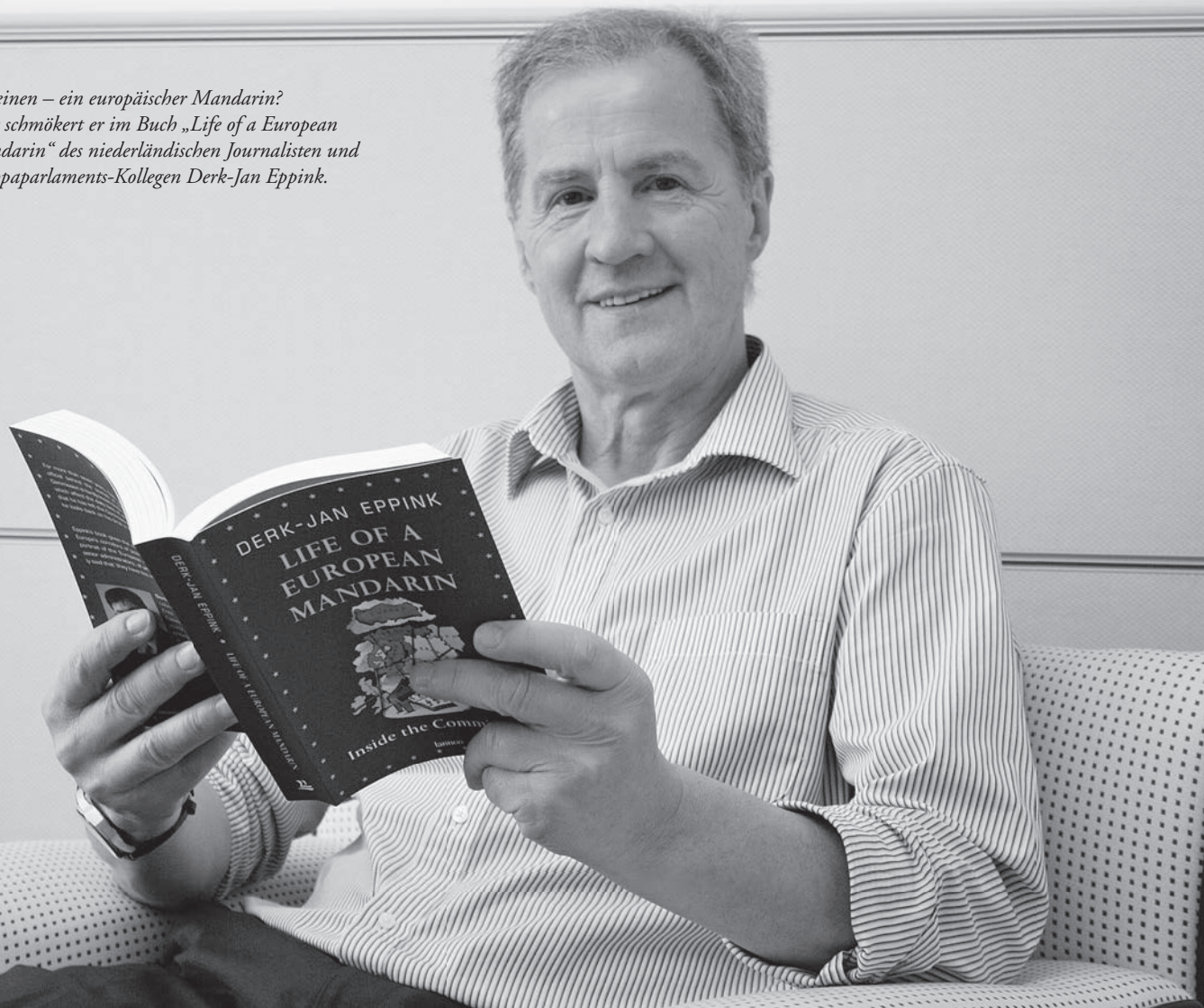
Jo Leinen: Grundsätzlich gilt: Die Europäische Union ist kein Zwangsverband. Wer aus dem Club austreten will, der kann das tun. Wir werden voraussichtlich 2017 ein Referendum in England haben, ob die Briten in der EU bleiben wollen oder nicht. Ich kann Ihnen schon

jetzt meine persönliche Meinung dazu sagen: Der Berg wird kreißen und eine Maus gebären. Natürlich wird Großbritannien in der EU bleiben, dazu sind ihre Vorteile viel zu groß. Engländer haben sich schon immer durch einen großen Pragmatismus ausgezeichnet. Die verlassen doch kein Staatenbündnis, an dem sie sehr gut verdient haben. Hinzu kommt, dass US-Präsident Obama kürzlich eindeutig unterstrichen hat, dass Amerika ein Interesse an einem starken Europa hat. Sie werden doch nicht im Ernst glauben, dass sich Großbritannien gegen die USA stellt – noch dazu in einer so strategischen Frage! Nein, es wird dazu kommen, je näher das britische Referendum rückt, dass man es in London nicht nur gerne sehen würde, sondern für unverzichtbar hält, den Engländern wieder Mal eine Extrawurst zu braten. Dazu wird es auch kommen. Verhandelt wird letztlich also nicht über einen EU-Austritt der Briten, sondern über die Zugeständnisse, die ihnen gemacht werden. So was nennt man dann „Realpolitik“.

Sie haben die USA erwähnt: Wie souverän soll und wie souverän kann eine starke EU mit der amerikanischen Supermacht umgehen?

Jo Leinen: Sie haben richtigerweise schon das Adjektiv dazu gesetzt: eine starke EU. Ein zersplittertes Europa der Nationalstaaten würde in der Weltpolitik keine Rolle spielen. Schon jetzt ist die Europäische Union nach den USA und China die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Schon jetzt stellt die EU mit 28 Einzelstaaten und einer Gesamtbevölkerung von 500 Millionen Menschen ein unübersehbares Potenzial dar. Nur: Dieses Potenzial muss sich auch politisch entfalten und entwickeln. Wenn also der europäische Einigungsprozess nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer ist, werden wir den USA auf Augenhöhe gegenüberstehen – aber nur dann. Das heißt konkret: Wir müssen zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Verteidigungspolitik und auch Asylpolitik finden. Dies ist im Moment noch nicht der Fall.

*Jo Leinen – ein europäischer Mandarin?
Hier schmökert er im Buch „Life of a European Mandarin“ des niederländischen Journalisten und Europaparlaments-Kollegen Derk-Jan Eppink.*




Heißt eine „gemeinsame europäische Verteidigungspolitik“ auch eine gemeinsame Militär- und Interventionspolitik?

Jo Leinen: Zu Ende gedacht heißt das: Ja! Die EU wird, nicht nur wie im Moment durch nationale Armeen, internationale Aufgaben, zum Beispiel in Afrika oder anderen Bürgerkriegsregionen, übernehmen müssen. Wir streben, um das eindeutig klar zu stellen, nicht die Rolle eines Weltpolizisten an. Das wäre auch unvereinbar mit unserer Auffassung der Menschenrechte. Aber wir streben perspektivisch die Bildung einer gemeinsamen europäischen Armee an. Sie wird effektiver, kostengünstiger und auch robuster sein als 28 Einzelarmeen von 28 EU-Staaten. Die Welt wird leider nicht pazifistischer werden. Aber es wäre für die Stabilisierung des Weltfriedens und für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus besser, wenn es eine Armee gäbe, die in Theorie und Praxis einer Verfassung verpflichtet ist, deren oberste Gebote die allgemeinen Menschenrechte, die demokrati-

schen und sozialen Grundrechte und der Kampf gegen Diktatur und Tyrannei in jeder Form sind.

Da haben Sie aber noch viel vor, Herr Leinen! Sie werden demnächst 66 Jahre – ein Alter, mit dem nach einem Schlag von Udo Jürgens das Leben erst anfängt. Wo sehen Sie sich in zehn Jahren?

Jo Leinen: Ganz sicher nicht im Ruhestand, wenn es meine Gesundheit erlaubt. Es ist völlig egal, ob ich dann noch Parlamentarier oder Privatmann bin, für richtige Ziele in der Europa-, in der Umwelt- und in der Klimaschutzpolitik werde ich mich immer einsetzen. Ich bin von der Basis gekommen, dorthin werde ich auch wieder zurückkehren. Denn für positive Veränderungen im Kleinen wie im Großen zu kämpfen, ist zwar ein ziemlich mühsames und manchmal auch recht frustrierendes Geschäft, aber es macht Spaß – und ich liebe das Leben. 

Das Gespräch führte
GAZETTE-Redakteur Rudolf Schröck



So sieht sich Jo Leinen am liebsten: als Politiker, der Schlagbäume und Grenzbarrieren in Europa beseitigt – zur Not auch (wie hier bei einer Wahlveranstaltung) mit der Säge.

DIE WILLENSNATION

Die Schweiz bleibt ein Sonderfall

Die moderne Schweiz hat sich nicht um eine einzige Sprache herum gebildet und gilt deshalb als multi-ethnische Willensnation: Was die Schweiz im Innersten zusammenhält, und warum dieses historische Erfolgsmodell heute gefährdet ist.

*Von Jürg Müller-Muralt**

Die Schweizerinnen und Schweizer hören es gerne und betonen es auch sehr oft: Ihre Alpenrepublik ist das Land der vier Sprachen und Kulturen. Das tönt nach friedlichem Zusammenleben, nach Offenheit und Toleranz. Alles nur Heuchelei und Phrasendrescherei, findet dagegen der in Berlin lebende Westschweizer Journalist José Ribeaud: „Denn in Wahrheit ist der Dialog zwischen den Sprachgemeinschaften zu Ende (...), der nationale Zusammenhalt eine Fiktion (...), die Mehrsprachigkeit der Schweizer eine Illusion.“ Sein Buch mit dem ebenso pessimistischen Titel „Vier Sprachen, ein Zerfall: Wie die Schweiz ihren wichtigsten Vorteil verspielt“ (Verlag Nagel und Kimche, 2013) sei ein „dringender, schon fast verzweifelter Appell zur Rettung der Nationalsprachen“, schreibt der ehemalige Fernsehkorrespondent und Chefredakteur.

Ribeaud stützt seinen tristen Befund vor allem auf zwei Entwicklungen: den Vormarsch des Englischen und den immer hemmungsloseren Gebrauch der Dialekte anstelle des Hochdeutschen in der deutschsprachigen Schweiz. Beides gefährdet die Kommunikation zwischen den schweizerischen Sprachgruppen. Sprachen sind eben gerade nicht nur Kommunikationsmittel und nicht nur instrumentell zu verstehen. Sie sind nicht neutral, sondern Träger von Mentalitäten, Denkweisen und Kulturen, sie beeinflussen das Verhältnis von Bürger und Staat und auch jenes zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Fällt das Bewusstsein für den Wert und die Pflege der Mehrsprachigkeit im mehrsprachigen Land weg, kann es heikel werden.

*) Die Redaktion hat beschlossen, im Sinne differenzierter Sprachkulturen Texte von Schweizer Autoren in schweizerischer Rechtschreibung wiederzugeben.

Die Schweiz hat sich, entgegen dem Trend im 19. und 20. Jahrhundert, nicht um eine einzige dominante Sprache herum gebildet. Sie ist vielmehr geprägt von der Entwicklung weitreichender politischer Rechte und Freiheiten, einem stark ausgebauten kantonalen Föderalismus mit lokaler Autonomie. Die Sprachenfrage war kein Kristallisationspunkt der Nationswerdung, aber eben auch kein hemmender Faktor. Sie ist nicht Gegenstand eines Mehrheits- und Minderheitsdiskurses und darf das auch nicht sein. Entscheidend ist das gleichberechtigte Miteinander. Insofern – und das ist das Dialektische an der Schweiz – ist die Sprachenfrage dann doch wiederum von erheblicher Bedeutung, ganz einfach deshalb, weil die Mehrsprachigkeit das augenfälligste Merkmal schweizerischer Pluralität und damit ein Seismograph dafür ist, wie stark sich allenfalls zentrifugale Kräfte unter der Oberfläche der Willensnation Schweiz bemerkbar machen.

... weder ethnisch noch sprachlich noch religiös eine Einheit

Der aus dem 19. Jahrhundert stammende Begriff der Willensnation hat im Lauf der Zeit zwar etwas Patina angesetzt, aber er erfreut sich immer noch grosser Beliebtheit und durchaus auch definitorischer Kraft. Die Homepage der schweizerischen Bundesbehörden stellt gleich auf der Startseite ohne Umschweife klar: „Die Schweiz ist eine Willensnation. Sie bildet weder ethnisch noch sprachlich oder religiös eine Einheit.“ Hinzufügen könnte man noch die augenfällige Tatsache, dass das deutsch-, französisch-, italienisch- und rätoromanische Sprachgebiet auch geographisch al-



Napoleon schickte nicht nur Truppen in die Schweiz, er brachte auch die Ideen der Französischen Revolution ins Land.

les andere als ein einigermaßen geschlossenes Territorium darstellt; Sprach- und Religionsgrenzen sind zudem auch nicht durchwegs deckungsgleich mit den Kantonsgrenzen. Der Alpenhauptkamm mitten durch die Schweiz bildet als topographisch markante Scheidelinie das „Dach Europas“. Aber er trennt die Schweiz nicht, sondern wirkt mit seinen für den ganzen Kontinent wichtigen Verkehrswegen – früher Pässe, heute Tunnel – seit jeher wie eine Klammer für die Schweiz.

In der Bundesverfassung taucht der Wille ebenfalls auf: Volk und Kantone geben sich ihr Grundgesetz „im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben“. Und auch in der politischen Publizistik findet der Begriff immer wieder Verwendung: Der frühere Bundesrat und Finanzminister Kaspar Villiger hat seinem Buch von 2009 zur Lage der Nation den Titel gegeben „Eine Willensnation muss wollen.“ Für Villiger ist klar: „Eine Nation, die nicht auf ethnischer Zugehörigkeit, sondern auf einer kulturellen Leistung beruht, ist eine enorme Chance.“ Er verweist auf die Integrationskraft des Landes, auf die grosse Zahl von Einwanderern, „die enorm viel mitbrachten und bei denen man schon bald nicht mehr realisierte, dass sie von aussen gekommen waren“. Die Erfolgsgeschichte der

Schweiz „wäre ohne diesen Zustrom an Ideen und Unternehmergeist niemals Realität geworden“.

Die französischen Truppen hinterliessen nicht nur Kriegsspuren

Ein Blick in die Geschichte zeigt in der Tat: Allein durch den Willen der Alteingesessenen gäbe es die Willensnation Schweiz nicht. Impulse aus dem Ausland und Wechselwirkungen mit europäischer Machtpolitik führten die Schweiz auf den Weg in die Moderne. Ohne die Französische Revolution und den durch Napoleon ausgelösten Modernisierungsschub ist auch die Mehrsprachigkeit nicht zu verstehen. Bis 1798 war die Eidgenossenschaft deutschsprachig dominiert, Deutsch die allein rechtsgültige Behörden- und Urkundensprache. Französischsprachige Gebiete – und auch das südlich der Alpen gelegene italienischsprachige Tessin – waren so genannte Untertanengebiete und weitgehend rechtlos. Erst die Ideen der Französischen Revolution und die Truppen Napoleons brachten die Gleichheit der Bürger und die Gleichheit der Sprachen.

Ein rücksichtsvoller Bürgerkrieg wurde zur Basis der Willensnation

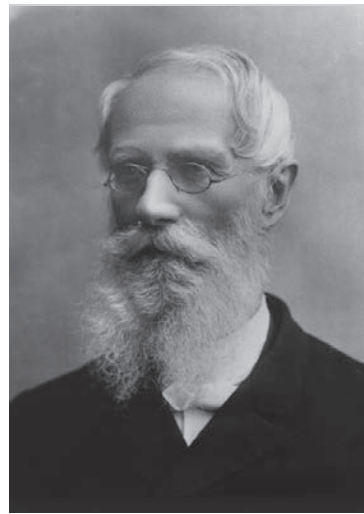
Die folgenden Jahrzehnte brachten auch wieder Rückschläge, aber das Prinzip war eingepflanzt. Der Kampf um Demokratie, politische Rechte, Freiheit und einer auf Solidarität beruhenden Nation fand – nach kurzem Bürgerkrieg – in der Gründung des Bundesstaates 1848 sein vorläufiges Ende. Dieser Bürgerkrieg, der Sonderbundskrieg von 1847, dauerte nur 25 Tage und forderte insgesamt lediglich 93 Tote. Das für die im Werden begriffene Willensnation Entscheidende lag – wie fast immer nach Kriegen – im Umgang der Sieger mit den Besiegten: Die siegreichen fortschrittlichen liberal-demokratischen Kräfte, die den Bundesstaat wollten, nahmen Rücksicht auf die unterlegenen konservativen Kräfte. Progressive zentralistische Lösungen wurden gebremst zugunsten des eher konservativen Anliegens der Souveränität der Kantone.

Die nationale Revolution in der Schweiz – immerhin die einzige erfolgreiche liberal-demokratische Revolution in Europa Mitte des 19.

Jahrhunderts – wurde gar aus dem allgemeinen Bewusstsein verdrängt. Dies deshalb, „weil die Nachfahren der Revolutionäre, also die Sieger im Kampf um den Nationalstaat, die Unterlegenen nicht beständig an ihre Niederlage erinnern und diese umgekehrt nicht ständig erinnert werden wollten“, wie der Historiker Tobias Kästli („Die Schweiz – eine Republik in Europa“, Verlag Neue Zürcher Zeitung, 1998) schreibt. Das führte schliesslich dazu, dass die Schweiz nicht ihre erfolgreiche Staatswerdung in der Moderne zum Angelpunkt ihrer Selbstvergewisserung gemacht hat, wie etwa Frankreich mit der Revolution von 1789, sondern nationale Mythen um Wilhelm Tell und den Rütlichschwur aus frühesten historischen Zeiten. Kästli: „Die schweizerischen Geschichtsschreiber bemühten sich, den kränkelnden Umstand zu verdrängen, dass die nationale Revolution 1798 mit der Intervention einer fremden Armee begonnen hatte. Deshalb verknüpften sie die nationale Identität nicht mit den Revolutionen, sondern mit der unverfänglichen mittelalterlichen Geschichte.“

Die Schweiz erklärte sich zum Sonderfall und wurde so zum „Musterstaat“

Bis ins 19. Jahrhundert war die Schweiz punkto Fläche und Bevölkerungszahl europäischer Durchschnitt. Mit der Nationalstaatsbildung in Deutschland und Italien sah sich die Schweiz plötzlich als ziemlich unbedeutender Kleinstaat. Zudem lud sich nach 1870 der Nationalismus mit völkisch-rassistischem Gedankengut auf. Der kleine Vielvölkerstaat Schweiz kam in Begründungsnotstand. Welche Daseinsberechtigung hatte er in diesem Umfeld? Als Sonderfall, lautete die Antwort des Staatsrechtlers Carl Hilty (1833-1909), und er lieferte damit den Begriff, der zusammen mit jenem der Willensnation das Selbstverständnis der Schweiz bis heute prägt. Doch Sonderfall bedeutete für ihn nicht Abschottung und Selbstgefälligkeit, im Gegenteil: „Unser Vaterland ist eines der hervorragendsten Beispiele dafür, wie eine kräftige politische Idee unbedeutende und ungleichartige Volksstämme zu einem bedeutenden Staate umbilden kann.“ Im Zentrum dieser politischen Idee steht die „Volksfreiheit“, und er pos-



*Carl Hilty
Schweizer
Staatsrechtler,
1833 – 1909*

tulierte, die Schweiz müsse „ein Musterstaat auch für andere und nicht bloss egoistisch auf sich und seine kleinen Bedürfnisse reduziertes Staatswesen sein. Das ist ihr weltgeschichtlicher Beruf. Sonst hat sie keinen rechten inneren Grund zu existieren.“ Die Suche Hiltys nach einer starken Legitimation für den kleinen multi-ethnischen Staat gipfelte in einer politischen Idee, die nach seiner Lesart auch auf Frieden und Gerechtigkeit in der Welt ausstrahlen sollte.

Der staatspolitische Idealismus Hiltys blieb zwar über weite Strecken schöne Programmatik. Doch Inklusion statt Exklusion, Ausgleich statt Konfrontation, Integration statt Separation blieben die Grundtextur des schweizerischen Staatsverständnisses, mit allen Rückfällen, Verzögerungen, Unvollkommenheiten und eben auch Spannungen und Zerreihsproben: So haben beispielsweise im Ersten Weltkrieg unterschiedliche Sympathien zu den kriegführenden Parteien die Deutschschweiz und die Westschweiz fast auseinandergerissen, trotz offizieller Neutralitätspolitik. Die Arbeiterklasse und die politische Linke wurden spät in die staatlichen Strukturen integriert, und die Frauen blieben unerträglich lange gänzlich aus der Politik ausgeschlossen – bis sie 1971 endlich wählen und abstimmen durften.

Und trotzdem liegt gerade in dieser Retardierung ein Teil des Geheimnisses der schon fast legendären Stabilität der Schweiz: Die stark ausgebauten Volksrechte (Initiativen und Referenden) führen zu jährlich mehrmaligen landesweiten,

kantonalen und kommunalen Volksabstimmungen mit vorgängig teilweise harten politischen Debatten. Das alles braucht langwierige Aushandlungsprozesse, viel Überzeugungsarbeit auf allen Seiten und damit vor allem viel Zeit. Aber wenn einmal entschieden ist, ist die Akzeptanz des Entscheids in der Regel hoch.

Antizentralistisch und konsensorientiert

Hier werden die zwei wesentlichen Faktoren einer Willensnation sichtbar: die föderalistische Struktur und die auf Konsens ausgerichtete politische Kultur. Ein mehrsprachiges Land mit ausgeprägten regionalen Mentalitäten ist ohne tief verankerten Föderalismus nicht denkbar. Die Schweiz ist kein von oben verordneter dezentralisierter Staat, sondern ein von unten aufgebautes nichtzentralisiertes Gebilde. Die starke Stellung der Kantone kommt auch im Zweikammersystem des nationalen Parlaments deutlich zum Ausdruck: Der Ständerat mit je zwei Vertretern pro Kanton (und je einem für die sechs kleinen Halbkantone) ist dem Nationalrat, der Volkskammer, vollständig gleichgestellt. Jede Verfassungsänderung, die ohnehin zwingend einer Volksabstimmung unterliegt, muss nicht nur von der Mehrheit des Volkes, sondern auch von der Mehrheit der Kantone genehmigt werden. Dieses Instru-

ment des Ständemehrs wirkt, zusammen mit dem Ständerat, als antizentralistische Bremse.

Zu diesem Antizentralismus gehört auch die starke Gemeindeautonomie: Ob Grossstadt oder 300-Seelen-Dorf, die Schweizer Gemeinden funktionieren alle wie kleine Republiken, die beispielsweise die Steuern selbstständig bestimmen können. Dieses System der kommunalen Selbstverantwortung fördert auch das Verständnis dafür, dass Demokratie sich nie nur in Wahlen erschöpfen kann, sondern ein ständiger Aushandlungsprozess ist, der irgendwann in einen Kompromiss führen muss. Und es führt zur Einsicht, dass immer irgendetwas zu einer Minderheit gehört, dass Minoritäten – insbesondere ethnische und sprachliche – nicht überfahren werden dürfen und im optimalen Fall in politischen Institutionen etwas stärker vertreten sein sollten, als es ihrer zahlenmässigen Stärke entspricht.

Eine Willensnation funktioniert allerdings nur durch den Willen zur Partizipation, durch ein überdurchschnittliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die rund 2 350 Schweizer Gemeinden werden von über 15 000 Exekutivmitgliedern geführt, die meisten von ihnen nehmen diese Aufgabe im Nebenamt wahr. Ein noch viel grösserer Personenkreis arbeitet in Parlamenten und Ausschüssen mit. Die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung macht es jedoch vor allem für kleine Gemeinden immer schwieriger, diese Zehntausenden von Freiwilligen und meist ehrenamtlich Tätigen zu finden. Der Mythos der Gemeinde als Hort von Bürgernähe, Basisdemokratie und Willensnation hat deshalb viel von seinem früheren Glanz eingebüsst.

Ausgerechnet eine nationalkonservative Partei schert aus und gefährdet hohe Werte

Auch führen verschiedene Trends weg von der Konkordanzkultur. Paradoxerweise war es ausgerechnet die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) als selbst ernannte exklusive Hüterin helvetischer Werte, die durch Kompromisslosigkeit und jahrelange massive Verunglimpfung des politischen Gegners der schweizerischen politischen Kultur massiven Schaden zugefügt hat.


Subsidiarität

Die direkte Demokratie der Schweiz basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität. Im politischen Bereich versteht man unter Subsidiarität das Prinzip, dass alles auf der unterstmöglichen Ebene geregelt werden soll und dass die notwendigen Kompetenzen dazu auf der unterstmöglichen Ebene, also zum Beispiel auf der Gemeinde- oder auf der Kantonsebene angesiedelt sein sollen. Bei Urnengängen mit Sachabstimmungen in der Schweiz fallen deshalb oft gleichzeitig unterschiedliche Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen an, nicht nur Entscheidungen auf nationaler bzw. Bundesebene. Die Stimmbürger erhalten dann drei unterschiedliche Stimmzettel.

Wenn dann auch noch die Kultur der Mehrsprachigkeit unter Druck gerät und einem gleichgültigen Nebeneinander weicht, dann kann der notwendige Kitt der Willensnation spröde werden. Denn gelebte Mehrsprachigkeit erfordert dauernde Zusatzanstrengungen. Es nützt wenig, dass sämtliche behördlichen Texte der Bundesverwaltung in allen Landessprachen verfasst werden, wenn sich ein Genfer und ein Zürcher nur noch in Englisch verständigen können. Ganz so dramatisch, wie es der eingangs zitierte José Ribeaud schildert, ist die Lage allerdings nicht, auch wenn sich an einigen Stellen Risse zeigen.

Die ausgebaute direkte Demokratie der Schweiz ist weltweit einzigartig

Oft wird das Bild von der Schweiz als ein Europa im Kleinen bemüht, weil sie in sich drei grosse europäische Kulturen vereint. Politisch hat sie sich aber immer stark abgegrenzt und sich

als Sonderfall verstanden – was sie tatsächlich in einigen Bereichen auch war und immer noch ist: Die stark ausgebaute direkte Demokratie auf allen Stufen des Staates ist weltweit einzigartig. Die Angst, diese zu verlieren, ist einer der Gründe, weshalb die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für eine volle Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union nicht zu haben ist. Das ist insofern tragisch, als die Schweiz mit ihrer politischen Kultur, ihren republikanischen Tugenden, ihrer direkten Demokratie, Subsidiarität und dezentraler Entscheidungsfindung und ihrem multiethnischen Zusammenleben auch auf europäischer Ebene einiges an Erfahrung einbringen könnte. Doch es scheint eher so zu sein, dass die Schweiz ihr Erfolgsmodell der Willensnation auch unter veränderten Bedingungen und bei aller wirtschaftlichen Offenheit und Verflechtung auf politischer Ebene mit einer Strategie der Abgrenzung in die Zukunft zu retten versucht. 



Zürich versteht sich als weltoffene Stadt. Aber ausgerechnet hier sitzen auch die Wortführer der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei SVP, die sich von Europa abschotten wollen und eine ausländerfeindliche Politik betreiben.

(Foto: Patrick Frank www.netwalk.ch)

ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014 IN DER SCHWEIZ

Eine Willensnation setzt ihre Stabilität aufs Spiel

Ein Kommentar von Jürg Müller-Muralt

Die Schweizerinnen und Schweizer haben etwas getan, was sie üblicherweise nicht tun: Sie haben sich in ein politisches Abenteuer gestürzt. Mit 50,3 Prozent haben sie am 9. Februar 2014 äusserst knapp der so genannten Masseneinwanderungsinitiative der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei SVP zugestimmt – und riskieren mit diesem faktischen Nein zur Personenfreizügigkeit die bilateralen Verträge, den Mittelweg zwischen Abseitsstehen und EU-Beitritt. Dank diesen Verträgen konnte die Schweiz massgeschneidert von einem hohen Grad an europäischer Integration und vom Binnenmarkt profitieren, ohne gleich Mitglied zu werden. Ein äusserst attraktives Spezialarrangement. Das alles ist nun mit der Annahme der Initiative, welche die Zuwanderung mit Kontingenten steuern will, in Frage gestellt. Zusätzlich beunruhigend ist der Umstand, dass voraussichtlich nächstes Jahr eine weitere Volksinitiative zur Abstimmung kommt, welche die Zuwanderung sogar noch stärker einschränken will. Sie hat eine ökologische Stossrichtung und spricht deshalb ein potenziell noch breiteres Publikum an als das soeben angenommene Volksbegehren.

Starke Zuwanderung kennen alle prosperierenden Regionen der Welt. Alle – auch die Gegner der Initiative – haben fast ausschliesslich von Problemen gesprochen und damit die kulturelle Hegemonie des rechtsnationalen Abschottungsdiskurses verstärkt. Der fast unglaubliche Erfolg der weltoffenen, multikulturellen Willensnation Schweiz blieb argumentativ auf der Strecke. Nun wird das Gift der Unsicherheit in jeden Winkel der Gesellschaft eindringen. Die Planungssicherheit für die Wirtschaft ist weggebrochen. Die politische Stabilität steht

auf dem Prüfstand, denn die beiden fast gleich grossen Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber. Und damit hat auch die nationale Kohäsion weitere Risse erhalten. Die von der Deutschschweiz überstimmte, europafreundlichere französischsprachige Schweiz musste sich von SVP-Übervater Christoph Blocher mit den Worten beleidigen lassen: „Die Welschen hatten immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz.“ Blocher rüttelt mit dieser Haltung am Kerngehalt der Willensnation, nämlich am Willen zum Ausgleich. Er grenzt die Unterlegenen aus, statt auf sie zuzugehen.

Diese Zerrüttung der politischen Kultur ist die Begleitmusik der um sich greifenden Ratlosigkeit und Ungewissheit. Gewiss ist nur eines: Die Schweiz ist nach diesem Volksentscheid abhängiger von der EU als je zuvor. Denn jetzt gibt Brüssel den Takt vor. Die EU wird die Einhaltung der bilateralen Regeln durchsetzen müssen. Weil die Union nicht laufend Sonderwünsche erfüllen kann, die sie den eigenen Mitgliedstaaten nicht gewährt.

Wenn sich nicht flexible Lösungen finden lassen, werden die Schweizerinnen und Schweizer wohl bald einmal die schlichte Frage beantworten müssen: Wollen sie nun konsequent den vollständigen Rückzug ins europapolitische *Réduit*^{*)} und ins wirtschaftliche Jammertal? Oder klopfen sie, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, als Bittsteller an die Tür in Brüssel und treten der EU bei?

*) Das Schweizer *Réduit* war im Zweiten Weltkrieg ein System von militärischen, oft unterirdischen Festungen in den Alpen, die praktisch als uneinnehmbar galten. Seither ist das „*Réduit*“ das Symbol für die (sinnlose) Verschanzung und Abschottung ohne wirtschaftlichen und mentalen Austausch mit der offenen Welt.

NATIONALE IDENTITÄT

Begegnungen

in Transkarpatien

Sie waren und sind Ruthenen, Ungarn, Juden, Ukrainer, Russen, Slowaken, Deutsche. Sie alle lebten und leben im selben Land: in Transkarpatien. Nur, Transkarpatien ist kein „Land“, nur ein Landstrich, eine Region. Denn Transkarpatien gehörte mal zu Ungarn, mal zur Tschechoslowakei, mal zur Sowjetunion. Heute gehört es zur Ukraine. Und doch ist Transkarpatien für über eine Million Menschen die Heimat. Wie leben sie hier, wie fühlen sie sich? Christian Müller reiste hin und hat sich umgehört.

Klara Balog

Es gibt nur einen Gott

„In der Schule lernte ich Tschechisch, und etwas später dann Ungarisch“, sagt Klara Balog. „Ich bin 1928 geboren. Damals war Ushgorod, wo ich mein ganzes Leben zuhause war, eine Stadt in der Tschechoslowakei. Es war eine gute Zeit. Der Lebensstandard hier war damals am höchsten. Als Tomas Garrigue Masaryk, der Präsident, im Jahr 1937 starb, war auch hier bei uns ein großer Trauertag. Meine Mutter trug Schwarz; ich erinnere mich gut daran. Aber dann wurden wir, zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, von Ungarn annektiert. Am Ende des Zweiten Weltkrieges ist Transkarpatien aber nicht zurück an die Tschechoslowakei gegangen, Transkarpatien musste an die zu den Siegermächten gehörende Sowjetunion abgetreten werden. Das war eine schlimme Zeit“, fährt Klara Balog weiter. „Wir wären sehr gerne bei der Tschechoslowakei geblieben.“

„Hier in Transkarpatien ist man gläubig und tolerant. Als wir der Sowjetunion zugeschlagen wurden, änderte sich alles. Alles war plötzlich gegen den Glauben und gegen die Toleranz. Zwischen

den Kulturschaffenden innerhalb der Sowjetunion war der Austausch zwar gut; ich hatte zum Beispiel auch Kontakt mit Künstlern in Petersburg. Aber trotzdem, die Differenz zu vorher war stark spürbar. Heute gehören wir zur Ukraine. Es geht uns wieder ein bisschen besser. Aber ich kann mich dazu nicht äußern; von Politik verstehe ich zu wenig.“ „Europäische Union? Ja, wir haben immer zu Europa gehört und natürlich wollen wir auch künftig richtig zu Europa gehören. Aber das wird wohl noch ein langer Weg werden.“

Die 85-jährige Frau spricht Russisch mit uns. Aber immer wieder entschuldigt sie sich dafür – und sie entschuldigt sich auf deutsch –, dass sie nicht deutsch auf meine Fragen antwortet. Sie verstehe die deutsche Sprache gut, lese auch deutsche Bücher. Nur deutsch sprechen mache ihr Mühe. Sie habe halt keine Übung. Sie spreche neben Ruthenisch, Ukrainisch und Russisch Tschechisch, Ungarisch – und eben auch Deutsch. Und dies, obwohl sie immer hier, in Ushgorod, zuhause gewesen sei, wiederholt die etwas schütter gewordene Frau, aber

mit hellwachen Augen. Sie sei zwar viel auf Reisen gegangen, bis nach Kanada, und auch in die USA. Aber sie sei immer hier, in Ushgorod zu Hause, hier daheim gewesen, betont sie noch einmal.

Klara Balog war transkarpatische Folkloretänzerin, Chorleiterin, Choreographin. Sie führte eine international bekannte transkarpatische Gesangs- und Tanzgruppe. Sie trat mit ihrer Truppe nicht nur im In- und Ausland auf, sie schrieb auch Bücher zu ihrer Kunst, zum Transkarpatischen Folkloretanz. Auf ihrer Visitenkarte steht, in Ukrainisch und in kyrillischen Buchstaben, auf der Rückseite auch in Englisch und in lateinischen Buchstaben: Balletmasterproducer Academic Transcarpathian Folk Choir. Ihr Büro in der Philharmonie der Stadt Ushgorod, das sie dort immer noch hat, hängen viele Fotos von Folkloretänzen, von ihrer Tanzgruppe, und auch viele Auszeichnungen.

Aber auch Heiligenbilder, Ikonen, und ein Foto des Papstes. „Ich war immer sehr gläubig, und ich gehe regelmäßig in die Kirche“, sagt Klara Balog. „Ich bin grie-

chisch-katholisch und gehe hier in Ushgorod in die griechischkatholische Kirche. Ich bin ja eine Ruthenin“, sagt sie. „Aber wissen Sie, es gibt ja nur einen Gott und wir beten alle zum gleichen Gott. Für mich sind alle Menschen gleich.“ Klara Balog öffnet einen Schrank und sucht etwas. „Als die Griechisch-Katholische Kirche von den Sowjets verboten wurde, ging ich halt in die orthodoxe Kirche. Ich bin sehr gläubig und ich gehe immer in die Kirche. Aber jetzt gehe ich natürlich wieder in die griechisch-katholische Kirche hier in Ushgorod, jetzt, wo wir wieder eine haben.“

„Ja, ich spreche von zuhause aus Ruthenisch, ich bin eine Ruthenin“, sagt sie, „aber in der Schule lernte ich dann eben Tschechisch, und Ungarisch.“ Sie lächelt. „Ich verstehe auch gut Deutsch“

sagt sie noch einmal, „aber ich habe keine Übung im Sprechen“.

„Als ich im Jahr 2008 meinen 80. Geburtstag feiern durfte, da hat mir die Stadt Ushgorod mit einer großen Delegation offiziell gratuliert und mir für meinen langjährigen kulturellen Einsatz gedankt. Man zeigte mich auch im Fernsehen. Ja, das war ein großer Tag. Aber jetzt, im letzten Sommer, als ich 85 wurde, hat man das nicht mehr für nötig befunden. Und dabei bin ich doch immer noch mit Kopf und Herz bei meiner Kunst, beim transkarpatischen Folkloregesang und beim Tanz! Ich habe gerade wieder ein Buch zum Folkloretanz geschrieben. Hier!“, sagt sie und zeigt uns das neue Buch, mit Texten, graphisch skizzierten Tanz-Anweisungen, mit vielen Liedern – Tex-

te und Noten – und mit vielen Fotos. „Für mich sind alle Menschen gleich. Wir sind ja alle Brüder und Schwestern. Und wir beten ja alle zum gleichen Gott“, wiederholt sie. „Aber etwas muss ich Ihnen noch zeigen!“ Sagt's und öffnet den im Schrank gefundenen kleinen Wandkalender für das Jahr 2014. Darin ist über dem Monat Dezember ein Foto von Papst Johannes Paul II. mit ihr, Klara Balog. „Ja, 1991 hatte ich Gelegenheit, in Ungarn den Papst selber zu sehen. Das war ein besonderer Tag!“ „Gläubige Menschen aus der Eparchie Mukachevo übergeben Papst Johannes Paul II. ein Bild von Bischof Theodor Romscha“, steht als Legende unter dem Bild. Theodor Romscha war der letzte griechisch-katholische Bischof in Ushgorod; er wurde 1947 von den Sowjets heimtückisch ermordet: zu-



erst mit einem inszenierten Verkehrsunfall, dann, weil er noch nicht zu Tode kam, mit

einer tödlichen Dosis Gift im Spital von Mukachevo. „Aber jetzt bin ich eben alt“, sagt

Klara Balog. Vor zwei Jahren ist mein Mann gestorben. Auch für mich ist das Grab bereits parat. Alles ist vorbereitet.“ Ein paar Tage später erzählt uns der griechisch-katholische Pater Ivan, in der Weihnachtsmesse (am 6. Januar) hätte Klara Balog einen Schwächeanfall erlitten. Man habe sie nach Hause fahren müssen. ✨



Erinnerungen an ein reiches Leben: auf Reisen weltweit und daheim in Ushgorod. Im kommenden Dezember zeigt der kleine Wandkalender ein Bild mit Klara Balog (links vorne) und Papst Johannes Paul II., aufgenommen 1991 in Ungarn.



Alen Panov

Mir ist der kleine Grenzverkehr wichtig

„Für die Beantwortung von Fragen zur Geschichte Transkarpatiens hat man mich empfohlen?“. Alen Panov lächelt etwas verlegen. „Es stimmt natürlich. Ich habe in Geschichte doktriert, und Geschichte ist auch so etwas wie mein Hobby, auch wenn ich jetzt beruflich als Jurist arbeite. Aber ja, was möchten Sie denn wissen?“

Man kennt Alen Panov in Ushgorod. Er gehört zum diplomatischen Corps der Ukraine im Range eines „Ersten Sekretärs der Ersten Klasse“, vergeben auf Lebenszeit. Vor allem in seiner ehemaligen Funktion als Generalkonsul der Ukraine in der ostungarischen Stadt Nyiregyhaza hat er sich aktiv für die Interessen seiner transkarpatischen Landsleute eingesetzt. Und dies mit Erfolg!

„Zwischen der Ukraine und Ungarn gibt es ein Abkommen zum sogenannten kleinen Grenzverkehr. Das betrifft auf beiden Seiten der Grenze einen Landgürtel von ungefähr 50 km Brei-

te; in Ungarn geht er wegen der Stadt Nyiregyhaza sogar bis 65 km weit landeinwärts. In Transkarpatien leben in diesem Gürtel etwa 700 000 Menschen – von insgesamt 1,3 Millionen, also über die Hälfte. Die Einwohner dieser Gürtel – immer auf beiden Seiten der Grenze – haben das Recht, ohne Visum über die Grenze zu gehen und dort Besuche zu machen, zum Beispiel



Verwandtenbesuche oder auch im Rahmen von kleinen Geschäften zu arbeiten. Hier in diesem Vierländereck haben fast alle Menschen Verwandte auf der anderen Seite der Landesgrenze, die man natürlich besuchen möchte oder um die man sich sogar kümmern muss, wenn es zum Beispiel Großeltern sind. Und natürlich kaufen die Leute auch viele Dinge auf der anderen Seite der Grenze ein, wenn sie dort preiswerter sind. Oder sie helfen auf der anderen Seite in der Landwirtschaft bei der Ernte. – Bei diesem kleinen Grenzverkehr waren die Regeln von ungarischer Seite zu restriktiv und ich war bereit und habe das in Ungarn auch gesagt, das Problem juristisch anzugehen und in Luxemburg zu klagen. Aber Ungarn zeigte sich dann doch gesprächsbereit, und jetzt sind die Limiten dieses kleinen Grenzverkehrs EU-konform festgeschrieben und für beide Seiten gleich. Da habe ich für meine Landsleute tatsächlich etwas bewirken können.“


Allen Panov spricht fließend englisch, aber er kommuniziert auch ungarisch, slowakisch, polnisch. Ukrainisch ist seine Muttersprache und Russisch gehört zu seinem Beruf. An der Nationalen Universität von Ushgorod, am Institut für Internationale Beziehungen, doziert er in den Fächern Diplomatische und Konsularische Dienste und Verfassungssysteme internationaler Staaten.

Und Geschichte, sein Studium, sein Hobby? Ja, er erklärt uns in allen Einzelheiten, wie es dazu kam, dass die Griechisch-Katholische Kirche der in Transkarpatien ansässigen Ruthenen zwar dem Papst in Rom unterstellt ist, im Ritus und auch in der Jurisdiktion aber den orthodoxen Kirchen näher steht. „Es war gegen Ende des 30-jährigen Krieges, als Österreich-Ungarn seine östlichen Gebiete nur ungern unter dem kirchlichen Einfluss des orthodoxen Patriarchen von Moskau sah. Deshalb wurde im Jahr 1646, wie schon 1594 wei-



*In Bluejeans, locker, aber blitz-
gescheit*

ter nördlich in Lemberg, jetzt in Ushgorod ein Kompromiss geschlossen, der als ‚Kirchenunion von Ushgorod‘ in die Geschichte eingegangen ist: Den Gläubigen wurde der in der Orthodoxen Kirche übliche Ritus zwar weiterhin zugestanden, die Kirche als hierarchische Organisation aber wurde unter die Oberhoheit des Papstes der Römisch-Katholischen Kirche in Rom gestellt. Akzeptiert wurde bei diesem Unionsvertrag von Römischer Seite unter anderem auch, dass auch ein bereits verheirateter Mann die Priesterweihe empfangen darf und sich anschließend auch als Priester betätigen kann. Nur ‚Karriere‘ kann er dann nicht mehr machen, also zum Beispiel nicht mehr Bischof werden.“

Allen Panov schaut immer wieder auf die Uhr. Das Gespräch war nicht eingeplant; er hätte schon wieder an einem anderen Ort sein sollen. „Zu den Demonstrationen in Kiew? Ja, da ließe sich natürlich vieles sagen. In Kürze immerhin so viel: Jeder, der sich in der Geschichte einigermaßen auskennt, weiß es. Die erfolgreichen Revolutionäre sind eigentlich nie auch die guten Manager, die ein Land braucht, um die Erfolge der Revolution in eine anhaltende, positive Entwicklung überzuführen. Das ist auch in der Ukraine der Fall.“ Sagt’s und eilt davon, der Jurist, der Diplomat, der Professor, der noch nicht einmal ganz 36 Jahre alt ist ... 

Pater Ivan

Mit Rom haben wir keine Probleme



„Ja, ich kann Ihre Beobachtung bestätigen. Die Menschen hier in Transkarpatien sind sehr tolerant. Eine Situation wie in Jugoslawien mit blutigen Auseinandersetzungen bis hin zum Bürgerkrieg ist hier undenkbar. Die Tradition der Vermischung und des Miteinanderlebens von Menschen verschiedener Herkunft und auch mit unterschiedlichem Glauben ist hier wirklich gefestigt.“

„Vater“ Ivan, so nennen ihn die Leute in Ushgorod, ist 58jährig. Er hatte als jun-

ger Mann normal an der Universität studiert und war auch bereits verheiratet, als er sich entschied, Priester der Russisch-Orthodoxen Kirche zu werden. 1982 empfing er in Moskau die Priesterweihe. „Aber als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die seit 1949 verbotene Ruthenische Griechisch-Katholische Kirche wieder aufblühte, war es für mich – ich bin selber Ruthene – selbstverständlich, in diese Kirche zurückzukehren“, erzählt Ivan offenherzig. „Und wenn Sie schon nach der Toleranz hier in Transkarpatien fragen und ob es hier zwischen den verschiedenen Kirchen keine Spannungen gibt: Ein klein wenig gab es die natürlich schon. Es betraf aber nicht den Glauben, sondern die Besitzungen der Kirchen. Die Griechisch-Katholische Kirche hätte natürlich all ihr Eigentum, das man ihr in sowjetischer Zeit weggenommen hat, gerne wieder zurückerhalten. Aber das hat nicht ganz so funktioniert. Immerhin haben wir die Kreuzerhöhungskathedrale hier in Ush-

gorod wieder erhalten. Ganz anders ist es mit der Russisch-Orthodoxen Kirche – jene mit dem Patriarchen in Moskau; es gibt ja auch eine mit dem Patriarchen in Kiev –, sie ist nie enteignet worden und erhält auch heute noch von Russland Unsummen von Geld. Das geschieht natürlich auch, weil Russland seinen Einfluss hier aufrechterhalten möchte. Die Griechisch-Katholische Kirche dagegen ist ganz allein auf die Spenden der Gläubigen angewiesen.“

„Ja, wie ich erwähnt habe, ich bin verheiratet und habe eine Familie. Kommen Sie doch morgen Abend zu uns nach Hause, wir feiern dann, am 6. Januar – unsere Kirche lebt ja nach dem Julianischen Kalender –, zuhause unser Weihnachtsfest. Dann lernen Sie auch meine Frau, meine Töchter und meine Schwiegersöhne kennen!“

Und tatsächlich, am folgenden Abend sitzen wir zusammen mit der großen Familie über drei Generationen hinweg im Wohnzimmer von Pater Ivan. „Sie kommen

also aus der Schweiz“, sagt er. „Auch ich war schon in der Schweiz, sogar zweimal, einmal im Jahr 1998 und einmal im Jahr 2000. Wir Geistlichen der Ukraine können ein Visum für Europa erhalten, das drei Jahre Gültigkeit hat, also länger als ein normales Touristen-Visum. Wir waren eingeladen von der Organisation Caritas: Auch sie war interessiert, wie jetzt Sie, mehr über eine Kirche zu erfahren, die dem römischen Papst unterstellt ist und in der verheiratete Priester die Messe lesen dürfen. Wir durften in der Kathedrale in Solothurn und in etlichen anderen Kirchen denn auch unsere Form der Messe zeigen. Es kamen erstaunlich

viele Gläubige, die sich für unseren Ritus interessierten.“ Sie hätten in einem Hotel in der Nähe des Airports von Zürich gewohnt, erzählt Pater Ivan weiter, und alles sei von der Caritas bezahlt worden. Sie selber hätten das natürlich nie bezahlen können. Auch für die Renovation der Kathedrale hier in Ushgorod hätten sie Geld aus dem Ausland erhalten. Mit dem Geld, das die Griechisch-Katholische Kirche in Ushgorod selber habe, könnte sie die Renovation der Kirche nicht bezahlen.

An der Wand im Haus von Pater Ivan hängt ein Foto mit ihm und Papst Benedikt XVI. Pater Ivan gibt darauf dem Papst die Hände. „Ja, wir

fahren ein- bis zweimal im Jahr nach Rom“, sagt Pater Ivan, darauf angesprochen. „Seit 1646 ist die Ruthenische Griechisch-Katholische Kirche dem Papst unterstellt, und Kaiserin Maria Theresia sorgte 1771 dafür, dass die Griechisch-Katholische Kirche Mukachevo ihre eigene Eparchie erhielt und Ushgorod die Kirche der Jesuiten zugesprochen erhielt und ein paar Jahre später auch ein Priesterseminar eröffnen konnte. Wir haben hier im Umfeld der Kirche noch ein Stück Land, da möchten wir einen Park anlegen und ein Denkmal für die Kaiserin Maria Theresia errichten. Sie hat wesentlich zum Wohl unserer Kirche beigetragen.“



Pater Ivan mit Ehefrau, drei Töchtern, zwei Schwiegersöhnen (der dritte, ein Arzt, hatte am Heiligabend Notfalldienst), und die Enkelkinder.

„Probleme mit dem Vatikan? Nein, im Gegenteil“, sagt Pater Ivan. Papst Johannes Paul II. hat einmal gesagt: ‚Die lateinische Kirche und die katholische Ostkirche sind wie die zwei Flügel einer Lunge. Um gut atmen zu können, braucht es beide Lungenflügel.‘ Und wenn wir nach Rom gehen, kommen immer auch orthodoxe Priester mit. Nicht selten entscheidet sich dann einer dafür, in die Griechisch-Katholische Kirche überzutreten und den Papst als Oberhaupt zu anerkennen.“ ✨



Ein Foto an der Wand: Pater Ivan und Papst Benedikt XVI.



Weihnachtsmesse 2014 in der Kreuzerhöhungskathedrale in Ushgorod. 1646 von den Jesuiten erbaut, 1773 der Griechisch-Katholischen Kirche übergeben, in der Sowjetzeit eine orthodoxe Kirche, jetzt wieder eine Griechisch-katholische Kathedrale.

Iryna und Hanna

Wir müssen frei schreiben können



Iryna, links, lacht mit Hanna über einen eingesandten Artikel.

„Wir sind eine NGO“, sagt Iryna Breza auf die Frage nach der rechtlichen Basis des Press Club in Ushgorod. Eine „Non-Governmental-Organization“, eine „Nicht-Regierungs-Organisation“ also. Was in anderen Ländern als Basis für öffentliches Auftreten oft ein Verein, eine Stiftung oder sonst eine gemeinnützige Institution ist, nennt sich in der Ukraine so eine Organisation eben eine NGO. Das ist gerade jetzt nicht unproblematisch, denn die ukrainische Regierung unter

Präsident Viktor Janukovitsch bezichtigte, dem Vorbild Putins folgend, im Januar alle NGOs schlicht der Agitation. Sie alle seien vom Ausland bezahlt und gesteuert.

Der Press Club in Ushgorod unterhält eine aktuelle Informationsplattform (zaholovok.com.ua). Und er gibt auch eine wöchentliche Zeitung heraus. „Wir wurden im Jahr 2000 gegründet. Heute arbeiten vier Frauen in der Redaktion und ein paar wenige freie Journalisten liefern weitere Beiträge. Wir

tun unser Mögliches“, sagt Iryna. Und woher kommt das Geld? „Etwa 80 Prozent kommt aus der Werbung. Das ist nicht immer einfach. Nicht alle Werbetreibenden wollen verstehen, dass wir trotzdem frei sein müssen, zu schreiben, was wir für wichtig und richtig halten, und nicht einfach das, was sie, die Auftraggeber, wollen. Aber bisher hat es doch einigermaßen funktioniert.“

„Die Hierarchie im Press Club? Ja, ich bin die Chefin des ganzen Press Club“, sagt Iryna Breza, und Hanna Tverdokhlib ist die Chefin der Redaktion. Wie alt wir sind? Warum wollen Sie das wissen?“ Sie lacht herzlich. „Ich bin 37 und Hanna ist 28 Jahre alt. Und ja, ich selber bin bereits Mutter, Hanna wird im kommenden Mai auch Mutter.“

Iryna ist ausgesprochen liebenswürdig und auskunftsfreudig. Sie spricht gut Deutsch. Sie konnte zusätzlich zum Studium vor ein paar Jahren einen Sprachaufenthalt in Deutschland absolvieren. Ist sie auch bereit, konkrete Zahlen zum

Geldbedarf der Redaktion zu nennen? Ja, sie ist. „Für die Redaktion braucht der Press Club etwa 60 000 Hryvnia im Jahr, das sind etwas weniger als 6 000 Euro. Die einzelnen Monatsgehälter liegen, umgerechnet, deutlich unter 200 Euro.“ Und einmal mehr: Spontan wer-

den wir eingeladen zum Nachtessen bei Hanna, privat, zuhause. Ihr Mann ist Fotograf, arbeitet für Modehäuser und macht Hochzeitsreportagen. Er hat sich bereits einen internationalen Ruf schaffen können und erhält manchmal auch Aufträge aus dem Ausland,

zum Beispiel aus Italien. Im gleichen Haushalt leben auch die beiden jüngeren Schwestern von Hanna. Die eine von ihnen studiert in Krakau in Polen. Wer in der Ukraine weiterkommen will, muss andere Sprachen lernen, sagen sie alle. 🐾



Ushgorod ist eine Stadt mit rund 100 000 Einwohnern. Liegen die Themen für die täglich erneuerte Informationsplattform hier auf der Straße? Manchmal ja. Heute ist Neujahrstag, man geht in die Stadt. Auch Kinder sehnen sich nach ein bisschen Glück – wenigstens beim Spielen. Aber auch die Armut ist sichtbar, sie gehört zum Alltag. Fürs Straßen-Café ist's noch ein wenig kalt.



Transkarpatiens wechselhafte Geschichte

Transkarpatien ist ein Stück Land im Südwesten der heutigen Ukraine, mit rund 12 000 km² etwa ein Drittel so groß wie Baden-Württemberg in Deutschland oder knapp ein Drittel so groß wie die Schweiz. Hier, in der Vier-Länder-Ecke Polen/Slowakei/Ungarn/Rumänien, leben rund 1,3 Millionen Menschen verschiedener Volksgruppen auf engstem Raum zusammen. Sie sprechen verschiedene Sprachen und gehören auch verschiedenen Religionen und Kirchen an. Nicht zufällig ist deshalb auch die Geschichte dieser Region in den letzten hundert Jahren buchstäblich wechselhafter als die Geschichte anderer europäischer Regionen.


Seit dem 10. Jahrhundert gehörte Transkarpatien zum Königreich Ungarn und damit seit 1867 zur k. u. k. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Nach dem von Österreich-Ungarn verlorenen Ersten Weltkrieg wurde mit dem Vertrag von Trianon 1920 (einer der sogenannten Pariser Vorortverträge) Transkarpatien völkerrechtlich der Tschechoslowakei zugeschlagen.

In der Folge des „Münchener Abkommens“ Ende September 1938, in dem England und Frankreich die Tschechoslowakei de fac-

to Hitler zur Besetzung freigaben, kam es für einige Wochen in Transkarpatien mit dem Ziel der Unabhängigkeit zu Unruhen, doch wurde das Gebiet im sogenannten Wiener Schiedsspruch wieder Ungarn zugesprochen. Im März 1939 griff das mit Hitler verbündete Ungarn auch militärisch ein und annektierte Transkarpatien definitiv. Ab Herbst 1944, als die Sowjetarmee nach Westen vorrückte und die Niederlage Deutschlands absehbar wurde, ging das Seilziehen um Transkarpatien erneut los, zumal auch die Bevölkerung sich selber uneins war. Schließlich akzeptierte der tschechoslowakische Staatspräsident Beneš im Frühling 1945 die Abtretung Transkarpatiens an die Sowjetunion, die ihrerseits beschloss, das Gebiet der ukrainischen Sowjetrepublik anzugliedern. Seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 gehört Transkarpatien nun zur Ukraine und teilt seither auch deren Geschichte, allerdings ohne sich mit der aus Kiew gesteuerten Politik des Landes zu identifizieren.

Transkarpatien wechselte die Staatszugehörigkeit in den letzten hundert Jahren also fünfmal: Bis 1918 Österreich-Ungarn; 1920 bis 1938 Tschechoslowakei; 1939 bis 1944 Ungarn; 1945 bis 1991 Sowjetunion; seit 1991 Ukraine.

Die meisten Menschen in Transkarpatien gehörten zur Ethnie der Ruthenen und waren Angehörige der Griechisch-Katholischen Kirche. Aber auch andere christliche Kirchen waren vertreten. Außerdem gehörten bis vor dem Zweiten Weltkrieg etwa zwölf Prozent der Einwohner zur jüdischen Gemeinde. Aufgrund traditioneller Toleranz in Transkarpatien konnten sich diese auch noch im Krieg lange halten. Erst kurz vor Kriegsende intervenierte die faschistische Führung in Budapest; die meisten Juden – sprich Zehntausende! – wurden in der Folge vertrieben und umgebracht. Heute ist ihr Anteil an der Bevölkerung bei unter zwei Prozent.

Unter der Herrschaft der Sowjetunion kam Ende der 1940er Jahre auch die Griechisch-Katholische Kirche, die Teil der Römischen Kirche war, unter Druck und wurde schliesslich ganz verboten. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 ist diese Kirche aber wieder aufgestanden; viele Gläubige, die zwischenzeitlich formal zur Russisch-Orthodoxen Kirche übergetreten waren, kehrten in den letzten 20 Jahren wieder in die Griechisch-Katholische Kirche zurück. 

Menachem Mendel Wilhelm Hier fühlen wir uns wirklich wohl

„Sehen Sie sich die phantastische ehemalige Synagoge in der Stadt an. Die Sowjets haben sie der jüdischen Gemeinde weggenommen und eine Philharmonie daraus gemacht. Ja, es gab hier einmal eine sehr große jüdische Gemeinde. Jetzt leben hier nur noch wenige Juden, in ganz Transkarpatien vielleicht nur noch ein paar hundert. Und es werden immer weniger.“ Rabbi Menachem Mendel Wilhelm, ein orthodoxer Jude, kommt selber auch nicht aus Transkarpatien, sondern aus Israel. Er ist erst seit

einem Jahr hier, spricht noch kaum Ukrainisch. Seine Frau stammt aus Iowa in den USA, sie übersetzt. Auf dem Stübentisch steht eine kleine Wiege. „Das Baby darin ist erst gut zwei Wochen alt.“

„Es leben hier leider auch Juden, die sich nicht mehr als solche zu erkennen geben, sie kommen nicht mehr hierher in die Synagoge“, sagt der Rabbi. Etwa gar als Folge von spürbarem Antisemitismus? „Nein, hier in Ushgorod ist kein Antisemitismus zu spüren. Wir fühlen uns hier sehr wohl. Es ist besser

hier als in anderen Regionen der Ukraine.“ Die Frau des Rabbinen doppelt nach: „Natürlich kommt es vor, dass irgend ein Betrunkener auf der Straße blöde Sprüche gegen uns fallen lässt. Aber das gibt es auf der ganzen Welt. Damit kann man gut leben. Uns ist wohl hier.“ „Nein, die Juden wandern nicht aus wegen Antisemitismus, sie sind hier akzeptiert. Sie wandern aus wegen der wirtschaftlichen Situation hier. Es ist sehr schwierig, hier Arbeit zu finden“, sagt der Rabbi besorgt. ✨



Vor dem Zweiten Weltkrieg: Eine prächtige Synagoge, im Zentrum von Ushgorod...



... und heute nur noch die Erinnerung: Holocaust-Monument in Mukachevo, unweit Ushgorod.

Ivan Petrovtsiy

Jeder Extremismus liegt uns fern

„Bonjour Monsieur. Ah, vous venez de la Suisse? Je n'ai plus parlé français depuis longtemps. Mais j'ai traduit plusieurs livres de la langue française à la langue ruthenian. Mais maintenant je n'ai plus l'exercice de parler français“, sagt der ältere Herr in einem kleinen Buchladen an der Mitraka-Straße. Dann aber ist er doch froh, zu sehen, dass meine Frau Russisch spricht und auch Ukrainisch und ein wenig Ruthenisch versteht und eine Konversation also ganz einfach ist. Und er nennt sie denn auch gleich Anitschka, meine „kleine Anna“, trotz ihrer 1,76 m Körpergröße. In Transkarpatien spricht man die Menschen wenn immer möglich mit dem Vornamen an. Und die Verkleinerungsform besagt: Ich mag dich...

„Ich habe Sprachen studiert, vor allem Französisch. In jungen Jahren war ich in Paris, ich konnte einen Sprachaufenthalt an der Universität machen. Sehen Sie“, sagt Ivan Petrovtsiy, und zeigt auf ein Foto. „Das ist meine Frau. Sie war jün-



Der Schriftsteller Ivan Petrovtsiy glaubt an die Kraft des Wortes.

ger als ich, und sie war eine wunderschöne Frau. Aber sie ist schon vor ein paar Jahren gestorben. Krebs.“ Ivan legt das Foto wieder beiseite. „Dieses Buch schenke ich Ihnen, sehen Sie, hier vorne drin, das hier ist meine Frau und das bin ich.“ Und schon beginnt ein interessantes Gespräch über sein wechselvolles Leben.

„Ich bin im Jahr 1945 in einem kleinen Dorf in Transkarpatien geboren und dort aufgewachsen. Als junger Mann arbeitete ich dann als Minenarbeiter und als Handlanger und Dreher in Krasnodon, ei-

ner Bergbaustadt im äussersten Osten der Ukraine. Dann musste ich meinen Militärdienst leisten, dreieinhalb Jahre, meistens in Dresden in der damaligen DDR. Doch dann konnte ich studieren, an der Universität in Ushgorod, Französisch eben, mit der Stage in Paris. Anschließend war ich Lehrer in dem kleinen Dorf, wo ich geboren bin. Aber gleichzeitig begann ich auch zu schreiben. Ich arbeitete für Zeitschriften und fürs Radio.“

Ivan Petrovtsiy will uns immer mehr Bücher mitgeben, nein, nicht verkaufen, son-

dern schenken. Es freut ihn, dass sich da jemand für seine Themen interessiert. „44 Bücher habe ich geschrieben, Prosa, Lyrik, aber auch viele Übersetzungen, vor allem aus dem Französischen, aus dem Ungarischen und aus dem Estnischen. 1996 beschloss ich, mich selbständig zu machen und eröffnete hier diese kleine Handlung für edle Bücher.“

„Mein Hauptanliegen ist, dass Transkarpatien politisch mehr Autonomie erhält. 1991 gab es ein Referendum, ob die Ukraine unabhängig werden wolle, und gleichzeitig gab es auch hier zur Unabhängigkeit von Transkarpatien ein Referendum. Fast 80 Prozent der Abstimmenden wünschten sich innerhalb der Ukraine einen Sonderstatus, eine gewisse Autonomie,

so wie die Krim das auch gewollt hat. Die Krim hat diese Autonomie dann erhalten, aber wir hier nicht!“

„Wissen Sie, wir Ruthenen haben mit den Ukrainern nicht viel gemeinsam. Im nördlicheren Teil der Westukraine sind die Menschen viel nationalistischer, sie verehren zum Teil heute noch Bandera, diesen schrecklichen Faschisten, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Anführer einer Gruppe von nationalistischen Extremisten über hunderttausend Nicht-Ukrainer hat umbringen lassen. Mit diesen Leuten wollen wir hier in Transkarpatien nichts zu tun haben! Jeder Extremismus liegt uns fern.“

Seit 1989 schreibt Ivan Petrovtsiy bewusst nur noch in ruthenischer Sprache. Vielleicht war es nicht ganz vergebens. Im Jahr 2007 wurde den Ruthenen wenigstens innerhalb Transkarpatiens wieder das Recht zugebilligt, sich als „Nation“ zu verstehen – im ethnischen Sinne natürlich, nicht im Sinne einer Staatszugehörigkeit. Nur ein Jahr später wieder hat die ukrainische Schriftsteller-Vereinigung Ivan Petrovtsiy aus dem Verband geworfen. Er war zu wenig linientreu „ukrainisch“. Doch solche Rückschläge weiß Ivan Petrovtsiy einzustecken und zu verdauen. Er kämpfte weiter. Im Jahr 2012 wurde sogar – auf gesamtukrainischer Ebene – die ruthenische Sprache offiziell wieder als existie-



Ivan Petrovtsiy liebt die Selbstironie. Vor seiner Buchhandlung hängt eine Tafel mit den Öffnungszeiten. „Über Mittag geschlossen, sofern fürs Mittagessen etwas übrig geblieben ist.“


rende Sprache anerkannt. Doch auch das reicht nicht, der Kampf um die Erhaltung seiner kulturellen Heimat geht weiter, das nächste Ziel ist die Errichtung einer eigenen Fakultät an der Universität Ushgorod für die ruthenische Sprache und ruthenische Sekundarschulen.

„Wissen Sie, die beste Zeit, die wir hier hatten, war, als wir zur Tschechoslowakei gehörten. Damals ging es den Menschen hier besser.“ Und schon greift Ivan Petrovtsiy wieder in seine vielen Bücherregale. „Sehen Sie hier, diese



Mehrsprachig, aber ein Kämpfer für den Erhalt einer bedrohten Kultur.

kleinen Fibeln. Sie zeigen all die Gebäude, die in jener Zeit

hier gebaut worden sind. Es war eine gute Zeit.“ 

Die Fotos dieser Reportage stammen von Christian Müller (15), Oleksandr Breza (3) und Vladimyr Tverdokhlib (1),.

Und schließlich ein kleines Nachwort des Reporters

Die paar Wochen in Transkarpatien waren eine interessante, eine erhellende und eine glückliche Zeit.

Interessant: Wem etwa ist bewusst, dass sich die Päpste in Rom zwar doktrinär gegen jede Diskussion des Zölibats sträuben, dass die gleichen Päpste aber in den sogenannten Ostkirchen seit über 300 Jahren problemlos eine Kirche führen, die das Zölibat nicht kennt?

Erhellend: Es gibt in Europa eine Region, in der Menschen unterschiedlichster Ethnien, Religionen und Sprachen zusammenleben und eine gemeinsame Heimat haben, obwohl sie im Zeitraum eines Menschenlebens mehrmals die staatliche Zugehörigkeit wechseln mussten. Eine Region also, in der sich nationalstaatliches Denken sichtlich überlebt hat – zugunsten eines toleranteren, menschlicheren Selbstverständnisses.

Glücklich: Ich lernte unendlich warmherzige, gastfreundliche und hilfsbereite Menschen kennen. Liebenswerte Menschen, die voller Hoffnung sind, eines Tages ein Leben leben zu dürfen, wie wir es, mehr westlich innerhalb Europa, seit über 50 Jahren zu leben gewohnt sind. Wen rührt es nicht, wenn beim Auf-Wiedersehen-Sagen im Hotel selbst Bedienstete ein paar Tränen zu verstecken suchen? (cm)

WIEDERAUFBLÄHMENDER NATIONALISMUS

Die Extremen zähmen

Jean-Marie Le Pens weibliche Erben verschaffen dem europa-feindlichen Front National breitere Akzeptanz. Es geht ihnen um mehr Frankreich – und vor allem um weniger Ausländer. Sogar in Paris, wo doch so viele ausländische Musiker, Maler und Dichter zu Franzosen wurden? Ein Bericht aus der französischen Metropole.

Von Carlos Widmann

Kann es ein besseres Mittel gegen Politikverdrossenheit geben? Die Abgeordnete Marion Maréchal ist blond und hübsch, schlank und schick, dazu von sprudelnder Eloquenz. Sie hat ein gewinnendes, bisweilen verträumt wirkendes Lächeln. Vor zwei Jahren wurde sie, damals 22, prompt in die französische Nationalversammlung gewählt – als deren jüngstes Mitglied in der Geschichte der Fünften Republik. In der 2500 Jahre alten Kleinstadt Carpentras, die zu ihrem Wahlkreis in der Provence gehört, stürzt Maréchal sich ohne Personenschutz in die Gassen, schüttelt Hände, tauscht Küsschen aus, redet Klartext. Den Passanten ist anzusehen, dass diese Volksvertreterin auf Anhieb Sympathien weckt. Besonders die Jüngeren, die Frankreichs Berufspolitiker sonst partout nicht cool finden, sind von ihr hingerissen.

Nur, wie kann eine junge Person, die so trendy auftritt, bei einem hochsensiblen Thema plötzlich auf retro umschalten? Die Abgeordnete Marion Maréchal spricht sich gegen die bereits von Präsident Francois Hollande abgesegnete Homo-Ehe aus – wie jene anderthalb Millionen Katholiken, die im April und Mai 2013 in wütendem Protest die Pariser Boulevards überfluteten. Die Nachwuchspolitikerin verteidigt ihre Position mit cartesianischer Logik: sie habe gar nichts gegen Schwule und gegen die legale Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, wie sie seit 1999 vom Gesetz geboten wird; aber Familie sei etwas anderes. „Ich finde, man kann sie nicht nach persönlichem Bedarf beliebig umbauen.“ Eine Ehe sei mehr als die soziale Anerkennung eines Liebesverhältnisses. „Wo ziehen wir die Grenze? Wenn ein Mann fünf Frauen liebt und von diesen wie-



Jung und verführerisch: Marion Maréchal Le Pen

dergeliebt wird, müssen wir dann die Polygamie legalisieren?“

Ihr voller Name lautet Marion Maréchal-Le Pen. Der Mädchenname ihrer Mutter (und Nachname ihres Großvaters) ist ihr wichtig, und sie verleugnet nicht, dass sie am Tisch des Patriarchen Jean-Marie Le Pen aufgewachsen ist – des rabaukenhaften Gründers und mehrmaligen Präsidentschaftskandidaten des Front National. „Rechtsextrem“ lautet die gängige Kennzeichnung ihrer Partei, aber damit will sich deren neue Führung nicht mehr abfinden: Marions Tante Marine Le Pen, 46, versucht als Parteichefin und politische Erbin ihres Vaters das aus-

grenzende Etikett loszuwerden, notfalls auf dem Klageweg. Tatsächlich sind Programm und Propaganda des FN ideologisch so weit gesäubert, dass er heute höchstens als „rechtspopulistisch“ apostrophiert werden kann, was ja immer noch hinreichend negativ klingt.

Der Front National wirkt wie ein Familienunternehmen. Tante Marine Le Pen, die jüngste der drei Töchter des 85jährigen FN-Ehrenvorsitzenden Jean-Marie Le Pen, zog ihre Nichte Marion an Mutters statt groß – auch politisch. Wieviel Einfluß der Opa im Pavillon de l'Écurie noch ausübt, dem Sitz der Sippe im noblen Saint-Cloud bei Paris, ist kaum zu ermitteln, aber das Schlagzeilen bringende Spiel mit antisemitischen Klischees und rassistischen Untertönen ist abgeschafft. Parteikader, die in die alte Hetze verfielen, wurden geschasst, und Neuzugänge wissen: wer provoziert, der fliegt.

Marine Le Pen will raus aus der Schmutzdecke à la Jobbik

Anders als ihre Nichte Marion hat Tante Marine den Sprung in die Nationalversammlung noch nicht geschafft. Physiognomisch weist sie Ähnlichkeit mit dem kantigen Vater auf, und auch dessen cholericische Züge sind ihr nicht fremd. Aber die Medienpräsenz, die sie ihrem Parteivorsitz verdankt, weiß Marine Le Pen als Profi zu nutzen. Auch schauspielerisch: wenn sie den Kopf schüttelt und die Augen zum Himmel dreht, sobald ihr das Erbe ihres Vaters vorgeworfen wird – oder wenn sie Innenminister Manuel Valls, den jungen harten Mann im Kabinett Hollandes, wie einen Schuljungen abkanzelt. Ihren Herrn Papa hat Marine Le Pen bewogen, im Europa-Parlament der „Allianz nationaler Bewegungen“ den Rücken zuzukehren, um nicht länger in der Schmutzdecke mit rassistischen Parteien wie Ungarns Jobbik zu stehen.

„Nationalistisch“ aber darf der Front National nach wie vor genannt werden – nur gilt das unter Franzosen nicht unbedingt als Makel. Wie Friedrich Sieburg vor sechzig Jahren anmerkte, will Frankreich nicht begreifen, „dass das internationale Zusammenleben den fortschreitenden Verzicht auf nationale Souveränität voraussetzt“.

(Gott in Frankreich?, Vorwort von 1954.) „Wir Deutsche sind nur allzu bereit, Stück für Stück von unserer Freiheitssphäre zu opfern und dem Staate mehr zu geben als des Staates ist. Nur so kann es geschehen, dass wir die politischen Musterknaben eines internationalen Systems geworden sind, das die Einordnung, das Opfer und die Zusammenlegung der Interessen fordert. Frankreich macht da keine gute Figur, es sträubt sich, finasiiert, verlangt Privilegien, überwiegend auf Kosten Deutschlands.“ Auch im 21. Jahrhundert ist diese Haltung nicht ausgestorben. Gegen den Euro, gegen Brüssel, gegen angebliche deutsche Dominanz kann Marine Le Pen nicht nur im rechtsbürgerlichen Lager punkten, sondern auch beim starken linken Flügel der Sozialisten. Der zeigt sich vom Genossen Hollande und dessen jüngster ideologischer Kehrtwende zur Mitte hin – seinem verächtigen „Verantwortungspakt“ mit Frankreichs Unternehmern und seinem scheuen Brautwerben um Angela Merkel – offen angewidert.

„Die verbotene Debatte – Raus aus dem Euro?“, verkündete Anfang Februar von allen Kiosken Frankreichs das Titelblatt der „Marianne“. Mit der Gestikulation eines verwegenen Tabubrechers fragte das Pariser Wochenmagazin, warum die Mainstream Politiker solche Scheu vor einem heißen Thema hätten, das nicht nur die Wähler, sondern auch einige der sichtbarsten public intellectuals umtreibt. Der medial allgegenwärtige Philosoph Alain Finkielkraut hatte den Ton vorgegeben mit der polemischen Parole: „Wir werden uns nie durch die europäischen Institutionen vertreten fühlen. Das natürliche Habitat der Demokratie ist die Nation.“ Worauf er die EU-Kommission als eine anonyme und undurchsichtige Macht geißelte, für die Franz Kafka mit seinem „Schloss“ die aktuell bleibende Metapher geliefert habe.

Selbst Emmanuel Todd hat gedreht

Der Historiker und Anthropologe Emmanuel Todd, der in jeder französischen Debatte zu den Stichwortgebern gehört, hatte noch vor wenigen Jahren großzügig gefordert, dass Frankreich seinen Sitz im Uno-Sicherheitsrat mit Deutschland teilen solle. Davon ist er nun ganz weit abgekommen: Mainstream-Wirtschaftler wie Xa-

vier Timbau und Patrick Artus hätten ihn davon überzeugt, ganz konkret den Austritt Frankreichs aus der gemeinsamen Währung zu fordern. „Ich bin letztin ein bisschen in der Welt herumgekommen und weiß: aus Washington, Tokio oder Bern betrachtet, ist die Euro-Zone das schwarze Loch der Weltwirtschaft – einer der beiden Faktoren, zusammen mit dem chinesischen Außenhandelsüberschuss, die für die weltweite Depression verantwortlich sind. Deutschland ist auf einem nationalistischen Kurs und benutzt den Euro, um seine Partner zu schwächen. Aus unserer sado-masochistischen Abhängigkeit von Deutschland, somit also auch aus dem Euro, müssen wir schnellstens heraus!“

Die in Frankreich weit verbreitete Euroskepsis würde indes als Zündstoff nicht genügen, um Marine Le Pen und ihrem Front National bei der Europawahl Ende Mai zum großen Durchbruch zu verhelfen. Explosiver und stimmträchtiger ist das Thema Freizügigkeit – oder „Masseneinwanderung“, wie es in der Schweiz für die Volksabstimmung populistisch formuliert wurde. Tante Marine Le Pen und ihre Nichte Marion Maréchal können sich in dem Punkt auf Schützenhilfe aus ganz Europa verlassen. David Cameron will den von Brüssel diktierten freien Zuzug aus Bulgarien und Rumänien nicht akzeptieren – will vor allem die aus diesen beiden Ländern erwarteten Roma-Sippen von Britanniens Grenzkontrollen zurückweisen lassen. Und der Premier verbindet seine Reformforderungen an die Brüsseler Bürokratie mit dem Versprechen an die eigenen Wähler, ihren weiteren Verbleib in der EU einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Kein Wunder: Camerons profiliertester innenpolitischer Rivale ist heute der mediengewandte Ex-Konservative Nigel Farage, der mit seiner europafeindlichen United Kingdom Independence Party in den Meinungsumfragen sowohl Labour wie die Liberalen überflügelt hat.

Unerwarteter Steilpass aus der Schweiz

Das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung scheint weithin Signalwirkung gehabt und bei vielen die Sorge um die eigene Identität wachgerüttelt zu haben. Belgiens Vlaams Belang, Öster-



Die Führerin: Marine Le Pen


Fotos: Rémi Noyon

reichs FPÖ, die Hinterwälder der italienischen Lega Nord, Geert Wilders' niederländische Freiheitspartei, dazu die Alternative für Deutschland und die Wahren Finnen... es ist schon eine breite Palette, die gegen die EU Farbe bekennt. Marine Le Pen muss sich nicht allein fühlen; sie hat – anders als ihr Verbündeter Geert Wilders – zwar dem Anti-Islamismus abgeschworen, doch die Angst vor Massenzuwanderung ist ihr Trumpf. Ein amerikanischer Professor berichtete der New York Times jüngst voller Empörung, warum: Es sei schwer, einen Tag unter Franzosen zu leben, ohne zu hören, dass das größte Problem die ethnischen Minderheiten seien, und dass die Anwesenheit von Immigranten Frankreichs Identität gefährde. Dem hätte Friedrich Sieburg scharf widersprochen, der 1929 die „Kraft“ bewunderte, „mit der Frankreich die ausländische Einwanderung aufsaugt und sich einverleibt. Nicht das Blut ist die Bindung, sondern der Geist. Nur in Frankreich ist es möglich, dass ein Rumäne, ein Amerikaner, ein Russe zum französischen Autor wird. Farbige sind in Paris so gründlich mit der Bevölkerung zusammengerührt, dass sie nicht mehr als exotische Elemente empfunden werden.“

Das hat sich gründlich geändert, und die Frage, welche Seite daran den größeren Schuldanteil

hat, ist müßig. Es ist die schiere Quantität der Einwanderer und ihrer Nachkommen, die sie darin bestärkt, ihre mitgebrachte Identität für wichtiger zu halten als die des Gastlandes. Da kollidieren Welten, und wenn im Fußballstadion Frankreich auf Algerien trifft, buhen Staatsbürger mit Migrationshintergrund die Marseillaise nieder. So etwas mögen französische Arbeiter nicht – nicht einmal jene, die früher kommunistisch zu wählen pflegten und zuletzt eher halbherzig für die Sozialisten stimmten. Dort findet der Front National mit seiner immer „gaullistischer“ klingenden Rhetorik den stärksten Zulauf. Im Departement Seine-Maritime – um Le Havre, Dieppe, Rouen – ist die Partei der Familie Le Pen drauf und dran, die traditionelle Rechte um Sarkozy, Fabius und Juppé ganz von der Szene zu drängen. „Es ist hier genau wie am Pas de Calais“, vertraute Marine Le Pen einem Reporter von Le Monde an. „Sobald wir unsere Kandidaten aufstellen, verschwindet die bürgerliche Opposition in der Versenkung und wir stehen den Sozialisten Hollandes allein gegenüber.“ Wenn diese Konstel-

lation sich in genug anderen Gegenden wiederholt, hat der Front National gute Aussichten, die Partei des absinkenden Staatspräsidenten zu schlagen und im europäischen Parlament als Sieger aufzutreten. Schon wird ein Triumph der Rechtspopulisten vorausgesagt – vielleicht aus Zweckpessimismus, um die Ängste der Wähler zugunsten der Partei Hollandes zu mobilisieren.

Nicht nur Marine Le Pen, auch die französischen Sozialisten versuchen, mit der Abneigung gegen Überfremdung Stimmen zu einzufangen. Innenminister Manuel Valls hat 2013 den Hinweiswurf von „Nichtsesshaften“ gegenüber dem Vorjahr verdoppelt: 20 000 Roma wurden mit Trara des Landes verwiesen, 165 Zigeunerlager abgerissen. Ob das wohl genügt, um den Euro zu retten? Die Titelgeschichte der Zeitschrift „Marianne“ nimmt sich mit zwölf Jahren Verspätung das Aussehen der europäischen Geldscheine vor und findet deren Symbolik unbefriedigend: Lauter elegante Brücken und Portale, die ins Nichts führen. 



KONFLIKT ZWISCHEN VERSCHIEDENEN ETHNIEN

Frieden allein genügt nicht

Seit dem Friedensabkommen von Dayton 1995 herrscht in sogenannter Friede. Die gesellschaftliche Integration der Bevölkerung aber kommt kaum voran; nationalistische Eliten verhindern sie bewusst. Neue Massengewalt ist nicht ausgeschlossen. Doch ohne neue Regelungen von EU-Seite ist kaum Besserung in Sicht.

Von Philipp Schaper

Die Sonne brennt heiß in Mostar, der Hauptstadt der Region Herzegowina im südlichen Bosnien. Vedat Begovic, 27-jährig, lebt seit seiner Geburt in der Stadt an der Neretva. Als er sieben Jahre alt war, schossen erst serbische, Monate später kroatische Milizen Granaten von den umliegenden Hügeln auf die Stadt. Zumeist auf die Viertel mit muslimischer Bevölkerung, zu der Vedats Familie sich zählt. In Mostar leben zu etwa gleichen Teilen katholische Bosnier, die sich als Kroaten oder bosnische Kroaten definieren, und Muslime sowie eine Minderheit von orthodoxen Bosniern, die sich als Serben oder bosnische Serben fühlen. Mostar gehört zu einer der beiden

Verwaltungseinheiten Bosniens, der so genannten kroatisch-bosniakischen Föderation. Die zweite Teilrepublik nennt sich „Republika Srpska“ (deutsch: Serbische Republik), in der orthodoxe Bosnier die große Mehrheit bilden, aber auch Muslime und wenige Katholiken leben. Dies sind die politischen Grundstrukturen. Gesellschaftlich sind die Verhältnisse nicht so klar, da in vielen Städten und Gemeinden die drei großen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen miteinander leben. Dazu kommen weitere Gruppen wie etwa jüdische Bosnier und Roma, die in der öffentlichen Wahrnehmung marginalisiert werden.



Die alte Brücke über die Neretva war in jeder Hinsicht ein aussergewöhnliches Bauwerk. Sie wurde schon im 16. Jahrhundert erbaut und war mit knapp 29 Metern Spannweite und mit 19 Metern Innenhöhe über dem normalen Wasserspiegel der Neretva sowohl bautechnisch als auch architektonisch ein Meisterwerk.

Vedat spricht gerne über seine Hobbys, Fußball zum Beispiel. Dabei legt sich ein breites Grinsen auf sein Gesicht. Überhaupt ist er ein fröhlicher Mensch, wenn er so mit seinen Freunden, Muslime und Katholiken, durch seine Stadt schlendert, um die Nachmittage zu verbringen. Über den Krieg spricht Vedat nicht. Er kann oder möchte sich nicht daran erinnern. Der Frieden hingegen ist, 18 Jahre nach Ende der Auseinandersetzungen, noch immer ein fragiles Arrangement in Bosnien, das durch Misstrauen, Marginalisierung, Armut, Geschichtsmythen und Stagnation geprägt ist. Ein kleiner Teil der Gesellschaft, vornehmlich junge Menschen, die der Alltags-Antagonismen und des Stillstands überdrüssig sind, arbeitet auf Grass-Root-Level an einer gemeinsamen Zukunft.

Aussöhnungsprojekte als kleine Hoffnungsträger

So auch Vedat, der 2008 an einem Projekt deutscher und bosnischer Studenten in Mostar teilnahm. Der Titel der Veranstaltung lautete „Vor-

urteile“. Für den jungen Mann eines der größten Probleme seines Landes und einer Bevölkerung, die verunsichert und zutiefst gespalten ist.

Auch in der Republika Srpska gibt es Beispiele für Integration und Aussöhnung. Seit über zehn Jahren arbeitet der deutsch-bosnische Verein „Hilfe für das junge Leben“ in der ostbosnischen Stadt Bijeljina über nationale Zugehörigkeitskonstruktionen hinweg für Versöhnung. 2008 gründeten orthodoxe und muslimische Jugendliche gar eine eigene Zukunftspartei, weil sie der korrupten Politiker überdrüssig waren und immer noch sind. Vereinsvorsitzender ist ein jüdischer Deutsch-Bosnier – „gemeinsam“ funktioniert also in allen Teilen des gepeinigten Landes.

Doch zurück zu Vedat und seiner Geschichte über Freundschaft und Hass. Wenn der Fußballbegeisterte dann zu erzählen beginnt, verschwindet sein Lachen schnell. Er habe einen Kum, einen Paten. Unter diesem Verhältnis versteht man keine Taufpatenschaft in christlichem Sinne. Es handelt sich eher um ein nicht-sakrales Versprechen zweier Menschen, ein Leben lang aufeinander acht zu geben und füreinander einzustehen,



Nachdem die alte Brücke am 9. November 1993 im Krieg in Bosnien und Herzegowina zerstört worden war – durch gezielten Beschuss von kroatischer Seite oder aber, wie andere vermuten, durch eine Sprengung an der Brücke selber –, konnte im Juli 2004 eine originalgetreu nachgebaute Brücke eröffnet werden.



Sarajewo, mit 300 000 Einwohnern die viertgrößte Stadt des ehemaligen Jugoslawien, wurde im Bosnienkrieg 1425 Tage, also fast vier Jahre lang von der bosnisch-serbischen Armee umzingelt und belagert. Über zehntausend Menschen starben an Entbehrung und Hunger – und das vor 20 Jahren! Das Bild zeigt den muslimischen Friedhof von Sarajewo. (Fotos: Volker Isfort)

beispielsweise im Unglücksfall sich um die Familie des anderen zu kümmern. Solch ein Versprechen kann zwischen Menschen unterschiedlichen Alters oder auch Gleichaltrigen bestehen. So wie bei Vedat und Marko, seinem Kum – ohne Vorurteile.

Für die beiden jungen Männer, die sich ihr ganzes Leben lang kennen und achten, ist es eine schwierige Freundschaft, denn sie gehören unterschiedlichen Volks- und Glaubensgruppen an. Das war nicht immer problematisch. Vedats Eltern und die Eltern seines Paten-Freundes haben sich vor dem Chaos nie um diese Unterscheidungen gekümmert. „Damals war es unwichtig, aus welcher Volksgruppe man stammte und in welche Kirche man ging“, bekräftigt Vedat. Die Abgrenzungsmerkmale seien irgendwann im Krieg eben national manifestiert und schließlich im Abkommen von Dayton 1995 institutionalisiert worden. Auch die Väter der beiden jungen Männer schworen sich in früher Jugend die Patenschaft. Von ihnen ging sie auf die nächste Generation über.

Freundschaft nimmt häufig keine Rücksicht auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Passt

eine Freundschaft allerdings nicht in den Rahmen, versucht die Gesellschaft sie hinein zu zwingen. Als eine Art Selbstreinigungsprozess, ohne diesen Begriff zu konnotieren. Der Rahmen ist in Bosnien und damit auch für Mostar heute äußerst eng gefasst. Er definiert sich entlang einer ethnisch-religiösen Linie und erzeugt auf allen gesellschaftlichen Ebenen Drohszenarien, sich zugehörig fühlen zu müssen. Fällt jemand aus dem Rahmen, bekommt diese Person das schnell zu spüren. „Wir haben Probleme deswegen“, erzählt Vedat. Marko, ein Katholik, sei wegen der Freundschaft sogar schon verprügelt worden. Von muslimischen Bosniern? „Nein, von seinen eigenen Leuten“, lautet die Antwort, und es klingt, als ob Vedat sich dafür schäme. Auch er bekam Ärger mit jungen Erwachsenen seiner eigenen Volksgruppe. Warum das so sei? Kaum einer hat Arbeit, sie sehen keine Zukunft und haben zu viel Zeit, berichtet Vedat, sie hängen den ganzen Tag auf der Straße herum. Und weil sie Langeweile haben, „machen sie dumme Sachen“. Bisher blieb es bei Beschimpfungen, geschlagen worden sei er noch nicht. Doch das sei nur eine Frage der Zeit und der Begleitumstände.

Die Geschichte von Vedat und Marko ist kein Einzelfall in Mostar und auch nicht im übrigen Land – einem Staat, der de facto von der Regierung bis hinunter in die Gemeinden hinein politisch und gesellschaftlich fragmentiert ist. Das Abkommen von Dayton, mit dessen Durchsetzung die Vereinigten Staaten den fast vier Jahre währenden permanenten Kriegszustand mit ungefähr 100 000 Toten beendeten, ist aufgrund der Komplexität seiner politischen Struktur ein schwieriger Kompromiss. Er beschreibt einen „ungeteilten, souveränen Staat Bosnien-Herzegowina“, der in dieser Form allerdings nur auf dem Papier existiert. Aufgrund der nach ethnischen Kriterien festgelegten konföderalen Struktur ist eine Zerstückelung offensichtlich. Denn der Vertrag legt eine binnenstaatliche Grenzziehung fest, die insofern problematisch erscheint, da sie sich an den Kriegszielen der katholischen sowie der orthodoxen Bosnier orientiert und so die ethno-politischen Konfliktlinien des Krieges in der bosnischen Verfassung geradezu fest schreibt. Frei nach Giuseppe di Lampedusa – „alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“ – legten die Schöpfer von Dayton zudem die politische Verantwortung in die Hände derjenigen nationalistischen Eliten, die einst den Konflikt schürten, und beauftragten sie mit der Aufrechterhaltung des Friedens.

Das – vermeintlich gerechte – Ethno-Proporz-Prinzip blockiert Reformen

So entstanden die beiden Teilrepubliken, die Republika Srpska im Norden und Osten des Landes und die bosniakisch-kroatische Föderation, ihrerseits in zehn Kantone unterteilt. Die Verteilung politischer Ämter und Verwaltungsposten erfolgt konsequent nach ethnischen Kategorien. Der daraus resultierende Verteilungskampf bewirkt politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation. Aufgrund des Ethno-Proporz-Prinzips ist eine effiziente Verwaltung unmöglich. Der Staatsapparat ist überdimensioniert, unwirtschaftlich und blockiert sich selbst.

Eine weitere Eigenheit des Vertragswerks, die eine vernünftige Progression institutionell verhindert, ist die Erfindung des Hohen Repräsentanten (HR) der Europäischen Union – eine Art Statthal-

ter mit unumschränkten politischen Vollmachten, der keiner Institution zur Rechenschaft verpflichtet ist. Als unantastbare oberste Instanz der Verfassung hat der HR die Befugnis, konkrete politische Entscheidungen zu treffen, nationalistische Gesetze zu widerrufen und personelle Umstrukturierungen durchzuführen. Eine Fehlkonstruktion, die den korrupten Eliten den Anreiz nimmt, Kompromisse zu erarbeiten, und der im krassen Widerspruch zur europäischen Idee steht. Die Eliten schieben ihrerseits die politische Verantwortung für die Stagnation einfach auf den HR ab, der, wie aktuell mit dem Österreicher Valentin Inzko der Fall, wiederum die Verantwortungslosigkeit der Eliten anprangert, aber nicht handelt.

Ein Kreislauf des Stillstandes. Doch nicht nur die Politik stagniert unter dem Ethno-Proporz. In weiten Teilen des Landes findet die Gesellschaft nicht zueinander, weil politische und intellektuelle Eliten dies durch zum Teil menschenverachtende Propaganda verhindern und die konstruierten Unterscheidungsparameter, die in Wahrheit marginal sind, gebetsmühlenartig repetieren. Das beginnt bereits bei der Generation, die im Nachkriegs-Bosnien geboren wurde und tendenziell ungeachtet der Antagonismen frei miteinander umgehen könnte. Innerhalb der Föderation besuchen Kinder von muslimischen und katholischen Bosniern in einigen Kantonen unterschiedliche Schulen. Befinden diese sich im gleichen Gebäude, haben sie nach Möglichkeit unterschiedliche Eingänge. Der Unterricht beginnt zudem zu unterschiedlichen Zeitpunkten, damit sich die Kinder möglichst nicht über den Weg laufen und gegenseitig kennenlernen. „Wenn wir miteinander reden, bekommen wir einen Verweis vom Direktor. Über den Schulhof verläuft eine unsichtbare Grenze“, sagt ein etwa neunjähriges Mädchen aus Mittelbosnien einem Reporterteam der ARD. Später wird der Beitrag unter dem Titel „Apartheid in der Schule“ im „Weltspiegel“ gesendet. Bosnien besitzt drei verschiedene Lehrpläne – und das bei einer Bevölkerungsgröße, die etwa derjenigen des Bundeslandes Bayerns entspricht. So ist die Überwindung alter Antagonismen in neuen Gewändern kaum möglich.

Die soziale Trennung betrifft alle Volksgruppen und in ihnen alle Schichten. Mostar besitzt

zwei Müllabfuhrer, zwei Elektrizitätswerke und zwei Mobilfunkanbieter. Den sich ihrer politischen Verantwortung entziehenden lokalen Eliten gelang es sogar, mit einer Dauerblockade das öffentliche Leben in der südbosnischen Stadt über ein Jahr lang lahm zu legen, weil sie sich nicht auf einen Bürgermeister einigen wollten – ein in funktionierenden demokratischen Systemen undenkbarer Vorgang. Dieses beschämende Schauspiel endete erst, als die Bevölkerung einen Esel vors Rathaus zerrte und zum Bürgermeister ernannte.

Wohin steuert Bosnien-Herzegowina?

Europäische Politiker sind in der Mehrheit der Meinung, dass es einen erneuten gewaltsamen Konflikt in Bosnien in einem Europa des 21. Jahrhunderts nicht geben könne, zumal Kroatien als EU-Mitglied und Serbien als Beitrittskandidat stabilisierend wirkten. Ähnliche Fehleinschätzungen stabilisierten in den 90er Jahren, in denen

Europa naiv seine „Friedensdividende“ erwartete, nicht den Frieden, sondern die Eskalation in Bosnien. Da eine tiefgreifende gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen bis heute ausblieb, sind die Konfliktelemente allgegenwärtig und werden je nach Gruppe politisch und gesellschaftlich instrumentalisiert. Zudem ist massenhafte Gewalt in Gesellschaften mit starken staatlichen aber schwachen sozialen Strukturen unter bestimmten Bedingungen keineswegs ausgeschlossen, wie führende Gewaltforscher, so etwa Michael Mann, Jacques Semelin und Norman Naimark, beschreiben. Und die „Balkanisierung des Balkans“, wie Südosteuropa-Experte Holm Sundhaussen die regionalen Sezessionsprozesse seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nennt, muss nicht zwangsläufig mit dem Zerfall Jugoslawiens ihr Ende gefunden haben.

Die drängenden irredentistischen Bestrebungen der Eliten der Republika Srpska sind ernst zu nehmen und nicht nur ein Drohszenario. Als Beispiel dafür mag die Bestrebung herhal-



Von Sarajewos Hausberg Trebevic aus wurde die Stadt von den serbischen Kräften beschossen, das Gelände war jahrelang vermint. Die Bobbahn, die für die Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajewo gebaut worden war, steht auf schwerzugänglichem Boden und ist dem Zerfall nahe.

ten, eine eigene Fußball-Nationalmannschaft zu gründen und Länderspiele austragen zu wollen – just in dem historischen Moment, als die bosnische Nationalmannschaft sich erstmalig für eine Weltmeisterschaft qualifizierte und hunderttausend Menschen gemeinsam feierten. Skandalös an dieser Geschichte ist der Umstand, dass Welt- und Europaverband, Fifa und Uefa, dieser separatistischen Bewegung wohlwollend zugetan zu sein scheinen und damit die Arbeit aller staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen am Friedens- und Versöhnungsprozess der vergangenen 18 Jahre ad absurdum führten und die nationalistischen Demagogen der 90er Jahre zu Gewinnern machten.


Vor kurzem froh die Europäische Union Aufbauhilfen in Höhe von 47 Millionen Euro kurzerhand ein, weil die Regierung Bosniens eine seit Jahren anstehende Gleichstellungsregelung für sämtliche Volksgruppen immer noch nicht durchgesetzt hat. Ein jüdischer Bosnier und ein Roma-Angehöriger hatten vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die institutionelle Diskriminierung geklagt und Recht bekommen. Als Konsequenz nachvollziehbar, stützt der Einbehalt des Geldes aber leider ebenfalls die Politik der Nationalisten.

Die EU muss handeln

Sollte die Europäische Union unter diesen Bedingungen nun besser dem Sezessionsstreben der Teilrepublik nachgeben? Wohl besser nicht. Eine weitere Balkanisierung führt zu keiner friedlichen Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in der Region, da staatliche Stabilität vor allem auf wirtschaftlichem Aufschwung basiert, der unter diesen Bedingungen nicht zu erwarten ist. Separation bewirkt in den meisten Fällen neue Mehr- und Minderheitsverhältnisse konstruierter Gruppenzugehörigkeit. Sollte sich der serbische Irredentismus, also die Angliederung der Republika Srpska an Serbien durchsetzen, ist es nicht ausgeschlossen, dass die bosnischen Serben innerhalb Serbiens wiederum eine Minderheit darstellen und selbst marginalisiert werden könnten – auch wenn dies die nationalistischen Eliten natürlich nicht so sehen. Die Konsequenz einer

serbischen Separation wäre eine Wiederauferstehung des kroatischen Irredentismus, der darauf abzielt, die Herzegowina an das kroatische Mutterland anzugliedern. Danach bliebe den muslimischen Bosniern gar kein Staat mehr. Eine Entwicklung, die es zu verhindern gilt.

Wie sieht das Bosnien der Zukunft aus?

Eine umwälzende Verfassungsreform ist dringend notwendig, Dayton muss weg. Die Bosnier müssen ihr eigenes politisches Programm – unter der Mithilfe der Europäischen Union – erarbeiten und selbst für wirtschaftliche Stabilität sorgen. Die nationalistischen und korrupten Eliten müssen von diesem Prozess zwingend ausgeschlossen werden. Die Europäische Union muss dabei helfen, diesen Prozess in die Hände vorurteilsloser, engagierter junger Menschen wie Vedat und Marko und den Jugendlichen aus Bijeljina zu legen. Sonst hat sich alles geändert, und es ist doch geblieben, wie es zuvor war. 

(Alle Namen von der Redaktion geändert.)

Mostars Brücken

Flüsse waren in vergangenen Zeiten oft beides: Verkehrsweg und Grenze. Die Brücken aber haben immer verbunden, nicht nur die beiden Ufer, oft auch unterschiedliche Welten. Die „stari most“ – die alte Brücke – in Mostar war lange die Verbindung zwischen der christlichen Welt im Westen und der islamischen Welt im Osten. In der neueren Geschichte war sie die Verbindung zwischen dem römisch-katholischen und dem orthodoxen Einflussgebiet innerhalb des früheren Jugoslawiens. Sie wurde deshalb zum UNESCO Kulturerbe erklärt und mit internationaler Unterstützung wiederaufgebaut.

Die Brücke zwischen den ethnischen Gräben in der dortigen Bevölkerung ist allerdings immer noch nicht tragfähig. Auch hier ist ein Wiederaufbau dringend notwendig. Doch die internationale Unterstützung lässt auf sich warten.

DEMOKRATISCHE KOMPETENZEN

Was ist eigentlich Souveränität?

Nicht wenige Politiker in Europa beklagen, die Souveränität des eigenen Landes sei in Gefahr, es müsse zu viel davon an die Europäische Union – sprich: nach Brüssel – abgegeben werden. Ob dabei auch alle vom gleichen reden? Was ist eigentlich Souveränität? Der Europarechtler beantwortet eine nicht ganz einfache Frage.

Von Sebastian Heselhaus

Der Begriff der Souveränität ist schillernd und nur schwer exakt fassbar. Zu unterschiedlich ist das Verständnis in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, aber auch in den Staaten und ihren politischen Kulturen. Das wird einem besonders deutlich, wenn man als deutscher Völker- und Staatsrechtler in der Schweiz lehrt und zwei sehr unterschiedliche Betrachtungen über die europäische Integration und ihre Bedeutung für die Souveränität erfährt.

Umstritten ist der Begriff der Souveränität insbesondere, weil er in verschiedenen Konzepten der Legitimation von Herrschaft verwendet wird. Auch das geschriebene Recht bringt hier wenig Klärung, weil es meist auf diesen Begriff verzichtet und statt dessen auf weniger umstrittene Elemente von Souveränitätskonzepten abstellt.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte

Im 16. Jahrhundert brachte Jean Bodin den Begriff Souveränität als Bezeichnung für die höchste Letztentscheidungsbefugnis im Staat ein (*summa potestas*). Sie sollte allein dem König zukommen, der damit zur verbindlichen Herrschaftsausübung legitimiert war. Die damit einhergehende Monopolisierung von öffentlicher Gewalt beim König schien Bodin angesichts der damaligen konfessionellen Bürgerkriege ein notwendiges Instrument, um Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

Innerstaatlich bezeichnet in der Folge Souveränität die oberste Kompetenz zur Ausübung von Herrschaft. Allerdings musste dieses Konzept in Demokratien stärker ausdifferenziert werden. Diese verorten die Souveränität beim Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht (Art. 20 GG, Art. 3 frz. Verfassung). Das Volk ist damit alleiniger Inhaber der Legitimation, die Herrschaftsordnung festzulegen und gegebenenfalls zu ändern. Im Rahmen der so konstituierten Herrschaftsordnung wird die konkrete Ausübung von Herrschaftsmacht aber den drei Gewalten zugewiesen. Deren Herrschaft ist damit allein vom Volk abgeleitet.

Die Souveränität im Völkerrecht

Im Völkerrecht wird Souveränität nicht definiert, aber vorausgesetzt, wenn aus ihr besondere Rechte abgeleitet werden, insbesondere die sog. Völkerrechtsunmittelbarkeit der Staaten. Nach ihr sind die Staaten fähig, rechtlich unabhängig und nach Maßgabe des Völkerrechts zu handeln. Zwar findet sich in Art. 2 Abs. 1 UN-Charta die Anerkennung der „souveränen Gleichheit“ der Staaten, doch liegt hier der Schwerpunkt auf der Gleichheit. Souveränität ist in dieser Norm eher die Begründung für ein normativ gesetztes Gleichheitskonzept, das die realen politischen Machtverhältnisse bewusst konterkariert. Zentral für das Völkerrecht ist vielmehr der Staatsbegriff. Dieser verlangt nach der sog. Drei-Elemente-Lehre nach Georg Jellinek ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk sowie eine effektive Staatsgewalt. Souveränität ist dann eine Eigenschaft eines solchen Staates. Völkerrechtlich muss die Staatsgewalt grundsätz-

Prof. Dr. iur. Sebastian Heselhaus ist Ordinarius für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern.

lich von anderen unabhängig sein. Allerdings wird dabei nur ein Minimum an Eigenständigkeit verlangt. Eines der wenigen Negativ-Beispiele ist das ehemalige Homeland Bophuthatswana in Südafrika von 1977 bis 1994, dem die Völkerrechtsgemeinschaft die Anerkennung versagt hat.

Die Unabhängigkeit verlangt nicht zwingend die volle autonome Handlungsfähigkeit. So steht der Stadtstaat Monaco zu Frankreich in einem völkerrechtlichen Protektoratsverhältnis. Es entspricht der Friedensfunktion des Völkerrechts, dass die Anforderungen an einen Staat grundsätzlich nicht zur Disposition anderer Staaten gestellt werden und dementsprechend keine zu hohen Hürden für die Unabhängigkeit der Ausübung effektiver Gewalt errichtet werden. Denn erst zwischen Staaten greifen die Friedenssicherungen der UN-Charta, wie etwa das Interventionsverbot. Es ist wiederum bezeichnend, dass das Gewaltverbot in Art. 2 Abs. 4 UN-Charta nicht auf eine Verletzung der Souveränität, sondern konkret auf die „territoriale Integrität“ und auf die „politische Unabhängigkeit“ bezogen ist.

Kriegsverbrechen und massenhafte Menschenrechtsverletzungen haben in der UN zur (zunächst) politischen Anerkennung einer „responsibility to protect“ geführt. Rechtlich soll in diesem Konzept dem Staat die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung zugewiesen werden. Kommt er dieser nicht nach, kann der Sicherheitsrat eingreifen; im Fall von dessen politischer Blockade könnten dann aber auch andere Staaten eingreifen. So einleuchtend das Ziel dieses Konzeptes ist, so klar muss man auch seine Gefahr für den Frieden sehen, denn der Eingriff anderer Staaten würde in der Regel wohl militärisch erfolgen.

Die Globalisierung macht's komplizierter

In der zunehmenden Globalisierung entsteht ein immer engeres Geflecht faktischer und rechtlicher Bindungen für die Staaten. Damit können politisch Handlungsspielräume eingeengt werden, doch wird die effektive Staatsgewalt und die ihr zugrunde liegende Souveränität dadurch rechtlich nicht in Frage gestellt. Denn die Staaten haben rechtlich die Möglichkeit behalten, sich ihrer Bindungen auch wieder zu entledigen, etwa

durch Kündigung. Auch wenn Autonomie als eine eher politische Bedeutungsvariante von Souveränität als Zielvorgabe zunehmend fragwürdig wird, darf nicht übersehen werden, dass die Sicherung der drei Elemente des Staates nach wie vor brisant ist. Das zeigt aktuell der Konflikt zwischen China und Japan (und wohl auch Taiwan) um eine Gruppe unbewohnter Inseln im chinesischen Meer. Es darf nicht übersehen werden, dass dieser Konflikt auch die USA und ihre Bündnispflichten betrifft und weite Kreise ziehen könnte.

Und die Souveränität in der EU?

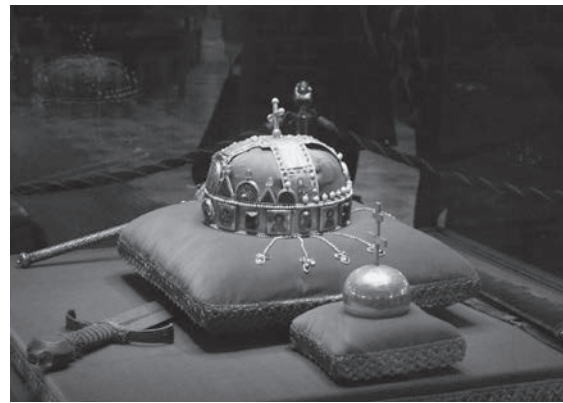
Die europäische Integration setzt das tradierte Konzept staatlicher Souveränität unter Druck. Das geschieht zum einen durch die Abgabe von Hoheitsgewalt an die zentrale Ebene, die Unionsebene in der EU. Neben diesen Verschiebungen „nach oben“ ist auf eine weitere Erosion staatlicher Souveränität „nach unten“ hinzuweisen. Unter dem Schutz der europäischen Integration nimmt die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einem größeren Staat für Regionen tendenziell ab. So erklärt sich, dass separatistische Tendenzen in Nord-Italien, in Katalonien oder in Schottland Auftrieb erhalten. Wie vielschichtig die gegenseitigen Verschränkungen sind, zeigt folgendes Gedankenspiel: Würde im Vereinigten Königreich ein geplantes Referendum über den Austritt aus der EU in 2015 Erfolg haben, wäre nicht ausgeschlossen, dass im EU-freundlicheren Schottland die separatistischen Kräfte gestärkt würden und ihrerseits eine Abspaltung von London erzwingen könnten. Am Ende könnte das bizarre Ergebnis stehen, dass das Vorhaben, das mit der „Rückgewinnung der Souveränität“ des Vereinigten Königreichs begründet würde, am Ende zu einem auf sich allein gestellten Klein-Britannien führen könnte.

Während viele in der EU einen Verlust staatlicher Souveränität befürchten, wird die Teilnahme in einem Bundesstaat deutlich entspannter gesehen. Am Beispiel der Schweiz lassen sich die Auswirkungen eines Bundesstaates auf die Souveränität der Kantone (der Gliedstaaten) gut veranschaulichen. Vor 1848 bildeten die Schweizer Kantone einen Staatenbund. Die Souveränität im

Sinne der höchsten Gewalt lag bei den Kantonen, der Staatenbund erhielt nur zugewiesene Kompetenzen und konnte nur in wenigen Belangen entscheiden und dann in der Regel mit Einstimmigkeit. Jedem Kanton kam im Grunde eine Veto-Position zu. Seit 1848 besteht der Schweizer Bundesstaat, der nun seinerseits souverän ist und als Schweizer Staat „völkerrechtsunmittelbar“ ist. Das Besondere an einem Bundesstaat ist, dass seine Souveränität ursprünglich von der Souveränität der Gliedstaaten abgeleitet ist. Wird er aber zum Völkerrechtssubjekt, dann bestehen Kompetenzen der Gliedstaaten zur Vertretung im Völkerrecht nur noch in bestimmten Bereichen und nunmehr vom Bund abgeleitet. So bedürfen völkerrechtliche Verträge der deutschen Bundesländer der Zustimmung der Bundesregierung.

Sind auch Bundesländer „souverän“?

Dennoch werden die Bundesländer bzw. in der Schweiz die Kantone nicht selten als „souverän“ bezeichnet, und zwar neben dem Bund. Der Bund habe keine sog. Kompetenz-Kompetenz, also die Kompetenz, die Kompetenzverteilung neu zu ordnen. Diese Auffassung ist weder formal noch materiell überzeugend. Formal werden Verfassungsänderungen in Deutschland und in der Schweiz durch die Bundesorgane beschlossen. Sie bedürfen dann zwar der Zustimmung der Gliedstaatenkammer (Bundesrat bzw. Ständerat), die dann aber mit Mehrheit (Zweidrittel- oder absolute Mehrheit) entscheidet. Das heißt, dass der einzelne Gliedstaat keine Veto-Position mehr besitzt, also nicht mehr die höchste Entscheidungsgewalt. Das wird noch deutlicher, wenn die Verfassungsänderung wie in der Schweiz die Zustimmung des Bundesvolkes erfordert. Dagegen haben sich Souveränitätsrechte gehalten, wenn es um die territoriale Veränderung eines Gliedstaates geht. Dann ist dessen Zustimmung inklusive einer Abstimmung der betroffenen Bevölkerung notwendig. Man stelle sich vor, die EU hätte die Kompetenz mit Zweidrittel-Mehrheit in Rat und Parlament die Verteilung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedstaaten neu zu regeln: Es würde eindeutig von einem Untergang der nationalen Souveränität gesprochen werden.



Die Krone als Symbol der Souveränität – etwa im Vereinigten Königreich bis zum heutigen Tag.

Gefragt ist mehr Subsidiarität

Bundesstaat und europäische Integration sind keine Einbahnstraße. Es können auch Kompetenzen auf die Gliedstaaten bzw. Mitgliedstaaten zurück übertragen werden. In der EU sollen sogar die bestehenden EU-Kompetenzen nur nach dem Prinzip der Subsidiarität genutzt werden. Allgemein lässt sich dies so formulieren: nur wenn die untere Ebene eine Aufgabe nicht ausreichend erfüllen kann, soll die Kompetenz der höheren Ebene übertragen und von ihr ausgeübt werden. Tatsächlich sind in Bundesstaaten wie in der EU aber starke Zentripetalkräfte zu verzeichnen, die die zentrale Ebene stärken. In Antwort darauf versuchen manche Bundesstaaten Kompetenzen zurückzugeben, wie es teilweise in der letzten deutschen Föderalismusreform geschehen ist. In der Schweiz begegnet man diesen Herausforderungen vor allem mit einer Unterstützung eines koordinierten Vorgehens der Kantone im Rahmen sog. Konkordate (Verträge zwischen den Kantonen). Aber auch Zentralstaaten können sich in Bundesstaaten wandeln, wie etwa in der Verfassungsreform in Belgien von 1993.


Wie groß die politisch-kulturellen Unterschiede in der Bewertung des Verhältnisses von Souveränität und europäischer Integration sind, zeigt sich in einem Vergleich von Deutschland und der Schweiz. In der gebotenen Kürze darf man sagen, dass Deutschland lange Zeit wenig empfindlich gegenüber Souveränitätsverlusten im Rahmen der EU gewesen ist. Das ist in der deutschen Geschichte begründet, in der vielerorts das Aufgehen in einer

höheren Einheit vorrangig als Mehrung von Wohlstand und Sicherung von Freiheit rezipiert worden ist. Im Heiligen Römischen Reich sollte das Kaiserreich insbesondere für den Frieden nach außen und innen sorgen. Die Integration in das Deutsche Reich brachte zunächst wirtschaftliche Wohlstandsgewinne und militärische Stärke. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die europäische Integration Deutschland verlorene Souveränitätsrechte zurück und hat offensichtlich die politische Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten zur späteren Wiedervereinigung ermöglicht. Die deutsche Wiedervereinigung kann wiederum als Zugewinn von Wohlstand und Freiheit durch Beitritt zu einem Bund verstanden werden. In dieser Wahrnehmung sichert Integration staatliche Souveränität, eröffnet neue Handlungsspielräume für den Staat.

Nur integrierte Zusammenarbeit ermöglicht Souveränität

Auch die Schweizer Kantone sehen in ihrem Bund einen Garant für ihre Freiheit und für wachsenden Wohlstand. Doch war mit dem Wiener Kongress die Vorgabe ständiger Neutralität als Voraussetzung für die Gewährleistungen der terri-

torialen Integrität seitens der europäischen Großmächte hinzugetreten. Diese verlangt geradezu, den von den anderen Staaten in Europa gepflegten politischen Koalitionen zu entsagen. So wird erklärlich, warum politische Autonomie nicht nur als Folge von, sondern als Garant für staatliche Souveränität wahrgenommen werden kann. Dann erscheint aber jede rechtliche Verstrickung in eine europäische Integration als eine Bedrohung staatlicher Souveränität.

Diese sehr unterschiedliche und differenzierte Wahrnehmung europäischer Integration in Europa wird in absehbarer Zeit mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der beschleunigte Aufstieg großer, bevölkerungsreicher Staaten aus der Gruppe ehemaliger Entwicklungsländer und ihr selbstbewusstes Handeln in der Welt die europäischen Staaten in Zukunft unter einen Druck setzen wird, in dem all die uns lieb gewordenen Unterschiede untereinander marginal erscheinen werden gegenüber den politischen Forderungen jener Staaten. Dann wird nur eine integrierte Zusammenarbeit in Europa überzeugende Antworten bereitstellen können und Souveränität in einem modernen Verständnis ermöglichen. 



Geht zu viel Souveränität nach Brüssel? Das Europäische Parlament, dem erhebliche Souveränität zusteht, hat seinen Sitz in Strassburg. Es wird im Mai zum achten Mal neu gewählt.

DISKUSSION

Das Dilemma zwischen Recht und Moral

Wo aus humanitären Gründen in einem anderen Staat interveniert wird, wird dessen Souveränität verletzt. Welches Recht aber hat hier Vorrang: die völkerrechtlich garantierte Souveränität des Staates oder die völkerrechtlich ebenfalls festgeschriebenen Menschenrechte? Zum Spannungsverhältnis von staatlicher Souveränität und humanitären Interventionen.

Von Pia Johanna Jaeger

Morgens in der Zeitung oder abends im Fernsehen – als erstes werden wir mit Gewalt konfrontiert. Syrien, Zentralafrika, Ukraine. Gewalt, welche im staatlichen Auftrag an der eigenen Bevölkerung verübt wird, für uns im (angeblich) sicheren Westen schwer vorstellbar. Das Ausmaß des Tötens und der Vertreibungen ist erschütternd. Trotzdem zögert die internationale Staatengemeinschaft, militärisch einzugreifen, obwohl der Ruf nach einer militärischen Intervention in der Weltöffentlichkeit lauter wird. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Menschenrechte als Grundlage der internationalen Ordnung

Der Schutz elementarer Menschenrechte, wie das Verbot von Folter, systematischer Verfolgung und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gehört zum Fundament der heutigen Völkerrechtsordnung. Menschenrechte als solche sind unabdingbar und Teil des „ius cogens“, dem zwingend geltenden Völkerrecht. Gleichzeitig ist aber auch das Gewaltverbot und damit die territoriale Unverletzlichkeit des Staatsgebietes in Artikel 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen zwingendes Völkerrecht. Die Anwendung von Gewalt ist allen Staaten vollständig untersagt. Natürlich gibt es Ausnahmen, wie das Recht eines Staates auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs oder die Genehmigung eines militärischen Vorgehens durch den UN-Sicherheitsrat. Stark umstritten ist jedoch, ob eine militärische Intervention aus humanitären Gründen ebenfalls eine Ausnahme vom Gewaltverbot darstellt. Hier

treffen moralische Werte und geltende Rechtsnormen aufeinander.

In der deutschen Völkerrechtslehre war bis vor einiger Zeit vorherrschende Meinung, die territoriale Souveränität eines Staates sei absolut, solange keine Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates für ein militärisches Vorgehen gegeben ist. Damit besitzt der UN-Sicherheitsrat (und mit ihm die fünf Veto-Mächte Amerika, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) das internationale Gewaltmonopol. Mittlerweile hat sich infolge der internationalen Entwicklungen in den letzten Jahren besonders die Einstellung zum militärischen Eingreifen bei schweren Menschenrechtsverletzungen geändert. Diese Veränderungen machen sich auch in der völkerrechtlichen Diskussion um die humanitäre Intervention bemerkbar. Manche sehen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht schon als ungeschriebenen Rechtfertigungsgrund im Falle eines fehlenden Mandats des UN-Sicherheitsrates bei einem Verstoß gegen das Gewaltverbot.

Humanitäre Intervention: Wann ist sie geboten – und in welcher Form?

Was also kann und soll die internationale Staatengemeinschaft tun, wenn das nach internationalem Recht zuständige Organ, der UN-Sicherheitsrat, durch ein Veto blockiert ist, gleichzeitig aber ein Staat massiv gegen die Menschenrechte seiner eigenen Bevölkerung verstößt? Im Kosovo-Krieg 1999 haben sich die NATO-Staaten zusammengetan und ohne eine Resolution des UN-Sicherheitsrates eine militärische Intervention vorge-



Humanitäre Katastrophe in Aleppo/Syrien (Getty Images)

nommen. Sie gilt seitdem als Musterbeispiel für einen neuen humanitären Interventionismus, der ausschließlich den Schutz der Bevölkerung zum Ziel hatte und moralisch motiviert war.

Unter einer humanitären Intervention wird „die Anwendung von Waffengewalt auf dem Gebiet eines anderen Staates zum Schutz der Bevölkerung vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen“ verstanden. Klar ist, dass bei humanitären Interventionen Gewalt eingesetzt wird, um in einem anderen Staat besonders grausame Gewaltanwendungen zu bekämpfen. Ebenso, dass Soldaten des intervenierenden Staates sterben können. Dies führt u.a. dazu, dass sie moralisch, rechtlich und politisch schwer zu beurteilen sind.

In jüngerer Zeit haben einige Regierungen den Standpunkt eingenommen, dass militärisches Eingreifen bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt sein sollte, um so den Schutz der betroffenen Bevölkerung zu gewährleisten. Dennoch wird auch hier der UN-Sicherheitsrat als vorrangig zuständiges Organ respektiert und nur im Falle einer Blockade, trotz vorhandener Notlage, ein Eingreifen ohne Mandat in Betracht gezogen. Auch wird nicht jede Verletzung des Völkerrechts geahndet, sondern ausschließlich Verbrechen wie Genozid, systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und grundlegende Verletzungen des humanitä-

ren Völkerrechts. Nur dann wird eine Verletzung des Gewaltverbotes der UN-Charta als gerechtfertigt angesehen. Außerdem dürfen die militärischen Handlungen nur dem Schutz der Verfolgten dienen. Ein Regimewechsel beispielsweise ist kein legitimes Ziel für eine humanitäre Intervention, ebenso wenig wie Vergeltung oder wirtschaftliche Interessen. Aber reichen diese Voraussetzungen, um einem Missbrauch vorzubeugen und Staaten daran zu hindern, unter dem Deckmantel „humanitärer Gründe“ zu anderen Zwecken in einen anderen Staat einzuzumarschieren?

Die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect)

Wir leben in einer Zeit der ständigen Intervention in fremde Staaten und ihrer Probleme, exemplarisch stehen dafür Irak, Afghanistan, Libyen und Uganda. Dafür braucht es dringend allgemeingültige Regeln. Es genügt nicht, dass wir mit dem Ziel aufbrechen, Menschenrechte zu schützen und die westliche moralische Ordnung zu verteidigen. Es ist ebenso wichtig, allgemeingültige Kriterien für militärische Interventionen aufzustellen, als auch für die Entscheidungsfindung, ob und wann ein Eingreifen in einen anderen Staat sinnvoll oder sogar unvermeidbar ist. Denn eines sollte man nicht vergessen: Auch wenn die Gründe für eine militärische Intervention moralisch und ethisch vertretbar sind, so handelt es sich trotzdem um einen Gewalteintritt. Und dieser muss grundsätzlich rechtfertigungspflichtig sein und sich an strengen normativen Kriterien orientieren. Um hier starke, allgemeingültige Richtlinien zu haben, hat die kanadische Regierung, insbesondere nach den Erfahrungen der humanitären Katastrophen in Ruanda und auf dem Balkan, eine internationale Kommission eingesetzt, die International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS). Der von der Kommission vorgelegte Bericht stellt die „Responsibility to Protect“ vor, womit eine Schutzverantwortung der Staaten gemeint ist, welche die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten soll. Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen in New York im September 2005 wurde die „Responsibility to Protect“ von den Staats- und Re-

gierungschefs der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen erstmals offiziell anerkannt. Das Grundprinzip der Schutzverantwortung besagt zum einen, dass jeder Staat für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung verantwortlich ist und zum anderen, dass die Schutzverantwortung Vorrang vor dem Prinzip der Nichteinmischung hat, wenn ein anderer Staat nicht in der Lage oder Willens ist, seine Bevölkerung vor schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beschützen. Diese so entstandene Schutzpflicht umfasst drei Schritte: die Verantwortung zur Prävention, zur Reaktion und zum Wiederaufbau. Die Verantwortung zur Reaktion beinhaltet dabei auch die militärische Intervention, allerdings unter Einhaltung und Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Danach darf nur in zwei Fällen militärisch eingegriffen werden: bei einem massenhaften Verlust von Menschenleben oder bei großangelegten ethnischen Säuberungen. Außerdem muss der UN-Sicherheitsrat diese Interventionen autorisieren. Im Falle einer Blockade des UN-Sicherheitsrates wird vorgeschlagen, die UN-Generalversammlung anzurufen oder im Rahmen einer Regionalorganisation tätig zu werden. Des Weiteren ist es möglich, wie im Falle der NATO-Intervention im Kosovo, eine nachträgliche Autorisierung des UN-Sicherheitsrates zu erlangen. Eine rechtliche Bindung der „Responsibility to Protect“ besteht je-



Menschliches Leid in Mali ...

(dpa)

doch nicht. Bis jetzt handelt es sich eher um eine Doktrin oder um ein Konzept. Es werden jedoch weder für einzelne Staaten noch für die Staatengemeinschaft völkerrechtliche Rechte oder Pflichten begründet, da es sich bei dem Abschlussdokument des Weltgipfels der Vereinten Nationen um eine Resolution der Generalversammlung handelte. Und deren Beschlüsse entfalten keine unmittelbare völkerrechtliche Bindungswirkung.

Trotzdem hat sich der UN-Sicherheitsrat 2011 im Rahmen der Libyen-Intervention auf die „Responsibility to Protect“ berufen. Ebenso hat die NATO als Grund für die Bombardierungen von Gaddafi und seinen Truppen immer wieder auf den Schutz der Bevölkerung als alleiniges Ziel verwiesen. Auch in den Resolutionen zur Elfenbeinküste und zum Südsudan hat sich der UN-

UNSERE SCHULE

ein unbequemer – fröhlicher Ort

- Weil Ihr Kind verpflichtet wird, an die anderen zu denken.
- Weil wir uns hier gegenseitig bestärken, einander zu vertrauen.
- Weil alle ermutigt werden, die Freiheit des Einzelnen in unserer Gemeinschaft zu schützen.
- Weil wir den Widerspruch erwarten.
- Weil wir uns zur Einübung von Pflichten bekennen, denn nur so lernt der Mensch Bindungen einzugehen.
- Weil wir im Interesse unserer Schüler auch dem Machtmissbrauch beherzt entgegenreten.
- Weil wir den Mut haben, miteinander fröhlich zu sein.

50 JAHRE

KLEINES PRIVATES LEHRINSTITUT

DERKSEN

GYMNASIUM

SEIT 1959

SPRACHLICH • NATURWISS.-TECHNOLOG.
STAATL. ANERKANNT • GEMEINN. GMBH

www.derksen-gym.de

Pfingstrosenstraße 73 • 81377 München
Telefon 089/78 0707-0 • Telefax 089/78 0707-10

INTENSIVE BERATUNG UND VORBEREITUNG auf den Übertritt ins Gymnasium. Langjährige und gute Erfahrung mit Ein- und Umschulungen.

DIE GAZETTE 41, Frühjahr 2014

67

Sicherheitsrat auf die „Responsibility to Protect“ bezogen.

Mit ihrem Bericht zu einer Schutzverantwortung hat die Kommission das Ziel verfolgt, die bereits von Kofi Annan 1999/2000 getroffenen Aussagen über ein neues Verständnis von Souveränität in Zusammenhang mit humanitären Interventionen zu unterstützen. Ein Kernelement der „Responsibility to Protect“ ist daher eine Neudefinition des bisher existierenden Souveränitätsbegriffes. Das vorhandene Verständnis von staatlicher Souveränität als Abwehrrecht soll zu einem Verständnis von Souveränität als Pflicht bzw. Verantwortung den Bürgern gegenüber werden. Motto: Souveränität verpflichtet.

Einschränkung staatlicher Souveränität oder Weiterentwicklung des Souveränitätsprinzips?

Das traditionelle Konzept der staatlichen Souveränität setzt voraus, dass Staaten innerhalb ihres Staatsgebietes ihre inneren Angelegenheiten ohne fremde Einmischung von außen regeln können und innerhalb der Staatengemeinschaft als autonome Völkerrechtssubjekte auftreten können. Mit der staatlichen Souveränität gehen drei wichtige Voraussetzungen einher, die alle in Artikel 2 der

UN-Charta festgeschrieben sind. Zum einen sind alle Staaten formell gleichgestellt und zum anderen sind ihre territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit unverletzlich. Dritte, wie andere Staaten oder internationale Organisationen, sind nicht berechtigt, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, es sei denn, es läge eine Bedrohung des Friedens vor. Souveränität bezieht sich also auch auf das Staatsterritorium, so dass jede Beschränkung der ausschließlichen Herrschaft über das Staatsgebiet gleichzeitig auch den völkerrechtlichen Status innerhalb der Staatengemeinschaft beschränkt. Und damit wiederum ist die souveräne Gleichheit nicht mehr gegeben.

In den letzten Jahren hat sich die Waagschale im Spannungsverhältnis von Staatensouveränität und Menschenrechtsschutz immer mehr in Richtung Menschenrechtsschutz geneigt. Das Prinzip der Souveränität hat sich von seiner absoluten Ausprägung immer weiter entfernt.

Die Souveränität der Staaten wird eingeschränkt durch Rechtsentwicklungen, insbesondere der Fortentwicklung des Schutzes der Menschenrechte. Damit wird die territoriale Un-



... und in Bagdad/Irak: US-Intervention aus humanitären Gründen?

(dpa)

verletzlichkeit eines Staates in Frage gestellt. Die Zustimmung für eine Vorrangstellung der Menschenrechte vor nationalstaatlicher Souveränität wächst. Doch halten insbesondere Staaten, denen es an innerer Souveränität mangelt, beispielsweise infolge von Bürgerkriegen, an ihrer staatlichen Souveränität fest. Sie bestehen ausdrücklich auf dem Nichteinmischungs-Gebot der UN-Charta. Dies ist auch einer der Gründe, warum die „Responsibility to Protect“ nur in abgeschwächter Form von der UN-Generalversammlung 2005 angenommen werden konnte. Dies hat häufig damit zu tun, dass autoritäre Regierungen um ihre Macht fürchten, aber auch damit, dass die völkerrechtliche Souveränität eines Staates ihn davor schützt, der Willkür von größeren und mächtigeren Nachbarstaaten ausgesetzt zu sein.


Ständiges Tauziehen zwischen zwei grundlegenden Prinzipien

Völkerrechtlich betrachtet führt die zunehmende Befürwortung von humanitären Interventionen zu einer Aufweichung des ursprünglich absoluten Souveränitätsprinzips. Die Legitimität der Souveränität eines Staates wird so darauf zurückgeführt, dass er die Menschenrechte seiner Bürger achtet. Die Menschenrechtsnormen haben das Verständnis von staatlicher Gewalt gegenüber seinen Bürgern stark verändert. Kein Staat kann sich mehr auf seine Souveränität berufen und gleichzeitig schwere Menschenrechtsverletzungen begehen. Trotzdem ist es geboten, dass das Souveränitätsprinzip in seinem Kern erhalten bleibt. Das ihm immanente Gebot der Nichteinmischung dient der Wahrung des zwischenstaatlichen Friedens und der Autonomie eines Staates. So wird die Sicherheit und die Selbstbestimmung politischer Gemeinschaften und ihrer Individuen gesichert.

Das gegenwärtige System der Staatenwelt beruht auf einer neuzeitlichen Völkerrechtsordnung, deren Grundlage das Souveränitätsprinzip und das Nichteinmischungsgebot darstellt. Diese Völkerrechtsordnung ist ein wichtiger Teil zur Friedenswahrung in einer internationalen, religiös und ideologisch sehr unterschiedlichen Staatenwelt. Daher ist es von großer Bedeutung, dass im Falle einer humanitären Intervention der UN-Sicher-

heitsrat dieses Vorgehen autorisiert, um unilaterale Interessenverfolgung weitestgehend auszuschließen. Und sollte kein UN-Mandat vorliegen, dann ist es ebenso wichtig, anhand sinnvoller Kriterien eine Entscheidung zu treffen.

Mittlerweile hat der Irak-Krieg die grundsätzliche Zustimmung für humanitäre Interventionen abklingen lassen, obwohl das dortige militärische Eingreifen keine „klassische humanitäre Intervention“ darstellt, sondern der Terrorismusbekämpfung dienen sollte. Die USA haben gemerkt, dass es sehr schwer ist, als Besatzungsmacht eine Gesellschaft, die auf einer völlig anderen Kultur als ihrer eigenen basiert, zu demokratisieren und langfristig Frieden herzustellen. Hinzu kommen die Kosten der Besatzung, der Tod der eigenen Soldaten und der Verlust der Unterstützung in der heimischen Bevölkerung aufgrund der falschen Informationen durch die amerikanische Regierung. Die Ressourcen sind knapp, und, wie die Amerikaner feststellen mussten, es reicht nicht, in ein Land einzumarschieren. Man muss es auch wieder aufbauen. Trotzdem gibt es auch in den USA Stimmen, die nie wieder ein Ruanda zulassen wollen und Amerika als eine Nation ansehen, die Freiheit und Menschenrechte garantiert. Aber auch Staaten, die eher für die Absolutheit der staatlichen Souveränität stehen, unterstützen die „Responsibility to Protect“ und das, wofür sie steht. So haben Indien und Südafrika beispielsweise für die UN-Resolution zu Syrien im Februar 2012 gestimmt.

Aufgrund der vorhandenen historischen Erfahrungen in den letzten Jahren hinsichtlich schwerer Verbrechen an ganzen Bevölkerungsgruppen und auf der Basis der neueren Auslegung völkerrechtlicher Regelungen sollte man die Chance nutzen und den Opfern der schweren Menschenrechtsverletzungen in Syrien und Zentralafrika beistehen. Ebenso kann man auf diese Weise das Vertrauen in das Prinzip der humanitären Intervention wieder herstellen. Es muss möglich sein, eine sinnvolle Balance zwischen Recht und Moral zu erschaffen, zumal es sich bei der Entscheidung zu einer militärischen Intervention immer um eine klare Einzelfall-Entscheidung handeln muss, da die Rahmenbedingungen jedesmal unterschiedlich sind. 

... eine Seele, ein geistiges Prinzip

Warum fühlen wir uns als Deutsche, als Schweizer, als Österreicher? Und nicht – oder zumindest noch nicht – vor allem als Europäer? Wer in die Geschichte der „Nation“ eintaucht, landet unweigerlich bei Ernest Renan. Auch, weil er im Jahr 1882 die „europäische Konföderation“ vorausgesagt hat.

Von Christian Müller

Neun von zehn Menschen identifizieren sich mit ihrem „Land“, mit dem Staat, dem sie als Bürgerinnen oder Bürger zugehören, von dem sie einen Pass ausgestellt erhalten haben. Der Staat mit seinen – auf dem Boden und auf der Landkarte – festgeschriebenen Grenzen, der Territorialstaat, ist aber nur die katasteramtlich festgeschriebene Edition einer Zusammengehörigkeit. Die Grenzen selber sind, wenn wir das genauer anschauen, fast irrelevant. Und doch ist die Aufteilung Europas in territorial definierte sogenannte Nationalstaaten im politischen Denken so etwas wie ein Axiom.

Nur wenigen heutigen Bürgerinnen und Bürgern der europäischen Staaten ist noch bewusst, dass die Aufteilung Europas in territorial definierte Staaten, die ihrerseits wieder, wie sie vorgeben, eine „Nation“ repräsentieren, noch kaum zweihundert Jahre alt ist. Im Anschluss an die Französische Revolution und durch den Zerfall der feudalistischen Strukturen musste ein neues Raster über Europa gelegt werden. Die sich anbahnende Demokratie brauchte klare Kriterien der Zugehörigkeit. Erst im 19. Jahrhundert tauchte immer öfter der Begriff der Nation auf, der etymologisch mit ‚nasci‘ und ‚natus‘, geboren werden, geboren sein, zu tun hat, also vor allem mit der abstammungsmäßigen Zusammengehörigkeit. Aber nicht nur.

Was also ist eine Nation?

Wie so vieles andere, das klug erdacht und formuliert worden ist: auch zum Thema der Nation war es ein Franzose, der zur Entwicklung des Nationalstaates vielleicht das Grundlegende sagte. Ernest Renan, geboren 1823, war Historiker und Schriftsteller. Sein berühmter Vortrag an der

Sorbonne in Paris am 11. März 1882 verdient, in Erinnerung gerufen zu werden.

Ist die Nation die Ablösung einer Dynastie?, fragte Renan, und erklärte: „Es stimmt, dass die meisten modernen Nationen von einer Familie feudalen Ursprungs geschaffen wurden, die sich mit dem Boden vermählt hat und gewissermaßen ein Zentralisationskern gewesen ist.“ Aber mit Verweis auf die Geschichte von England, Irland und Schottland, auf die Geschichte Italiens, Hollands und auch Frankreichs und nach weiteren historischen Ausführungen kam er klar zum Schluss: Nein. „Man muß also einräumen“, sagte er wörtlich, „dass eine Nation ohne dynastisches Prinzip existieren kann, und sogar, dass Nationen, die von einer Dynastie geformt worden sind, sich von ihr trennen können, ohne dass sie damit aufhören zu existieren.“

Ist also die gemeinsame Rasse die Basis einer Nation?

Ist also die gemeinsame Rasse – heute würden wir sagen: die Ethnie – die Basis für eine entstehende Nation? Renan referierte in seinem Vortrag zuerst die Argumente jener, die tatsächlich in der gemeinsamen Rasse das entscheidende Kriterium der Nationenbildung zu erkennen glaubten. Seine eigene Antwort auf die Frage aber war unmissverständlich: „Frankreich ist keltisch, iberisch, germanisch. Deutschland ist germanisch, keltisch und slawisch. Italien ist das Land mit der verwirrendsten Ethnographie. Gallier, Etrusker, Pelasger, Griechen, nicht zu reden von einer Reihe anderer Elemente, kreuzen sich dort zu einem unentwirrbaren Geflecht. Die Britischen Inseln zeigen in

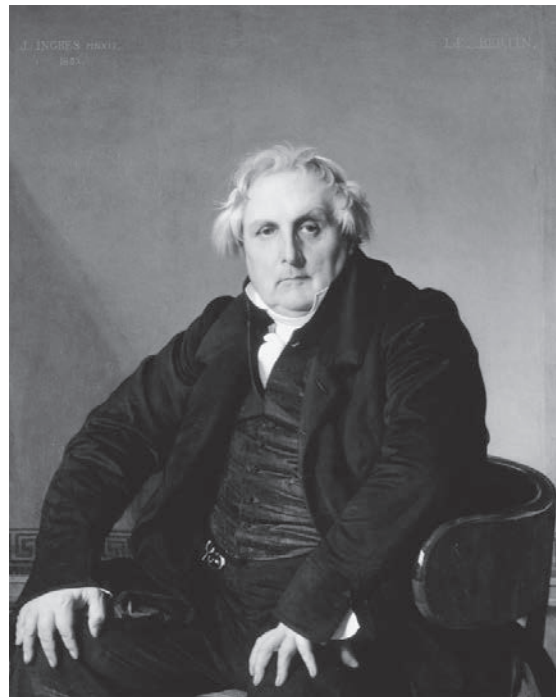
ihrer Gesamtheit eine Mischung von keltischem und germanischem Blut, dessen Anteile ungeheuer schwer zu bestimmen sind. Die Wahrheit ist, daß es keine reine Rasse gibt und daß man die Politik auf eine Chimäre bezieht, wenn man sie auf die ethnographische Analyse gründet. Die edelsten sind jene Länder – England, Frankreich, Italien –, bei denen das Blut am stärksten gemischt ist. Ist Deutschland in dieser Hinsicht eine Ausnahme? Ist es ein rein germanisches Land? Welche Illusion! Der ganze Süden war gallisch, der ganze Osten, von der Elbe an, ist slawisch.“

Nein, die Rasse, die Ethnie, kann es nicht sein, die nationenbildend war. „Es ist für alle gut, vergessen zu können. Ich liebe die Ethnographie, sie ist eine Wissenschaft von seltenem Wert. Aber da ich wünsche, dass sie frei ist, möchte ich, dass sie ohne politische Anwendung bleibt.“

Aber natürlich: die Sprache!

Oder beruht die Nation auf der gemeinsamen Sprache, fragte Renan weiter. „Was wir von der Rasse gesagt haben, müssen wir auch von der Sprache sagen. Die Sprache lädt dazu ein, sich zu vereinen; sie zwingt nicht dazu. Die Vereinigten Staaten und England, das spanische Amerika und Spanien sprechen dieselbe Sprache und bilden doch keine Nation. Im Gegenteil, die Schweiz, die so wohl gelungen ist, weil sie durch Übereinkunft ihrer verschiedenen Teile entstand, zählt drei oder vier Sprachen. Beim Menschen gibt es etwas, was der Sprache übergeordnet ist: der Wille. Der Wille der Schweiz, trotz der Vielfalt der Idiome geeint zu sein, ist eine viel wichtigere Tatsache als eine oft unter Quälereien erlangte Ähnlichkeit. Die Tatsache, dass Frankreich niemals versucht hat, die Einheit der Sprache mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen, ehrt es. Kann man nicht in verschiedenen Sprachen dieselben Gefühle und dieselben Gedanken haben, dieselben Dinge lieben?“

Aber auch eine andere Passage seines Vortrages zur Sprache ist denkwürdig: „Die ausschließliche Berücksichtigung der Sprache hat, ebenso wie die zu starke Betonung der Rasse, ihre Gefahren und Unzuträglichkeiten. Wenn man zu viel Wert auf die Sprache legt, schließt man



Ernest Renan, 1823 bis 1892, war Historiker, Archäologe, Religionswissenschaftler und Orientalist. Er war ab 1860 Auswärtiges Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und ab 1878 Mitglied der Académie Française.

sich in einer bestimmten, für national gehaltenen Kultur ein; man begrenzt sich. Man verlässt die freie Luft, die man in der Weite der Menschheit atmet, um sich in die Konventikel – in die privaten ‚Gebetsräume‘ – seiner Mitbürger zurückzuziehen. Nichts ist schlimmer für den Geist, nichts schlimmer für die Zivilisation. Geben wir das Grundprinzip nicht auf, dass der Mensch ein vernünftiges und moralisches Wesen ist, ehe er sich in diese oder jene Sprache einpfert, ein Angehöriger dieser oder jener Rasse, ein Mitglied dieser oder jener Kultur. Ehe es die französische, deutsche, italienische Kultur gab, gab es die menschliche Kultur. Die großen Menschen der Renaissance waren weder Franzosen noch Italiener noch Deutsche. Durch ihren Umgang mit der Antike hatten sie das wahre Geheimnis des menschlichen Geistes wiedergefunden, und ihm gaben sie sich hin mit Leib und Seele. Wie gut sie daran taten!“

Und welchen Einfluss hat die Religion?

Basiert die Nation also auf einer einheitlichen Religion? Renan referierte ausführlich, welche Be-

deutung der Glaube im alten Athen hatte. Es gab nur die eine Religion, sie war die Staatsreligion. „Heutzutage ist die Situation vollkommen klar“, sagte Renan. „Es gibt keine Masse von Gläubigen mehr, die auf einförmige Weise glaubt. Jeder glaubt und praktiziert nach seinem Gutdünken, wie er kann, wie er mag. Es gibt keine Staatsreligion mehr, man kann Franzose, Engländer, Deutscher sein und dabei Katholik, Protestant, Israelit, oder man kann gar keinen Kult praktizieren. Die Religion ist eine individuelle Angelegenheit geworden, sie geht nur das Gewissen eines jeden an.“

Die Nation als pure Interessengemeinschaft?

Die Frage, ob gegebenenfalls gemeinsame Interessen die Basis für eine Nation sein könnten, handelte Renan kurz und prägnant ab: „Die Übereinstimmung der Interessen ist sicherlich ein starkes Band zwischen den Menschen. Doch reichen die Interessen aus, um eine Nation zu bilden? Ich glaube es nicht. Die Interessengemeinschaft schließt Handelsverträge ab. Die Nationalität jedoch hat eine Gefühlsseite, sie ist Seele und Körper zugleich. Ein ‚Zollverein‘ kann kein Vaterland sein.“

Also die Geographie!

Aber da gibt's ja noch die Geographie. Es gibt natürliche Grenzen, Flüsse, Berge! Renan sagte: „Die Geographie – was man die ‚natürlichen Grenzen‘ nennt – hat fraglos einen großen Anteil an der Einteilung der Nationen. Sie ist einer der wesentlichen Faktoren der Geschichte. Die Flüsse haben die Rassen geführt, die Berge haben sie behindert. Jene haben die historischen Bewegungen begünstigt, diese haben sie aufgehalten. Kann man aber glauben, wie es einige Parteien tun, dass die Grenzen einer Nation auf der Karte eingetragen sind und dass eine Nation das Recht hat, sich das Nötigste anzueignen, um gewisse Konturen zu begradigen, an dieses Gebirge zu reichen, an jenen Fluss, dem man a priori so etwas wie eine begrenzende Kraft zuspricht? Ich kenne keine willkürlichere, keine verhängnisvollere Theorie. Mit ihr kann man jede Gewalt rechtfertigen.“

Die Nation ist eine Seele

Aber Ernest Renan beschränkt sich nicht darauf zu sagen, was eine Nation nicht ist. Er erklärt sie auch positiv. Wörtlich: „Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip (une âme, un principe spirituel). Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. Eines davon gehört der Vergangenheit an, das andere der Gegenwart. Das eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, das andere ist das gegenwärtige Einvernehmen, der Wunsch zusammenzuleben, der Wille, das Erbe hochzuhalten, welches man ungeteilt empfangen hat. Der Mensch improvisiert sich nicht. Wie der einzelne ist die Nation der Endpunkt einer langen Vergangenheit von Anstrengungen, von Opfern und von Hingabe. Der Kult der Ahnen ist von allen der legitimste; die Ahnen haben uns zu dem gemacht, was wir sind. Eine heroische Vergangenheit, große Männer, Ruhm (ich meine den echten) – das ist das soziale Kapital, worauf man eine nationale Idee gründet.“

Die Ankündigung der Europäischen Konföderation

„Les volontés humaines changent ; mais qu'est-ce qui ne change pas ici-bas ? Les nations ne sont pas quelque chose d'éternel. Elles ont commencé, elles finiront. La confédération européenne, probablement, les remplacera. Mais telle n'est pas la loi du siècle où nous vivons. À l'heure présente, l'existence des nations est bonne, nécessaire même. Leur existence est la garantie de la liberté, qui serait perdue si le monde n'avait qu'une loi et qu'un maître.“

Gemeinsamer Ruhm in der Vergangenheit, ein gemeinsames Wollen in der Gegenwart, gemeinsam Großes vollbracht zu haben und weiterhin Großes vollbringen zu wollen – das sind die wesentlichen Voraussetzungen, um ein Volk zu sein. Man liebt – im richtigen Verhältnis – Opfer, in welche man einwilligt hat, Übel, die man erlitten hat. Man liebt

das Haus, das man gebaut hat und das man vererbt. Das spartanische Lied: ‚Wir sind, was ihr gewesen seid; wir werden sein, was ihr seid‘, ist in seiner Einfachheit die abgekürzte Hymne jedes Vaterlandes. In der Vergangenheit ein gemeinschaftliches Erbe von Ruhm und von Reue, in der Zukunft ein gleiches Programm zu verwirklichen, gemeinsam gelitten, sich gefreut, gehofft zu haben – das ist mehr wert als gemeinsame Zölle und Grenzen, die strategischen Vorstellungen entsprechen. Das ist es, was man ungeachtet der Unterschiede von Rasse und Sprache versteht.

Ich habe soeben gesagt: ‚Gemeinsam gelitten haben‘. Ja, das gemeinsame Leiden eint mehr als die Freude. Die nationalen Erinnerungen und die Trauer wiegen mehr als die Triumphe, denn sie erlegen Pflichten auf, sie gebieten gemeinschaftliche Anstrengungen. Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem fasst sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: in der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist – erlauben Sie mir dieses Bild – ein tägliches Plebiszit, so wie das Dasein des Individuums eine andauernde Bejahung des Lebens ist.“

Die europäische Konföderation in Sichtweite

„Die Nationen sind nichts Ewiges“, sagte Renan, sich dem Schluss nähernd. „Sie haben einmal angefangen, sie werden enden. Die europäische Konföderation wird sie wahrscheinlich ablösen (La confédération européenne, probablement, les remplacera). Aber das ist nicht das Gesetz des Jahrhunderts, in dem wir jetzt leben. Gegenwärtig ist die Existenz der Nationen gut, sogar notwendig. Ihre Existenz ist die Garantie der Freiheit, die verloren wäre, wenn die Welt nur ein einziges Gesetz und einen einzigen Herrn hätte. Mit ihren verschiedenen Fähigkeiten, die einander oft entgegengesetzt sind, dienen die Nationen dem gemeinsamen Werk der Zivilisation. Alle tragen zu dem großen Konzert

der Menschheit eine Note bei, das, als Ganzes, die höchste ideale Realität ist, an die wir heranreichen. Voneinander isoliert, haben die Nationen nur schwache Seiten.“

Es braucht ein gemeinsames Moralbewusstsein

„Ich fasse zusammen. Der Mensch ist weder der Sklave seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Religion noch des Laufs der Flüsse oder der Richtung der Gebirgsketten. Eine große Ansammlung von Menschen, gesunden Geistes und warmen Herzens, erschafft sich ein Moralbewusstsein (une conscience morale), das sich eine Nation nennt. In dem Maße, wie dieses Moralbewusstsein seine Kraft beweist durch die Opfer, die der Verzicht des einzelnen zugunsten der Gemeinschaft fordert, ist die Nation auch legitim, hat sie ein Recht zu existieren.“

Und wie hat sich die Nation – in Form des Nationalstaates – weiterentwickelt?

Die Etablierung eines Europa der Nationalstaaten schien sich zu bewähren – für eine gewisse Zeit. Renan hielt seinen Vortrag im Jahr 1882. Drei Dekaden später allerdings, 1914, brach der Erste Weltkrieg aus. Beteiligt waren 15 europäische Staaten, weitere 21 außerhalb von Europa. Der Krieg forderte etwa 17 Millionen Tote und das Doppelte an Verwundeten und Invaliden. Die Friedensverträge hielten Grenzverschiebungen fest: Die Siegermächte wurden grösser, zu Ungunsten der Staaten auf der Verliererseite.

Zwei weitere Dekaden später, 1939, brach der Zweite Weltkrieg aus. Beteiligt waren 25 europäische Staaten, weitere 15 außerhalb von Europa. Der Krieg forderte über 70 Millionen Tote, die Verwundeten und Invaliden wurden schon gar nicht mehr gezählt. Die Friedensverträge hielten Grenzverschiebungen fest. Die Siegermächte wurden grösser, zu Ungunsten der Staaten auf der Verliererseite.

Erste Lehren aus der Geschichte

Aber diesmal, nach dem Zweiten Weltkrieg, gab es endlich ein paar Männer, die darüber nachzudenken begannen, wie solche Kriege zwischen


(National-)Staaten vermieden werden könnten. Und sie legten den Grundstein für die Europäische Gemeinschaft – basierend, wie eine „Nation“, auf gemeinsam erlittenem Leiden. Als hätten sie – und vielleicht haben sie ja auch – Ernest Renan gelesen: ‚Gemeinsam gelitten haben‘. Ja, das gemeinsame Leiden eint mehr als die Freude. Eine Nation ist eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen bereit ist. Sie setzt eine gemeinsame Vergangenheit voraus, aber sie umfasst vor allem auch die Übereinkunft, den deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen (le consentement, le désir clairement exprimé de continuer la vie commune).

Ist es nicht Zeit, diese gemeinsamen Erinnerungen endlich auf Europa zu beziehen, statt immer noch auf die einzelnen Nationalstaaten? Sind gegen 100 Millionen Tote in zwei großen Kriegen nicht genug, um – basierend auf gemeinsa-

mem Leiden – ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln? Und ist ein Europa ohne Krieg und mit offenen Grenzen nicht ausreichend ein gemeinsames Ziel, um auch die Zukunft im Sinne der „nationalen“ Zusammengehörigkeit anzugehen? Sind wir noch nicht reif, endlich Europa als unsere „Nation“ zu verstehen?

Den Mut haben, der Mode zu entsagen

Ernest Renan schloss sein damaliges Referat, in dem er – vor 132 Jahren! – die „europäische Konföderation“ bereits angekündigt hat, mit dem Satz: „Wenn man in der Zukunft recht behalten will, dann muß man sich manchmal damit abfinden, daß man aus der Mode ist.“

Die Mode der Zeit ist – leider – in vielen europäischen Ländern die Renationalisierung. Es bleibt zu hoffen, dass jene Recht behalten, die dieser Mode keine Folge leisten. 



Sind solche Grenzverläufe mehr als die Abbildung eines zufälligen Augenblicks der Geschichte? Die Grenze zwischen unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Mentalitäten? Der Kartenausschnitt zeigt den heutigen Grenzverlauf zwischen Deutschland und der Schweiz östlich von Schaffhausen.

(Bundesamt für Landestopographie Bern)

Die bemerkenswerten Wandlungen des Ernst Jünger

Ernst Jünger (1895 – 1998) wird weiterhin ein umstrittener Autor bleiben. Der Graben zwischen dem militant-nationalistischen Publizisten Ernst Jünger in der Zeit der Weimarer Republik und dem politisch-ästhetisch gehäuteten, großen Stilisten Jünger unter dem Nationalsozialismus und in der Zeit danach, in der ihm ein „exorbitanter literarischer Rang“ nachgesagt wird, bestehen weiter. Freilich trägt diese Trennung selbst die apologetischen Züge eines rabiaten politischen Konformismus, der die ästhetisch-distanzierende Kälte Jüngers („*désinvolture*“) bis heute für unpolitisch hält. Eine herausragende Edition von Jüngers Heldenepos „In Stahlgewittern“ könnte die Debatte versachlichen.

Der Heidelberger Germanist Helmuth Kiesel macht in seiner Edition der Erstausgabe (1920) und aller sechs Bearbeitungen (1922, 1924, 1934, 1935, 1961 und 1978), die der Erstausgabe folgten, minutiös deutlich, wie Jünger mit seinem Text umgegangen ist. Geht man schon lange, dass „In Stahlgewittern“ kein Tagebuch ist, sondern ein Mosaik, das nachträglich aus Kriegstagebuchnotizen zusammengebastelt und laufend den Erfordernissen der Zeit angepasst wurde. Während die Kriegstagebücher, die im Gedröhn der Schützengräben entstanden sind, etwa 100 000 Wörter umfassen, gingen davon nur etwa 70 bis 85 000 Wörter in das Werk ein. Der Untertitel „Aus dem Tagebuch eines Stoß-

truppführers“ ist insofern eine leere Behauptung, da der Text während 50 Jahren revidiert, geschönt, relativiert und sorgsam à la mode frisiert wurde.

Jünger hat sich geweigert, diese Änderungen, Streichungen und Ergänzungen zu kennzeichnen, zu kommentieren oder gar zu begründen: „Wer sich selbst kommentiert, geht unter Niveau“, ließ er das Publikum wissen.

Kiels historisch-kritische Edition verbindet – und ist darin ein kleines Wunder – Lesbarkeit und Wissenschaftlichkeit, obwohl sich das normalerweise ausschließt. Kiels Lösung des Spannungsverhältnisses von Lesbarkeit und Wissenschaftlichkeit ist genial: Im Textband steht auf der linken Seite in schwarzer Schrift der Text der Erstausgabe von 1920. Mit unterschiedlichen Farben werden die Ergänzungen in den fünf folgenden Ausgaben markiert (und im Apparat wörtlich ausgewiesen), die Jünger später wieder gestrichen hat. Am Rand wird vermerkt, wann diese Striche erfolgten. Auf der rechten Buchseite steht der Text der letzten Fassung von 1978, wobei die substantiellen Veränderungen, die Jünger im Laufe der Zeit eingearbeitet hat, wieder durch unterschiedliche Farben und die Jahreszahl der Veränderung gekennzeichnet werden. Damit der Text lesbar bleibt, werden kleine, nur stilistische oder orthographische Veränderungen nur im Variantenverzeichnis abgedruckt. Die



Ernst Jünger,
In Stahlgewittern (1920).
Historisch-kritische Ausgabe,
hg. v. Helmuth Kiesel, Stuttgart
2013, 2 Bände, 1245 S.
(Klett-Cotta), € 68,-

Textentwicklung wird so in den wesentlichen Zügen auch optisch nachvollziehbar.

Die sechs Ausgaben unterscheiden sich stark. In die Ausgaben von 1922 und 1924 arbeitete Jünger viele Passagen ein, die das Kriegsgeschehen in drastischer Sprache pathetisch überhöhen. So fügt er 1924 die Sätze ein: „Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir sind zum Opfer gewillt (...) Die Gefahr ist der vornehmste Augenblick seines Berufs (d.h. des Offiziers, RW), da gilt es, gesteigerte Männlichkeit zu beweisen.“ Diesen kriegerisch-heroischen Gestus hat Jünger in den Ausgaben von 1934 und 1935 weitgehend getilgt. Der Herausgeber und viele Interpreten vermuten, dass

Jünger den Text glättete, um diesen vor der Instrumentalisierung durch die Nazis abzuschirmen. Für diese Erklärung gibt es Belege. So phantasierte Jünger 1934 noch von „einem neuen und andersartigen Typus des Kämpfers“ und „einer neuen und kühneren kriegerischen Rasse“, die in den Schützengräben geboren werde. Aber bereits ein Jahr später strich er diese Passage wieder. Entschieden relativiert wird diese Interpretation jedoch durch die Tatsache, dass manches, was Jünger 1934 in den Text montierte, keinesfalls nationalsozialistischer Ideologie widersprach und deren kriegerischen Akzente eher verstärkte. Von 1934 bis 1978 ließ Jünger „alte Krieger“ die „Wüstheit des Krieges“ beim „Trankopfer“ und „Becher“ vergessen und „vergeistigen“ bis „zum ritterlichen Drang zum Bestehen eines Kampfes“. Jüngers Fazit des ganzen Krieges lautet 1978 genau wie 1934: „Im Laufe von vier Jahren schmolz das Feuer ein immer reineres, ein immer kühneres Kriegerertum heraus.“ Erst 1961 streicht Jünger frivole Passagen wie die Rede vom „Genuss dieses Schlachtenpanoramas“, bei dem es noch wenige Seiten zuvor zu und her ging wie in einem Schlachthaus. Während er 1920 die Beschießung von englischen Soldaten mit einer „Treibjagd“ vergleicht, schreibt er 1961: „Engländer versuchten, über freies Feld zu entfliehen und fielen im Feuer.“ An anderer Stelle werden sie nicht mehr „ausgerottet“

(1934), sondern „außer Gefecht“ (1961) gesetzt.

Entgegen der Legende, „In Stahlgewittern“ zeige die Brutalität des Krieges in sachlicher Kälte, erweist sich das Buch von der ersten bis zur letzten Zeile als Loblied auf den Helden und seine Taten – auf Kampf, Opfer, Vernichtung und Tod: „Unter allen erregenden Momenten des Krieges ist keiner so stark wie die Begegnung zweier Stoßtruppführer zwischen den engen Lehmwänden der Kampfstellung. Da gibt es kein zurück und kein Erbarmen. Das weiß jeder, der sie in ihrem Reich gesehen hat, die Fürsten des Grabens mit den harten, entschlossenen Gesichtern, tollkühn, geschmeidig vor- und zurückspringend mit scharfen, blutrünstigen Augen, Männer, die ihrer Stunde gewachsen waren“ (so fast gleichlautend von der ersten bis zur letzten Ausgabe).

1961 passte Jünger die bluttriefenden Bilder demokratischen Verhältnissen an. Vom „merkwürdigen Gefühl, einem Menschen ins Auge zu sehen, den man selbst getötet hat“, will er nun so wenig wissen wie „vom Leichnam, den ein Kopfschuss, der auf meine Rechnung kam, ein Auge herausgetrieben hatte.“ Aber noch in der letzten Fassung des Buches bekennt sich Jünger zur Erinnerung an „die herrlichste Armee, die je Waffen trug und an den gewaltigsten Kampf, der je gefochten wurde.“

Auch mit dem Hinweis auf den sprachlich-ästhetischen Rang von Jüngers Prosa ist das Buch

nicht zu retten. Zu Recht gilt die erste Fassung als das Werk eines schriftstellerischen Anfängers von 25 Jahren. Die Bearbeitungen werden gerechtfertigt mit dem Argument, diese hätten der stilistischen Vollendung des Werks gedient. Dem widerspricht, dass von der schwülstig-pathetischen Sprache Jüngers rund zwei Drittel von den Änderungen unangetastet blieben.

Worum es ihm dabei ging, hat Jünger in einem Brief vom 24. April 1935 beschrieben: „Ich habe die Bearbeitung abgeschlossen; ich darf damit zufrieden sein. Ich habe auf diese Weise den ersten Teil des Jahres damit zugebracht, meine Autorschaft nach rückwärts auszubauen, damit kein Satz hinter mir bleibt, dem ich nicht zustimmen kann. Es handelt sich dabei im Grund um die Herausschälung der Kerns, der mir immer deutlich war, den sichtbar zu machen aber meine Mittel gewachsen sind.“ Diesen Kern bildet weder ein realistisches Kriegsbild noch Jüngers Selbstverständigung, wie der Konformismus glauben machen will, sondern einzig und allein sein Selbstbildnis als Held oder „Anarch“, das er sich lebenslang mit sehr dürftigen sprachlichen Mitteln bastelt. Jünger bietet kein Kriegsbild, sondern eine egomanisch geprägte, in Soldatenlatein geschriebene Kolportage, zu der der paradoxe Titel „Mein Krieg“ passt.

Der Publizist Peter de Mendelssohn, der 1933 vor den Nazis fliehen musste, nannte Jüngers nachträglichen Ausbau seiner Autorschaft einen „Leit-

faden der Unaufrichtigkeit“. Armin Mohler, ein ehemaliger Sekretär Jüngers, sprach vom „Verrat am eigenen Werk“. Das trifft die Sache genau, denn es ging Jünger neben der sprachlichen Verbesserung immer um die Anpassung an die politischen Verhältnisse und um die Selbststilisierung. Das beginnt mit der Manipulation des Lesers durch Verschiebungen der Zeitperspektive. Hieß es 1920: „Ich machte hier die Beobachtung...“, so suggeriert Jünger 1961, er habe das immer schon gesehen: „Wieder machte ich die Beobachtung“. Bei den „Stahlgewittern“ handelte es sich um „einen Bericht ex post, der die Geschehnisse, die er nach und nach vor Augen führt, von vornherein im Horizont eines späteren geschichtlichen Wissens schildert“ (Helmut Kiesel).

Bei der Revision des Textes für die Ausgabe von 1961 half Jünger seine zweite Frau Liselotte Lohrer bei der Korrektur. Anhand der Korrekturabzüge kann Kiesel nachweisen, dass durch ihre Hand erst- und einmalig in Jüngers adjektivisch verfetteter Heldenprosa das Wort „Trauer“ auftaucht: „Der Staat, der uns die Verantwortung abnimmt“ für das Töten, „kann uns nicht von der Trauer befreien; wir müssen sie austragen.“ Ernst Ludwig Arnold, ebenfalls ehemaliger Sekretär und Apologet Jüngers, möchte darin „einen fast im Verborgenen blühenden Humanismus“ entdecken. Das ist sicher Schönrederei. Der Krieg blieb für Jünger über mehr als

50 Jahre hinweg ein Naturereignis, das er – mit Naturmetaphern – als ein moralisch indifferentes, ewig wiederkehrendes Phänomen beschrieb. Die Zahl der Naturmetaphern für Krieg

stieg von ersten bis zur letzten Fassung um nicht weniger als 68 Prozent, was die These von der Humanisierung altbacken aussehen lässt.

Rudolf Walther

Ein altes Lied: Journalistinnen

„Nicht eher wird die Menschheit einer harmonischen Fortentwicklung fähig werden, nicht eher werden jene rohen Triebe sich läutern und edleren Empfindungen Raum geben, bis man allen Theilen der Gesellschaft das Recht gestattet, sich auszusprechen, bis man auf alle Forderungen hört, und alle gegen einander abwägt!“ Louise Dittmar: Vier Zeitfragen, 1847

Frauen in den Medien. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass über das Thema ein lautes Aufheulen laut würde, denn die Zahlen sind erschütternd, auch wenn das Bewusstsein für den Missstand dank Initiativen wie Pro Quote wenigstens langsam wächst: Mehr als die Hälfte aller Absolventen von Journalisten-Schulen sind Frauen und den verschiedenen Erhebungen zufolge beträgt der Frauenanteil im Journalismus im deutschsprachigen Raum etwa 40 Prozent – 35 Prozent in der Schweiz, 42 Prozent in Österreich und 37 Prozent in Deutschland. Aber in den Führungsetagen der meisten Medien sind sie nicht angekommen. Besonders mau ist es mit etwa drei Prozent weiblichen Führungskräften im Printjournalismus, wie Recherchen von Pro Quote belegen. Beim



*Elisabeth Klaus,
Ulla Wischermann:*
Journalistinnen. Eine
Geschichte in Biographien und
Texten, 1848 – 1990, Münster
2013, 384 S., € 19,90, ISBN
978-3-643-50416-6

öffentlichen Fernsehen und dem Hörfunk sind die Zahlen deutlich besser, aber Frauen in Führungspositionen – wie etwa die Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg, Dagmar Reim, bilden auch hier die Ausnahmen.

Nun mag man denken, dass dies auch mit der Entwicklung des Berufs zu tun hat, mag annehmen, dass Journalistinnen erst in den jüngst zurück liegenden Jahrzehnten überhaupt erst auf der medialen Bildflä-

che erschienen sind. Doch weit gefehlt – wie jetzt die von der Salzburger Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Klaus und der Frankfurter Soziologin Ulla Wischermann vorgelegte Berufsgeschichte „Journalistinnen“ deutlich macht. Acht Kapitel zählt die Untersuchung, chronologisch gegliedert nach „Zeiten des Umbruchs“, in denen, so die These der Autorinnen, sich Journalismus und Medien verändern und die Geschlechterverhältnisse in Bewegung geraten. Einer kurzen zeit-historischen Einführung mit besonderem Fokus auf die Rolle der Frau folgen je vier bis fünf Autorinnen-Portraits mit je ein bis zwei charakteristischen Textproben. Eine wahre Fundgrube.

Klaus und Wischermann beginnen 1848, als nach der bürgerlichen Revolution ein grundlegender gesellschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Wandel begann. Sprunghaft entwickelte sich das Lese- und Publikationsbedürfnis, in den großen Städten verdoppelten sich die Zeitungen: Mathilde Franziska Anneke, Betty Paoli, Louise Dittmar, Louise Otto und Louise Aston heißen Frauen, die damals nicht nur Feuilletons, politische Berichte und Rezensionen publizierten, sondern sogar eigene Blätter veröffentlichten. Wir erfahren, wie in den Zeiten der Reaktion „Zwischen Stillstand und Aufbruch“ vordergründig unpolitische Presseorgane entstanden, sich aber zugleich eine Frauenbewegung formierte und die technischen Voraussetzungen – Rotations-

druck, Erfindung der Telegraphie – entwickelten, die die Berichterstattung beschleunigten. Über die „Blütezeit der Frauenbewegung“ (Protagonistinnen sind hier Auguste Fickert, Clara Zetkin, Anita Augspurg und Adelheit Popp) geht es zum Ersten Weltkrieg. Kurzportraits von Bertha von Suttner und Helene Stöcker skizzieren deren pazifistische Überzeugungen. Demgegenüber steht das Portrait der österreichischen Kriegsberichterstatteerin Alice Schalek, die begeistert von der Front berichtete: „Als einzige Journalistin stand sie 31 zugelassenen Kriegskorrespondenten gegenüber und trug so dazu bei, den Weg der Frauen in eine der absoluten Männerdomänen des Journalismus zu ebnen.“ Ganz nebenbei: Sie legte sich auch mit dem berühmten Karl Kraus an.

Je näher die Untersuchung der Gegenwart rückt, desto bekannter klingen die Namen der Protagonistinnen: Gabriele Tergit und Milena Jesenksá etwa stehen für die Zeit zwischen den Kriegen. Letztere ist heute vor allem als Geliebte Kafkas prominent, in der Weimarer Zeit reüssierte sie in Prag ihren Analysen der modernen Gesellschaft.

Es gelingt Klaus und Wischermann, mit nur wenigen Beispielen innerhalb jeder Epoche ein weites Spektrum politischer Einstellungen und Biographien darzustellen. So verkörpern Magret Bovery, Hilde Spiel, Ursula von Kardoff und Erika Mann für die Zeit des Nationalsozialismus – und

repräsentieren damit Positionen der Anpassung an das NS-System, aber auch Widerstand und Exil: Marion Dönhoff, Susanne von Paczensky, Barbara Coudenhouve-Kalergi und Ulrike Meinhof für die „Nachkriegszeit und die ‚langen 1950er Jahre““. Geschickt ist auch der Kunstgriff der beiden Wissenschaftlerinnen, in der jüngeren Vergangenheit – den „frauenbewegten“ 1970er und 1980er Jahre – nicht mehr einzelne Journalistinnen sondern Zeitschriften vorzustellen: Von der DDR-Zeitschrift „Für Dich“, über das Blatt „AUF“ (hervorgegangen aus der Initiativgruppe „Aktion unabhängiger Frauen“, die „Courage“ und „Emma“ bis hin zur 1982 gegründeten „Wir Frauen“, einem Blatt, dass seit 1982 unter dem Titel „unabhängig – radikal – solidarisch“ für einen „linken Feminismus“ streitet. Da frauenpolitische Zeitschriften allerdings nur einen kleinen Teil des journalistischen Engagements von Frauen seit den 1970er Jahren repräsentieren, gerät der ansonsten sehr ausgewogen gestaltete Band hier in eine leichte Schieflage: Denn häufig bedienten Journalistinnen feministischer Blätter – sofern es nicht gerade die medial omnipräsente Alice Schwarzer ist – eher eine Nische. Andererseits finden sich in diesem Kapitel besonders hübsche Fundstücke aus den feministischen Diskursen jener Jahre, die bis heute leider ihre Gültigkeit haben – etwa ein Manifest der Autorin Ursula H. in der Zeitschrift AUF aus dem September 1977: „12 Punkte, die Frau (nicht) beach-

ten soll. Oder: Wie erhalten wir den Status quo in der Frauenbewegung.“ Darin heißt es etwa: „Wir greifen zur scheuklappe und setzen sie auf!

1. wir sind grundsätzlich für freie Meinungsäußerung – prinzipiell aber bekämpfen wir sie, weil wir uns durchsetzen müssen!
2. wir betrachten unsere geschlechtsgenossinnen grundsätzlich misstrauisch – prinzipiell aber umarmen und küssen wir sie“

Nationale Grenzen und wie die Grenzbewohner auf sie reagieren

Sozusagen in letzter Minute vor Abschluss dieser GAZETTE lag eine Neuerscheinung auf dem Tisch der Redaktion: „Die alltägliche Reproduktion nationaler Grenzen“, von Nils Müller. In Anbetracht des Schwerpunktthemas dieser GAZETTE-Ausgabe zu Nation und Nationalismus aus Zeit- und Termingründen da nicht mehr reinzuschauen, wäre ein Verstoß gegen das Ziel, zu diesem Thema Informationen und Meinungen von verschiedenen Seiten zu liefern. Deshalb seien hier zumindest einige Hinweise auf die Auslegeordnung und den Inhalt dieser neuen wissenschaftlichen Publikation gemacht.

In seiner Einleitung schreibt der Autor: „Die Idee des modernen Nationalstaats ist das Ergebnis von Bürgerkriegen und Weltkriegen, großflächigen Vertreibungen, politischen und wirtschaftlichen Revolutionen und den damit verbundenen so-

3. Fazit: Klaus und Wischermann haben hier ein anregendes Lese- und Arbeitsbuch geschrieben, das zum Schmökern, Querlesen und Nachschlagen einlädt und Lust darauf macht, noch viel mehr Journalistinnen und ihren spezifischen Blick auf die Welt zu entdecken. Schade, dass es nicht in attraktiver Aufmachung und mit viel mehr Abbildungen in einem Publikumsverlag erschienen ist.

Stefanie Oswald



Nils Müller:

Die alltägliche Reproduktion nationaler Grenzen. UVK Verlagsgesellschaft mbH, € 41,- ISBN 978-3-86764-489-1

zialen Umwälzungen. Am Ende dieser Entwicklung steht mit dem (demokratischen) Nationalstaat ein globales Idealmodell der Organisation der sozialen Welt, das für zahlreiche Nationen nach wie vor ein erstrebenswertes Ziel darstellt (). Doch zu Beginn des 21.

Jahrhunderts scheint sich Europa wieder von der Idee zu entfernen, die es selbst hervorgebracht hat: Im Gegensatz zum nationalstaatlichen Ideal, das auf autonome, national legitimierte Regierungen setzt, entwickelt sich in Europa eine neuartige Form der transnationalen Regulierung, die sich in einigen Bereichen immer mehr von nationalen Interessen löst.

Während das Ideal von einer gemeinsamen nationalen Identität ausgeht, zeigt sich in Europa eine immer stärkere Vermischung von regionalen, nationalen und transnationalen Identitäten. Geht der Nationalstaat von einem klar definierten und nach außen abgegrenzten Staatsgebiet aus, sind in Europa die Grenzen immer durchlässiger geworden und stellen bereits heute für den Großteil der Menschen kein Hindernis mehr dar. Der Nationalstaat, der eine Zeit lang als das „Ende der Geschichte“ erschien, könnte sich demnach zumindest in Europa als Übergangsform erweisen.“

Grenzen sind – heute – vor allem die administrativ festgehaltenen Trennlinien zwischen Nationalstaaten, oder umgekehrt: Nationalstaaten definieren sich zuallererst über das mit genauen, administrativ festgelegten Grenzen „umgrenzte“ – man könnte auch sagen: umrandete – Territorium. In einem historischen Rückblick zeigt der Autor allerdings nachvollziehbar auf, dass das heute in der politischen Diskussion nachgerade

als Axiom gehandhabte Verständnis von Nation bzw. Nationalstaat mit genauen Grenzen keineswegs eine lange Vergangenheit hat. Der Autor referiert die Grenzkonzepte in der historischen Debatte anhand der Bedeutungsnuancen der französischen Begriffe *Frontière* und *Frontier* und der englischen Begriffe *Boundary* und *Border*. Grenzen waren nie nur Trennlinien, sondern immer auch schon Kontaktzonen.

Zu lesen sind vor allem die ersten paar Dutzend Seiten nicht ganz einfach, da – das Buch ist ursprünglich eine Dissertation – hier in erster Linie die doch recht reiche Fachliteratur referiert wird. Etwas anschaulicher und verständlicher wird es dann, wenn der Autor auf neuere Untersuchungen zu reden kommt, etwa ganz konkret zum grenzüberschreitenden Einkaufen. Noch konkreter – und für die meisten Leser wohl erst richtig interessant und nachvollziehbar – wird es in der zweiten Hälfte des Buches, wo der Autor empirische Untersuchungen in drei konkreten Grenzregionen vorlegt: in Tüddern/Selkant nahe der Stadt Sittard an der Grenze Deutschland/Niederlande, in der Grenzregion Grenzach/Basel an der Grenze Deutschland/Schweiz und Herrsburg/Lüdersdorf bei Lübeck an der (heute innerdeutschen) Grenze exBRD/exDDR. Diese Grenzregionen wurden im Sinne von „Laboratorien der Integration“ in vielen Interviews erforscht.

Unter dem Titel Alltagspraktiken an nationalen Gren-

zen wurde in diesen drei Regionen das Leben in drei Verhaltensbereichen genauer angeschaut: im Bereich der Versorgung, im Bereich der Erholung und im Bereich des gemeinschaftlichen Lebens. Und natürlich beginnt der Autor beim Vergleich der drei ausgesuchten Grenzorte mit der Kommunikation: Welches Radio hört man, welche Zeitungen liest man. Überschreitet man auch wirklich den, wie er es nennt, „threshold of indifference“, die Barriere des Betroffenseins?

Im Bereich Versorgung, zu der nicht nur der Einkauf, sondern zum Beispiel auch der Arztbesuch gehört, ist die Motivation, die Grenze zu überschreiten, sogar abhängig von einzelnen Produktgruppen sehr unterschiedlich, zum großen Teil jedenfalls eine Funktion des vorliegenden Angebots. In vielen Fällen ist es ganz einfach, wie der Autor schreibt, *Cherry Picking*: Rosinenpickerei aufgrund unterschiedlicher Preise. Aber doch nicht nur.

Im Bereich der Erholung wurden das Vereinsleben, die sportlichen Aktivitäten, die Weiterbildung (Sprachkurse), aber auch etwa der Restaurantbesuch genauer angeschaut. Auch da spielt das Angebot eine sehr große Rolle. Im Bereich des gemeinschaftlichen Lebens galt das Augenmerk insbesondere den grenzüberschreitenden Beziehungen und Freundschaften.

„Diese Arbeit hat mit den alltäglichen Praktiken von Grenzbewohnern einen ganz

spezifischen Blick auf Prozesse der europäischen Integration entwickelt. Dabei ist deutlich geworden, dass die euphorische Hoffnung auf ein schnelles Zusammenwachsen Europas und eine Auflösung der Grenzen nicht nur auf dem Papier, sondern auch in den Köpfen der Menschen und ihrem Handeln, überzogen waren. Zwar hat sich in den letzten Jahren eine immer weiter wachsende Schicht entwickelt, die ihr Leben innerhalb eines transnationalen Kontextes organisiert und die dementsprechend die nationalen Grenzen innerhalb Europas regelmäßig überwindet, ein weitaus größerer Teil lebt und arbeitet jedoch nicht in derart transnationalen Kontexten und organisiert sein alltägliches Leben in einem eng begrenzten geographischen Umfeld. Dieser Teil der Gesellschaft kann überhaupt nur dann transnationale Alltagspraktiken entwickeln, wenn sich in seinem engen geographischen Umfeld andere nationale Kontexte befinden – er also in der Nähe einer nationalen Grenze lebt.

Das Buch richtet sich in Aufbau und Sprache primär an Wissenschaftler. Aber auch wer sich professionell und/oder politisch mit Fragen der Grenzen und ihrer Auswirkung auf das soziale menschliche Leben befassen muss, findet darin viele zu beachtende Fragestellungen und Denkanstöße.

(Red.)

Auf dass auch die UNO eines Tages demokratisch entscheiden möge ...

Die Welt neigt dazu, Ungerechtigkeit zu akzeptieren, wenn es keinen einfachen Weg gibt, sie zu vermeiden. Das ist bei „naturgegebenen“ Ungerechtigkeiten, etwa aufgrund von unterschiedlicher Fruchtbarkeit des Bodens oder unterschiedlicher klimatischer Verhältnisse, nachvollziehbar. Aber die Welt akzeptiert auch „formale“ Ungerechtigkeit erstaunlich locker, wo man doch wenigstens da erwarten könnte, dass es Widerstand gibt.

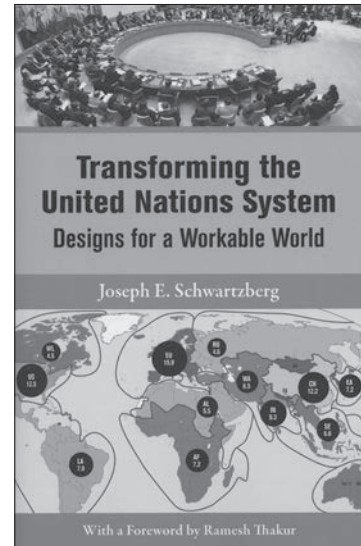
Es gibt sie noch, glücklicherweise, diese Menschen, die ein Sensorium für Ungerechtigkeit haben und sich für deren Beseitigung einsetzen, gelegentlich sogar mit aller Kraft und trotz Aussichtslosigkeit, den Erfolg ihres Engagements selber noch zu erleben.

So ein Mensch ist Joseph E. Schwartzberg. Schwartzberg ist 1928 in Brooklyn / New York geboren. Er holte sich seinen PhD in Wisconsin, lehrte als Professor für Geographie und Kartographie an verschiedenen US-amerikanischen Universitäten, aber auch in Neu-Dehli in Indien, und sein wissenschaftliches Spezialgebiet war Südasien. 32 Monate leistete er, aus Anlass der Koreanischen Kriege, Militärdienst. Etwa gleich lang reiste er als Zivilist durch Europa, nicht nur, um Kathedralen und andere touristische Sehenswürdigkeiten zu bestaunen, sondern um andere Kulturen verstehen zu lernen. So ist es kein Zufall, dass Joseph

E. Schwartzberg auch deutsch spricht. Welcher US-Amerikaner kann das noch, heute?

Der mittlerweile 86-jährige Gelehrte kämpft seit vielen Jahren gegen eine krasse formale Ungerechtigkeit, die wir alle kennen und die man beheben könnte, so man denn wollte: die mit nichts zu rechtfertigende Zuteilung der Entscheidungskompetenzen in der UNO. Er kämpft für eine Reform der UNO, in der die fünf Nuklearmächte USA, UK, Frankreich, Russland und China im entscheidenden Gremium, im Sicherheitsrat, nicht nur einen ständigen Sitz, sondern auch ein Veto-Recht haben, also je einzeln jede mehrheitlich gefällte Entscheidung blockieren können. Jetzt hat Schwartzberg ein umfangreiches Buch geschrieben, wie diese ungerechte UNO reformiert werden könnte und sollte, und er hat dazu konkrete, detaillierte Vorschläge ausgearbeitet: *Transforming The United Nations System; Designs for a Workable World*.

Die ungerechten Entscheidungskompetenzen innerhalb der UNO basieren vor allem auf den Machtverhältnissen zum Zeitpunkt der UNO-Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA, das Vereinigte Königreich UK, Frankreich, Russland und China (damals noch Taiwan) waren auf der Seite der „Sieger“, sie konnten, aus ihrer momentanen Machtposition heraus, Bedin-



Joseph E. Schwartzberg: Transforming the United Nations System; Designs for a Workable World. United Nations University Press Toronto, New York, Paris, 2013. 400 Seiten.

gungen wie „permanentes Mitglied im Sicherheitsrat mit Veto-Recht“ einfach stellen. Aber ist das, 60 Jahre später, immer noch angemessen und legitim?

Schwartzberg kritisiert nicht nur scharf die Privilegien der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, er kritisiert auch die Zuteilung und das Wahlprozedere für die nicht ständigen Sitze. Vor allem ärgert ihn, den US-Amerikaner, auch hier die Dominanz der USA.

„Unter den vielen Komponenten des Systems der UN ist keine so folgenreich wie der Sicherheitsrat, dessen Entscheidungen – oder eben auch Nicht-Entscheidungen – sehr oft das Wohl von vielen, um

nicht zu sagen, von allen Menschen ernsthaft beeinflussen“, schreibt Schwartzberg in der Einleitung zum Kapitel über den Sicherheitsrat. „Die Ausgangslage für die Diskussion über eine Reform des Sicherheitsrates ist die Feststellung, dass die Repräsentativität und damit auch die Legitimität des Sicherheitsrates seit der Gründung der UNO dauernd abnimmt. Die speziellen und anachronistischen Privilegien der fünf Veto-Mächte müssten deshalb einer intensiven Überprüfung unterzogen werden.“ Schwartzberg nennt auch gleich die Voraussetzungen für ein neues System: es muss von einer Mehrheit der UNO-Mitglieder als politisch realistisch, repräsentativ, flexibel und fair beurteilt werden.

Um seine eigenen Vorschläge plausibel zu machen, führt er zuerst das jetzige Wahlverfahren der Nicht-ständigen Mitglieder ad absurdum. Was etwa soll der Kleinststaat Malta mit seinen 400 000 Einwohnern im Sicherheitsrat, wenn auf der anderen Seite etwa Iran mit 75 Millionen Einwohnern seit 1956 nie mehr im Sicherheitsrat vertreten war? Nach Einschätzung Schwartzbergs eine klare Folge des zu grossen

Einflusses der USA auch bei der Wahl der Nicht-ständigen Mitglieder. Schwartzberg rechnet denn auch genau vor, wie wenig repräsentativ die Vertretungen im Sicherheitsrat, gemessen an der Weltbevölkerung, in Wirklichkeit sind. Im besten Fall waren etwa 20 Prozent der Bevölkerung aller Mitgliedstaaten im Sicherheitsrat vertreten.

Sein eigener, detailliert aufgezeichneter Vorschlag basiert auf einer Aufteilung der Welt in zwölf Regionen, die ständig vertreten sein müssen, ohne Veto-Recht selbstverständlich. Und er beschreibt, wie das Wahlverfahren zu sein hat, damit die jeweiligen Vertreter wirklich auch die Stimme ihrer Region einbringen müssen.

Schwartzberg schlägt nicht nur eine Reform des Sicherheitsrates vor, sondern auch eine Reform der Generalversammlung und ihrer Kompetenzen, die heute kleiner sind als jene des Sicherheitsrates. Und er plädiert klar für die Einführung eines Weltparlamentes, eines „World Parliamentary Assembly“. Um diese Forderung zu unterstützen, reiste der 86-jährige Schwartzberg im letzten Oktober denn auch persönlich nach Brüssel,

wo eine internationale Konferenz zum Thema United Nations Parliamentary Assembly UNPA stattfand.

Noch liegt sein knapp 400 Seiten starkes Buch erst in englischer Sprache vor. Ob sich ein Verlag findet, der das Werk auch deutsch herauszugeben bereit ist, überhaupt finden lässt, ist mehr als fraglich. Denkbar ist, dass die auch in Europa aktive Bewegung „Committee for a Democratic UN“ bzw. das „Komitee für eine demokratische UNO“ das Buch in eigener Regie herauszugeben versucht, aber auch bei diesen Organisationen sind die finanziellen Mittel knapp.

Nichtsdestotrotz: Joseph E. Schwartzbergs Kampf für eine demokratische UNO und sein eben erschienenes Buch dürfen als Lichtblick zur Kenntnis genommen werden: Es gibt noch Menschen, die daran glauben, dass mehr Gerechtigkeit auch weltweit möglich ist, und die, mit konkreten Vorschlägen, für dieses Ziel kämpfen. Solche Engagements als utopisch oder gar illusorisch nur zu belächeln, kommt einer Selbstaufgabe gleich. Oder, auf französisch: *Après nous le déluge*, auf deutsch: nach uns die Sintflut.

Christian Müller



Wo immer über die UNO und die notwendigen Reformen diskutiert wird, ist Joseph E. Schwartzberg selber präsent: hier auf einer kleinen Demo in Brüssel. im Bild steht er ganz links aussen.

Rebecca Watts

Letter from China

Bare branches prick the landscape.

It is not the force of nature
that holds the country in perpetual winter

but the facts of arithmetic
and a fear of winter.

Ask the elderly,
they know what life costs:

once forced to sow seeds,
eyes fixed on the future,

they envisaged themselves
slipping into the river of old age

and reckoned
that a son could keep them afloat

but a daughter is like
spilled water.

So it was
that those who reached the light were dealt with

quickly, shushed
in a bucket beside the bed,

while those whom fortune allowed to be glimpsed
curled in the dark womb

were dislodged, dug out, disposed of
before they could begin to flower;

to make way for boys with stronger shoulders,
fit to carry parents.

This was the calculation.
That was their hope.

Now we live in a lopsided sum,
looking onto a wilderness

Brief aus China

Bare Zweige stechen die Landschaft.

Nicht die Kraft der Natur
hält das Land im ewigen Winter,

sondern die Fakten der Arithmetik
und Angst vor dem Winter.

Fragen Sie die älteren Menschen,
die wissen, was das Leben kostet:

einmal waren sie zur Saat gezwungen,
hatten die Augen auf die Zukunft gerichtet,

sahen sich in den Fluss des Alterns abrutschen
und bauten darauf,

dass ein Sohn sie über Wasser
halten könne,

denn eine Tochter ist wie
verschüttetes Wasser.

So geschah es,
dass die, die das Licht erblickten,

schnell, ohne Federlesens, in einen Eimer neben
dem Bett landeten

während diejenigen, die das Glück hatten,
im dunklen Schoß zusammengerollt erspäht
zu werden

aus ihm vor der Blüte vertrieben, ausgegraben,
entsorgt wurden;

um Platz für Jungen mit stärkeren Schultern
zu machen,
kräftig genug, die Eltern zu tragen.

So war die Rechnung.
So ihre Hoffnung.

Jetzt leben wir inmitten einer verquerten Summe,
und blicken in die Wildnis

where scores of unsettled men
conspire:

bare branches
on which our future hangs.

Hopeless together, they clamour for fire.

wo Scharen wurzelloser Männer
kospirieren:

bare Zweige,
an denen unsere Zukunft hängt.

Verbunden in Hoffnungslosigkeit lechzen sie
nach Feuer.

To Guillaume Apollinaire (1880–1918)

Mourning the lion's shrunken world
in a zoo in central Europe, you
showed empathy where lions don't feel any.

Had you noticed how even in zoos
the animal basks and prowls and rips flesh
from the ribcages cheaply tossed at its feet,

the fall that lion in Hamburg represented
might not have saddened you. What's sad
is the indomitable clutch of Spanish flu:

your breath's failure shown on the mirror;
the invisible jaws clamped tight
on your throat; your face's final O.

An Guillaume Apollinaire (1880–1918)

Trauer um des Löwen geschrumpfte Welt
in einem Zoo in Mitteleuropa, die äußertest du
während es den Löwen selbst völlig an
Mitgefühl mangelt.

Hättest du bemerkt, wie selbst in den Zoos das
Tier sich sonnt,
wie es schleicht und das Fleisch aus den ihm
achtlos
vor die Füße geworfenen Brustkörben reißt,

hätte dich der Fall des Hamburger Löwen
wohl nicht traurig gestimmt. Eigentlich traurig,
hingegen,
ist der eiserne Zugriff der spanischen Grippe:

der im Spiegel sichtbare Hauch deiner Atemnot;
die unsichtbaren, deinen Hals umklammernden
Fänge;
dein im O erstarrtes Gesicht.

Übersetzungen:

Gerburg Garmann (University of Indianapolis/USA)



Rebecca Watts, 30, ist Lektorin in Cambridge/England. Ihre Gedichte sind in mehreren britischen Literaturmagazinen erschienen und werden im kommenden Jahr in der Anthologie "New Poetries VI" veröffentlicht.

ROSEN UND IHRE FOLGEN

Richtig und Falsch

von Maja Das Gupta

Man kann das Falsche mit dem Richtigen tun.
Man kann das Falsche mit dem Falschen tun.
Man kann das Richtige mit dem Falschen tun.
Man kann das Richtige mit dem Richtigen tun.

Wenn man alle Kombinationen durch hat, hält man die Liebe für einen Zahlencode. Schwer zu knacken. Aber möglich. Unmöglich? Beweisführung: Das Falsche mit dem Richtigen. Zunächst ist zu sagen, dass es „den Richtigen“ gar nicht gibt. Er wird durch die falschen oder richtigen Dinge, die man mit ihm tut, richtig oder falsch. Das entlastet nicht gerade. Das Falsche mit dem Richtigen, der dadurch nicht der Richtige wurde, muss es heißen. Allerdings gibt es die These, dass mit dem Richtigen nichts falsch ist. Richtig?

Er hieß Richard und hätte der Richtige sein können – schon im Namen angelegt. Wir lernten uns an einem schwülen Sommernachmittag kennen. Es war drückend. Er war entzückend. Das Falsche bestand einzig und allein in meiner Stimmung. Die Damen hatten im Fußball verloren. „Ich finde ja Frauenfußball lächerlich.“ „Was?“ Das falsche Thema mit dem richtigen Mann muss nicht, aber kann zu einer Katastrophe führen. „Was studierst du?“ „Habe. Ich bin fertig. Gender Studies.“ „Ach ja. Ich finde, die Frauen sollten, wenn sie das nächste Mal spielen, nach dem Spiel ein Schild hochhalten, auf dem Equal Pay

steht.“ Er versucht zu punkten, indem er klaut. Ich hab das auf Youtube gesehen. Augstein sagt das zu Blome. „Augstein gegen Blome“.

„Was?“ „Das, was du sagst.“ Ganz falsch. Lächeln, ignorieren, Thema wechseln. Und es kann richtig werden. So wird alles falsch. Nun behauptet er, die Quelle nicht zu kennen und wird rot dabei. Er lügt. „Gib’s einfach zu.“ „Was soll ich zugeben? Ich kenn die Sendung nicht. Ich sehe kaum fern.“ Autsch. Wenn jemand in diesem Ton zu dir sagt, dass er kaum fernsieht, ist das eine Ohrfeige. Er will sagen, dass er deinen unkontrollierten Medienkonsum, der dich langsam aber sicher verdummen lässt, nicht teilt. Er steht meilenweit über dir. Was der Richtige nie tut. „Fern? Du siehst noch fern?“ Unter diesen Umständen kann ich nicht anders als zurückzuschlagen. Seine Ohren sind nicht mehr nur rot, sie bekommen Ausschlag. „Nur bei meiner Oma.“ Er besucht seine Oma! „Wo wohnt die denn?“ „Paar Straßen weiter.“ „Und wie oft bist du da?“ „Jeden Tag.“ Er geht jeden Tag zu seiner Oma? Wie ein Schulkind? „Sie ist pflegebedürftig.“ Er spricht von seiner Oma und ich beiße in das inzwischen verkohlte Steak, das er mir vom Grill gehoben hat. Er hat es verkohlen lassen, während wir sprachen. Es ist klein und hutzelig. Seine Stimme kommt von ferne, während ich das Schwarze entferne. „Ich kenne das“, sage ich kauend.



Und dann beginne ich, ihm von Pflegestufen zu erzählen und wie sie aufeinander aufbauen. Meine Oma war auch pflegebedürftig, ich weiss Bescheid. „Und zuletzt, als sie nicht mal mehr ihren Rollator, sondern nur noch im Rollstuhl... Hallo? Hallo?“ Das gibt's doch nicht. Wenn er von seiner Oma spricht, ist es in Ordnung. Wenn ich das tue, ist es das nicht? Er ist gegangen. Er ist einfach gegangen. Schlimmer. Er spricht mit der Frau in Hotpants. Wann ist er von hier weg und dorthin gegangen? Sind Hotpants der Konversation förderlich? Seine Ohren haben wieder eine normale Farbe angenommen und ich nehme mir ein zweites Steak, das mir diesmal nach dem Aufschneiden rosig entgegen schimmert. Sprich nie über Krankheiten. Weder von Verwandten noch eigene. Ich denke noch über eigene nach, da steht ein weiterer Grillmeister vor mir. „Noch Fleisch?“ „Ach“, sage ich. „Ich weiß nicht. Hast du 'Tote Oma'?“ „Tote Oma?“ Nun weiß wieder jeder, dass ich aus dem Osten komme bzw. meine Mutter. Oder? Besteht die Chance, dass er das nicht kennt? Ich erzähle ihm ausführlich, wie das Gericht aussieht. Danach spricht auch er mit der Frau in den Hotpants. War es nun das Ost-West-Ding oder war ihm das Essen zu heftig? Habe ich es zu genau beschrieben?

Egal. Er war sowieso komplett uninteressant. Hat eine Küchenschürze um. „Hier kocht der Hausherr selbst“, steht darauf. Ja dann. Das Falsche mit dem Falschen ist keine große Kunst. Es entsteht, wie man ohne Zweifel sieht, von ganz allein. Eine größere Kunst ist es, das Richtige mit dem Falschen zu tun. Um dies genauer darzustellen, muss ich ein wenig ausholen. Ort des Geschehens bleibt der inzwischen stark grillverhangene Garten. Ich habe weiterhin ein Kleid an, das von Rosen übersät ist. „Man weiß nicht genau, ob ein

Rosenbeet das Kleid an sich gerissen und rosig geküsst hat oder ob das Kleid mit dem Rosenbeet konkurrieren will. Eins aber ist gewiss: Beide verlieren gegen die Schönheit, die es trägt.“ Was war das? Ein Kompliment. Und was für eins. Was tue ich jetzt? Ich meine: Was tue ich jetzt? Ich lächle und zitiere Shakespeare: „Shall I compare thee to a summer's day. Thou art more lovely and more temperate.“

Damit hat er nicht gerechnet. Blumenkomplimente, Vergleiche mit den Jahreszeiten und Ähnliches gehen, ich sehe es an seinem Gesicht, von einer Richtung in die andere, von der männlichen in die weibliche. Ich seufze. Jemand, der mich verstünde, der meine Seele buchstabieren kann, erschauerte bei meinen Worten. Dieser tut es nicht. Ich tue das Richtige mit dem Falschen.

Das Richtige mit dem Falschen, Fortsetzung: Wir stehen im Gemüsegarten und küssen uns. Wie genau ist es dazu gekommen? Keiner von uns kann hier über Blumen sprechen. Das Ganze fing mit einem Gespräch über Radieschen an. „Findest du nicht auch, dass Radieschen eine ganz eigene Farbe haben?“ „Sie sind ... pink?“ „Nicht wirklich. Das ist ein pink, das ein rot werden wollte.“ Ich weiß wieder, dass Highheels lebensgefährlich sind. Ich verliere zu schnell den Halt in ihnen, wenn ich lachen muss. Und so kippe ich in das Gemüsebeet. Er sieht es als Aufforderung. Mir die Hand zu reichen. Ich bin gehässig an diesem Tag, statt mich festzuhalten, ziehe ich. Er hat zwar das Falsche gesagt, was bedeutet, er könnte in die Rubrik „das Falsche mit dem Falschen“ gelangen. Aber nun tut er das Richtige: Er lässt sich fallen. Mein Rosenkleid ist von oben bis unten mit Erde beschmutzt. Wir lachen. Wir rollen uns in der Erde hin und her. Dann küssen wir uns. Ich sehe



ein Tattoo auf seiner Brust. Er trägt Jesus mit sich spazieren. Er fängt meinen Blick auf und reißt das Hemd weiter auf – hier ist noch eins. „Wer ist das?“, frage ich. „Meine Mutter“, sagt er. Er ist Spanier. Entschuldigt das alles? Wir können nicht mehr in den Garten zurück. Überall klebt Erde.

„Komm mit zu mir.“ Duschen muss ich, da führt kein Weg dran vorbei. Ich lache. Ziehe endlich die Schuhe aus. Wir steigen über den Gartenzaun. Er wohnt nicht weit entfernt. Das Wasser prasselt auf uns herunter, treibt uns die letzten Erdkrumen aus. „Normalerweise steige ich nicht gleich mit jemandem unter die Dusche“, höre ich mich sagen. Warum sage ich das? Weil es stimmt? Weil er wissen soll, dass ich nicht – ? „Ich weiß.“, sagt er. „Du bist ein anständiges Mädchen. Sieht man sofort.“ Ist das die richtige Antwort? „Komm ins Bett.“ Habe ich das gesagt? Wir liegen in seinem Bett. Er holt Marihuana raus. „Ich kiffe nicht.“ „Das ist schade.“ Er kiffte und wird davon albern. Ich denke darüber nach, wie sich das Richtige so schnell wieder in das Falsche verwandeln konnte. Da nehme ich doch einen Zug. „Mir wurde sonst immer schlecht davon. Allerdings ist heute so ein schlechter Tag, dass es auch schon egal ist.“ „Warum schlecht?“ „Die Frauen haben im Fußball verloren.“ „Shit.“ Ich kuschele mich an seine Seite, weiß kurz nicht, ob ich mich für Jesus oder Mama entscheiden soll, und warte auf die Wirkung. Muss ich wieder gleich ins Bad rennen? Nein. Muss ich nicht. Während er vor sich hin kichert, werde ich schläfrig. „Bleib hier.“ „Nein. Ich muss nach Hause.“ „Warum musst du nach Hause?“ „Katze füttern.“ „Du sagst mir, wo du wohnst und ich hole deine Katze hierher.“ Warum sagt er immer solche Dinge, auf die sonst keiner käme?

Ich gebe ihm meinen Wohnungsschlüssel und beschreibe den Weg. Nach vierzig Minuten ist er wieder da. Meine Katze, die ich aus Spaß Kater nenne, rollt sich zwischen uns auf dem Bett zusammen. „Was ist das? Sie schläft mit dir in einem Bett?“ „Irgendeiner muss ja“, sage ich. „Und wie sollen wir da Liebe machen?“ „Bitte?“ „Liebe machen, Sex haben, vögeln, ich weiß nicht, was du dazu sagst.“ „Ich nenne es: die Blume pflücken.“ Ich kichere. Die Schläfrigkeit ist fort. Er ist ehrlich besorgt. „Als ich vorhin wollte, wolltest du rauchen.“ Wir klingen wie ein altes Ehepaar, denke ich. Der falsche Dialog mit dem Falschen. Oder der richtige Dialog mit dem Falschen. Oder wie war das doch gleich? „Die Blume pflücken?“ Er versteht es nicht. Ach, er war ja gar nicht derjenige mit dem Blumenkompliment. Das war Richard, bevor er zu Miss Hotpants ging. Oder doch nicht? Ich kann mich nicht mehr erinnern. „Du bist müde. Du schläfst.“ Das Großartige an spanischen Männern ist, dass sie dich für eine Art Auto halten und glauben, sie sitzen am Lenkrad. Es ist deswegen so großartig, weil es eine ständige Quelle der Heiterkeit ist. Und des Zorns. „Sag mir nicht, wann ich müde bin. Ich weiß selbst, wann ich müde bin.“ Ich merke nicht, dass ich mitten im Satz einschlafe. Das erzählt er mir am nächsten Morgen. Will ich das hören?


„Und dann, peng, bist du mitten im Satz eingeschlafen.“ Peng. Ich kann mich nicht in Männer mit der Wortwahl eines Vierjährigen verlieben. Wer spricht von verlieben? Ich drehe mich um und sehe in Mamas Gesicht. Sie hat die Augen offen. Erst seit kurzem, hat er mir erzählt. Beim ersten Tattoo hielt sie die Augen geschlossen. Er hat drüber tätowieren lassen, weil er sie mit offenen Augen auf seiner Brust durch sein Leben tragen wollte. Mit dem Erfolg, dass sie mich nun ansieht. Was



machst du bei meinem Sohn?, scheint sie zu fragen. „Nichts. Wirklich gar nichts.“ „Mit wem redest du?“ Soll ich das sagen? Ist es das Richtige? Das Falsche? Zu früh? „Mit deiner Mama?“ „Mit Mama?“ „Soll ich lieber mit Jesus reden?“ Er lacht und setzt Kaffee auf. „Willst du?“ Er hat sich einen Joint gedreht. „Nein danke. Fängst du damit jeden Morgen an?“ „Nur, wenn es ein guter Morgen ist.“ „Und wann ist es ein guter Morgen?“ „Wenn ich neben einer Frau aufwache.“ „Und kommt das oft vor?“ Meine Fragen bohren Löcher in die Bettdecke. Oder ist es die Asche, die ich fallen lasse. „Was ist schon oft.“ Ich gebe auf und gehe duschen. Als ich zurück komme, liegt ein Fotoalbum auf dem Bett. „Kann ich ein Foto von dir machen?“ Er zeigt auf seine Polaroid. „Wozu?“ Er zeigt mir das Fotoalbum. Es ist voller Frauen. Bei manchen stehen Daten. „Das ist nicht dein Ernst.“ „Wie? Schöne Frauen. Ich schreibe hier auf, die schönen Momente im Leben.“ „Und warum das Datum?“ „Damit ich die Tage nicht vergesse. Gute Tage. Es ist Wertschätzung der guten Tage. Mach es wie die Sonnenuhr, zähl die heitren Stunden nur.“ Er sagt diesen Poesiealbumsatz, den er, wie er sagt, im Sprachkurs gelernt hat. Ich klappe das Buch zu. Ist er der Falsche, weil er so ein Buch hat? Er versteht mich nicht, versteht nicht, warum ich böse bin, wie er sagt. „Frag Mama. Oder Jesus. Einer von beiden weiß es bestimmt.“, sage ich. Ich nehme meine Katze und gehe noch vor dem Kaffee. Das war eine Mischform zwischen Richtigem und Falschem, beschließe ich. Natürlich gibt es Abstufungen. Grauformen. Vielleicht sollte ich nicht so streng sein.

Habe ich nicht eine Weile unfreiwillig T-Shirts gesammelt? Der Abend wird lang, man übernachtet, bekommt ein Schlafhemd. Am nächsten Tag hat es sich aus Versehen zwischen die eigenen Sa-

chen gedrängt. Als ich zu Hause bin, durchstöbere ich meine Sachen. Ich finde vier T-Shirts, die nicht mir gehören. Ich nehme Dartpfeile und nagele die Shirts an die Pinbord. Ich überlege kurz, ob ich Namen drüber schreiben will. Frage mich, ob mich das verändert. Ich probiere es aus. Es scheitert daran, dass ich die Namen nicht mehr alle weiß. Wenn ich den Namen nicht mehr weiß, nehme ich die Haarfarbe. Ich schreibe also braun und blond über zwei der T-Shirts. Befriedigt betrachte ich mein Werk: Ist das Rache? Jedenfalls schmeckt etwas süß. Vielleicht ist es auch der Nachgemack des Joints. Es klingelt an der Haustür. Ich öffne. Es ist Richard. Ich habe etwas vergessen, gestern. Sagt er. In seiner Hand liegt das Frisbee, das ich mitgebracht hatte. „Lust auf eine Runde?“ „Ich bin müde.“ „Frauenfußball im Fernsehen gestern?“ „Meinst du, die spielen nachts?“ „Ich kenne mich weder mit Männer- noch mit Frauenfußball aus. Wenn ich deine weibliche Ehre gekränkt habe, tut es mir leid.“ Meine weibliche Ehre. Was für eine Formulierung. „Was wäre das im Unterschied zu männlicher Ehre?“ „Keine Ahnung. Die Welt ist kompliziert geworden. Dachte, ich sage das so. Um nicht wieder was Falsches zu sagen. An sich finde ich Ehre so oder so doof. Ob weiblich oder männlich. Womit ich nicht sagen will, dass ich nicht bedaure, dass ich dich gekränkt habe. Weil ich es lächerlich fand. Den Frauenfußball, meine ich.“ Sag jetzt einfach nichts, denke ich. „Eine Runde können wir spielen. Hier um die Ecke.“ Wir gehen in den Park.

Wir spielen. Und spielen. Und spielen. Wir atmen und spielen. Wir reden nicht. Und ich weiß: Solange die Scheibe in der Luft ist, kann nichts passieren. Solange die Scheibe in der Luft ist, ist alles möglich. 



UNTERWEGS IM BALKAN

Wanderung in den Frieden – und zu sich selbst

Wo immer von mehrwöchigen Wanderungen die Rede ist, den Jakobsweg nach Santiago de Compostela kennen alle. Aber es gibt einen neuen internationalen Weg, den zu erwandern es sich ebenso lohnt. Er führt durch drei kriegsversehrte Länder – als Friedensweg. Volker Isfort hat im letzten Sommer eine erste mehrtägige Etappe erkundet und war begeistert. Die nächste Etappe soll diesen Sommer folgen.

Von Volker Isfort

Die meisten Wanderungen führen zu sich selbst. Egal ob sich Menschen auf den Jakobsweg begeben, zu Fuß die Alpen überqueren, oder ihre Grenzen auf den legendären Fernwanderwegen GR 10 in den Pyrenäen oder GR 20 auf Korsika austesten. Stets geht es um das Einssein mit der Natur, das Ausklinken aus dem Alltag, den Reset für den stressgeplagten Menschen, der seine Akkus aufladen möchte.

Seit 2011 gibt es allerdings einen Wanderweg, dessen Errichtung allein schon ein Erfolg ist und der sich ein ganz hehres, politisches Ziel setzt: Das Peak of The Balkans Projekt soll ein kleiner Baustein sein zur Normalisierung der nachbarschaftli-

chen Beziehungen zwischen Albanien, Montenegro und dem Kosovo. Der 192 Kilometer lange Weg durch die entlegensten Regionen der dinarischen Alpen führt in Etappen von Theth (Albanien) über Plav (Montenegro) bis nach Pejë im Kosovo und sollte für jeden ambitionierten Wanderer, der auch achtstündige Etappen mit über 1000 Höhenmetern Anstieg bewältigt, zu schaffen sein. Es sind aber auch Teilbegehungen der Strecke problemlos möglich.

Ermöglicht hat das Projekt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

*Blick zurück auf die Hochalm im albanischen Doberdol.
Von hier ist man in einer Wanderstunde im Kosovo oder in Montenegro.*



lung (BMZ). In jüngster Zeit hilft aber auch der Summit Club des Deutschen Alpenvereins und versucht mit Regionalbehörden die Infrastruktur, Logistik und Markierung der Wege zu verbessern.

Vor allem aber geht es um den Abbau von Vorurteilen, nicht nur bei den Nachbarn untereinander, sondern bei den westlichen Wanderern, deren Bilder von den „wilden Schluchten des Balkan“ und dem „Land der Skipetaren“ meist eine Mischform aus Karl May und Balkankrieg sind. Zuletzt hat der Kosovo-Konflikt das Image der Region stark belastet. Das kann jeder überprüfen, der Freunden davon erzählt, eine Trekkingreise in diese Region unternehmen zu wollen.

Wir haben uns im vergangenen Jahr fünf Tage auf Wanderung begeben – und vorweg gesagt: Dieses Jahr wird der Trail fortgesetzt. Denn selbst wenn die westliche Presse meist wenig erbauliche Nachrichten aus der schwer geprüften Region vermeldet, so sind sich Tourismusfachleute einig: Der Balkan ist eine Wanderregion der Zukunft. Die wilde Schönheit der spektakulären Natur und die dünne Besiedelung machen die Gebiete zu einem Paradies.

Weitgereiste, mehrsprachige Leute sind hier selten, aber es gibt sie

Im kleinen, öffentlichen Reisebus vom albanischen Shkoder geht die Fahrt in die Bergregion. Wir treffen Rosa, die in Shkoder eine Reiseagentur betreibt und aus dem Bergort Theth stammt. Aufgewachsen ist sie dort als Tochter eines Dorflehrers, quasi im Mittelalter, wie sie lachend erzählt, im fast 50 Jahre währenden Steinzeitkommunismus von Enver Hoxha, der in seiner politischen Paranoia Albanien von der Welt abschloss und 700 000 Ein-Mann-Bunker im ganzen Land errichten ließ. Heute spricht Rosa mehrere Sprachen fließend, ihre Geschwister wohnen verstreut in ganz Europa und ihre genauen Kenntnisse der Region hat auch schon ein deutsches Filmteam genutzt, das 2010 den Kinofilm „Der Albaner“ in den Dinarischen Alpen drehte. Ursprünglich war Theth als Drehort vorgesehen, die mangelnde Stromversorgung zwang Regisseur Johannes Naber schließlich auf Valbone auszuweichen, den Zielort der ersten Etappe des Peak of the Balkans Trail. Einem Ort mit mehreren Ho-

tels und einer acht Kilometer langen Asphaltstraße – eine Rarität.

Von Shkoder führt eine steile Passstraße nach Theth, halb Piste halb Baustelle, aber wenn man nach schwindelerregender Fahrt auf fast 2000 Metern den Grat erreicht hat, stockt einem der Atem. Wie weggeblasen sind die Reiseindrücke vom Betonmoloch Tirana und dem boomenden Shkoder. Jetzt endlich ist man in der Region, wo jeder Reiseführer mit einem seitenlangen Essay über die albanische Blutrache beginnt. Ein finsterner Mythos, der aber nun Vergangenheit ist.

„Jahrhundertlang herrschte hier ein tradiertes Rechtssystem, das Gewohnheitsrecht, den Kanun, der die Konflikte, aber auch die Blutfehden zwischen den Familien regelte“, schreibt Erich Rathfelder in seinem lesenswerten Buch „Kosovo“ (Edition Suhrkamp). „Ab 1990 setzten sich Studenten und Professoren der kosovarischen Untergrunduniversität dafür ein, die Blutrache zu beseitigen. In mehr als tausend öffentlichen Verfahren wurden vor zum Teil großem Publikum bis 1992 die Streitigkeiten zwischen den Familien verhandelt und eingestellt.“ Weitaus „bedrohlicher“ für die Touristen scheint heutzutage allerdings die überbordende Gastfreundschaft zu sein, die keine Rücksicht auf die Tageszeit nimmt: Der obligatorische Pfaumenschnaps, der Raki, ist Pflicht, nicht nur bei der Begrüßung.

Ein noch unbekanntes Eldorado für Bergsteiger und Kletterer

Der Tourismus kommt langsam nach Theth, das von 2500 Meter hohen Zinnen überragt wird.



Fahrt mit dem öffentlichen Minibus ins Gebirge auf abenteuerlichen Pisten, von Shkoder nach Theth.

Eigentlich ein Eldorado für Bergsteiger und Kletterer mit gehobenen Ansprüchen, aber noch wissen das nur wenige. Wer die überlaufenen „Trampelpfade“ der westlichen Alpen kennt, kann sich hier vergleichsweise als Pionier fühlen. Die Entwicklung eines nachhaltigen Outdoor- und Bergtourismus will der Deutsche Alpenverein nun beflügeln – auch durch den Ausbau von Gästehäusern.

Noch sind die Übernachtungsmöglichkeiten abseits der Zentren wie Theth, Valbone oder des kosovarischen Rugova Tals sehr spärlich. Im albanischen Cerem etwa räumte uns der Grenzpolizist Kujtim Gocay sein Zimmer, er betreibt ein Guesthouse, in das sich allerdings in der Sommersaison 2013 nur alle paar Tage Wanderer verirren. Rund 30 Euro pro Person kosten die Übernachtungen auf dem Trail, dazu wird man üppig verpflegt, mit allem, was die regionale Küche hergibt: Ziegenkäse, Paprika, Gemüse, Salami, Joghurt, Honig, Brot und natürlich Raki.

Trotz ersten Markierungen, ohne GPS ist die Orientierung hier schwierig

Dass die GIZ jede Tagesroute auf dem Balkan-Trail in ein gutes Dutzend GPS-Wegpunkte unterteilt, hat seinen Grund. Denn die alten Schäfer- und Schmugglerpfade sind nicht immer so markiert, wie man es vielleicht in der Schweiz

oder in Österreich gewohnt ist. Vor allem an Weggabelungen ist man ohne GPS-Gerät häufig ratlos. Wir hatten das Glück, zur Blaubeerernte im August durch den Balkan zu streifen. Dann trifft man überall auf Menschen, die von den Hochalmen aus ausschwirren, bewaffnet mit Eimern und eisernen Krallen, mit denen sie die Beeren vom Strauch kratzen. Einen Euro bekommen sie pro Kilo, gut 20 Kilo Ernte am Tag sind möglich. Ein kleines Vermögen – und auch ein Problem. Denn die Pflücker halten sich nicht an die Landesgrenzen im spärlich besiedelten Gebiet. Immer wieder scheucht etwa die montenegrinische Polizei Menschen zurück auf die albanische Seite. Doch ist der Blaubeerdiebstahl geradezu rührend harmlos, verglichen zu den Schrecken, die sich im Kosovokrieg in den Bergen abspielten, als sich 1998/99 Hunderttausende albanische Kosovaren vor der serbischen Offensive in die Berge schlugen und versuchten, die Grenzen zu überqueren. Noch immer ist es in manchen Regionen nicht unbedingt ratsam, die Wanderpfade zu verlassen, nicht alle Hänge sind (angeblich) von Minen geräumt, die von der serbischen Armee hier vergraben worden sind.

Der Krieg im Kosovo ist Geschichte, aber zwischen dem Kosovo und Montenegro sind auch heute noch nicht alle Grenzfragen geklärt und nicht alle Verbindungsstraßen wieder geöffnet.



Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht: In diesem Straßencafé in Cerem gab es sehr guten Kaffee!

Das aber scheint den Schmuggel nicht zu unterbinden: Der Kosovo mit den angrenzenden Regionen gilt nach Einschätzung der amerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) als wichtigste europäische Drogentransitstation für Heroin aus Afghanistan.

Ein Abstecher per Bus nach Prizren im Kosovo lohnt sich auf alle Fälle

Ist man also blauäugig, wenn man auf knapp 2300 Metern Höhe, im Dreiländereck oberhalb von Doberdol einfach überwältigt ist vom Blick in die grünen Weiten und unendlichen Gebirgsketten? Jedenfalls ist der Peak of the Balkans Trail die schönste Form der Völkerverbindung, und sie hält täglich Überraschungen bereit. Denn auch mitten im Wald trifft man in einfachen Holzhütten auf Menschen, die ganz selbstverständlich auf Deutsch oder Englisch von ihren jahrelangen Erfahrungen im Ausland berichten. Hinterwälderisch hingegen, so merken wir schnell, waren allein unsere Vorbehalte über die Gefährlichkeit der Region für Touristen. Der Peak of the Balkans Trail ist ein alpiner Lehrwanderweg der ganz anderen Art.



Diese schöne Dorfkirche steht in Theth.




Die Dorfjugend von Doberdol hat sich im Guesthouse eingefunden und freut sich über Abwechslung, denn Wanderer kommen hier immer noch selten vorbei.

Vom kosovarischen Rugova Tal aus bietet sich eine Unterbrechung der Wanderung an, denn in nur wenigen Busstunden ist Prizren, die architektonische Perle des Kosovo, zu erreichen. Hier haben die deutschen KFOR-Truppen ihren Sitz – und bald nach Auftragsbeginn erst einmal die Trinkwasserversorgung wieder hergestellt, das Müllproblem eingedämmt und ein Einbahnstraßensystem für die kleinen Altstadtgässchen eingeführt. Vor allem aber ist Prizren mit seinen wieder aufgebauten, historischen Häusern unterhalb einer großen Festungsanlage, seiner regen kulturellen Szene, einem internationalen Filmfest und dem beachtlichen Nachtleben, auch ein Ort mit Symbolkraft. Abends, wenn sich auf dem



Der obligatorische Begrüßungs-Raki: Der Polizist Kujtim Gocay betreibt mit seiner Mutter ein Guesthouse in Cerem. Wenn Gäste kommen, räumt er sein Zimmer.

Hauptplatz die Cafés um den zentralen Brunnen gefüllt haben, kann man auch die deutschen KFOR-Soldaten beim Schlendern durch die Altstadt beobachten. Sie sind ein beliebtes Fotomotiv der Kosovaren, die sich gerne zum Gruppenbild zwischen die Soldaten stellen. Ein gemeinsames

Lachen, ein Handschlag. Vielleicht gibt es für diese schwer geprüfte Region ja doch die Chance auf einen dauerhaften Frieden. 

Informationen zur Wanderung unter <http://www.peaksofthebalkans.com>

See von Plav in Montenegro, eine Tagesetappe von Doberdol entfernt.



Die Gasthütten von Valbone sind sehr empfehlenswert.



Ein Essen ohne Paprika ist auf dem Balkan fast unmöglich.

(alle Fotos von Volker Isfort)

HANNES REEH – WINZER UND REBELL

Zwischen Mozart und Nirvana

Von Rudolf Schröck

Die Geschichte klingt wie im Märchen. Es war einmal ein Junge, der an der österreichisch-ungarischen Grenze aufwuchs. Am Neusiedler See. In Andau, einer Marktgemeinde mit knapp 2500 Einwohnern. Es ist der heißeste Ort des ganzen Landes, 2400 Sonnenstunden im Jahr, wenig Regen, kaum Schnee – und das in einer Alpenrepublik, die gerade bei den Olympischen Winterspielen im russischen Sotschi wieder Mal vier Goldmedaillen im Skisport gewonnen hat. Der „Seewinkel“, in dem Hannes Reeh groß wurde, ist so etwas wie die Fortsetzung der ungarischen Puszta auf österreichischem Boden. Viel Sand und viel Schotter. Ein herber Landstrich, dem die Winzer seit vielen Jahrzehnten einen erstklassigen Wein abgerungen haben. Keinen Wein der lieblichen und süßen Sorte wie an den Bilderbuch-Weinbergen von Rhein und Mosel. Dafür hervorragende Trockenbeerauslesen und den berühmten roten Zweigelt.



Ein Winzer der etwas anderen Art: Hannes Reeh.

Dies alles muss man wissen, wenn man Hannes Reeh begreifen will. „Ich bin ein Kind dieser Gegend. Meine Vorfahren haben als Landwirte schon immer Trauben verkauft, gekeltert und

später Wein angebaut“, sagt er im Gespräch mit der GAZETTE. „Deshalb war es für mich auch klar, dass ich auf ein Gymnasium gehe, wo man Önologie studieren kann.“ Önologie kommt aus

Der langgezogene Flachbau passt gut in die Landschaft am Neusiedler See: das Weingut der Familie Reeh in Andau.



dem Griechischen und bezeichnet die Lehre vom Weinbau. In ganz Deutschland, und wahrscheinlich auch in der Schweiz, gibt es kein einziges Gymnasium mit einem Leistungskurs für Önologie. In Österreich schon, konkret in Kloster Neuburg an der Donau. Aber das verwundert nicht, wenn man weiß, dass die besten österreichischen Nachwuchstalente, die auf zwei Brettern einen Berg hinunterwedeln können, in spezielle „Ski-Gymnasien“ gesteckt werden. Warum also nicht auch Weinbauern-Kinder in ein Gymnasium für Önologie? So machte folglich auch Hannes Reeh sein Abitur (oder wie man in Österreich sagt: „die Matura“) im önologischen Gymnasium von Kloster Neuburg. So weit, so unspektakulär.

Doch der Weinbauern-Bub aus dem Burgenland, aus dem letzten Straßendorf vor der ungarischen Grenze, war so gar nicht der angepasste Typ aus der tiefen Provinz am Neusiedler See. Die Haare trug er schulterlang, Jeans, T-Shirt und Lederjacke waren selbstverständlich, und ein Trachtenanzug mit Haferlschuhen war einfach nicht sein Ding.

Musikalisch hielt er nichts vom Musikantenstadl, dem Jodeln und von Hansi Hinterseers heiler Tiroler Bergwelt. Dafür umso mehr von Sting und den Rockern von „Police“. „Ja, und dann

kam der Grunge, und dann kam Nirvana“, sagt Hannes Reeh und lacht. „Grunge“ (zu Deutsch: „Schmuddel“, „Dreck“), das war der abgefahrene Stil der 1990er-Jahre. Und die Punkrocker von „Nirvana“ mit ihrem legendären Leadsänger Kurt Cobain waren die absoluten Kings der Szene. Nur sieben Jahre währte der Höhenflug dieser Band, die 75 Millionen Tonträger weltweit verkaufte und sich 1994 nach dem Selbstmord Cobains (der nur 27 Jahre alt wurde) auflöste. Am Terminal 1 des ehemaligen Flughafens in München-Riem spielten sie übrigens ihr letztes Konzert. „Für mich war Nirvana die coolste Band, die es gab, und ihr Album ‚Unplugged‘ war einfach nur geil“, erinnert sich Hannes Reeh an seine wilden Jahre als Punkrocker.

„Unplugged“! Da war doch was? Da ist doch was geblieben, Herr Reeh? „Ja, das stimmt“, sagt er. „Ich habe meine Spitzenweine bis heute unter dem Label ‚Unplugged‘ auf den Markt gebracht. Das wird auch immer so bleiben – sozusagen in Memoriam für Nirvana.“ Der junge Rockmusik-Fan ging beruflich konsequent seinen Weg. Nach einem siebenmonatigen Auslandsaufenthalt auf einem Weingut in Australien arbeitete er viereinhalb Jahre als Kellermeister bei John Nittnaus, einem der besten und kreativsten Winzer aus dem Burgenland. Als er 2007 den väterlichen Betrieb in Andau übernahm, war die Anbau-Fläche für



Die legendäre Rock-Band „Nirvana“. Links im Vordergrund: Frontmann Kurt Cobain.

die Rebsorten Zweigelt, Blaufränkisch, Cabernet Sauvignon, Merlot, Chardonnay und Welschriesling mit acht Hektar noch relativ überschaubar. Heute verarbeitet Hannes Reeh mit seinem Team eine Anbaufläche von annähernd 60 Hektar. Zwischen 400 000 und einer halben Million Flaschen Weiß- und Rotwein jährlich produziert der heute 33jährige Winzer, den die österreichische Fachpresse zum „Senkrechtstarter vom Neusiedler See“ gekürt hat. Hannes Reeh hat seine Weine in drei unterschiedliche Linien eingeteilt. Klassik umfasst die sortenreinen Weine, die für den fröhlichen Trinkgenuss stehen. Würde man sie musikalisch definieren müssen, dann klingen (oder schmecken) sie nicht nach Rockmusik, sondern viel mehr nach Mozart – wie es ich für einen österreichischen Winzer gehört. Heideboden bezeichnet zwei charmante Cuvées in Rot und Weiß – auch in Deutschland gefragte Weine, die das günstige Klima der Lage im Seewinkel repräsentieren. Und Unplugged nennt Reeh seine Spezialitäten, die ohne jeden „Schnick-Schnack“ (wie Reeh betont) produziert werden.

Womit sich wieder der Kreis zur Musik schließt. Beim Rock heißt „Unplugged“ jene Live-Musik, die ohne Verstärker, ohne technische Hilfsmittel und ohne Synthesizer auskommt. Und beim Wein? Hannes Reeh kurz und klar: „Kei-



ne Schönungsmittel, keine Enzyme, keine Geschmacksverstärker, keine gezüchteten Hefen. Wir arbeiten mit Gründüngung und weitgehend ohne Spritzmittel – Natur pur im Weinglas.“ (Für interessierte Weinliebhaber an dieser Stelle der obligatorische Preisservice: zwischen 7 Euro pro Flasche für den normalen Trink- und Tischwein bis hin zu 22 Euro für „Unplugged“-Spitzenweine.)

In Österreich sind Reehs Weine mittlerweile zu Hits geworden. In der Schweiz ist der unkonventionelle Winzer, der zu Verkostungen nie in Anzug und Krawatte, dafür im Freizeit-Look und mit schulterlangen Haaren auftritt, bereits mehr als ein Geheimtipp. „Die Schweiz ist mittlerwei-




Im Weinkeller von Hannes Reeh lagern die Barrique-Fässer mit „Unplugged“ zum Reifen.

le unser wichtigstes Exportland. Der ‚Unplugged‘ verkauft sich seit unserer Präsentation in Zürich mit Live-Musik und völlig ungezwungenem Genießer-Ambiente hervorragend.“ Auch in New York, Shanghai, Tokio, Singapore, Oslo oder Prag ist der Rebell, der aus dem Nirvana kam, ein gefragter Wein-Verkäufer. Nur in Deutschland, da hat Reeh ein spezielles Problem. Nicht mit seinen roten und weißen Rebensaften der Linien „Klassik“ und „Heideboden“. Aber ein Winzer aus Langenlonsheim an der Nahe hat seinen Riesling unter der Marke „Unplugged“ rechtzeitig registrieren und schützen lassen. Hannes Reeh: „Wir werden sehen, wie wir den Weinmarkt Deutschland erobern. Im Moment ist mein Label ‚Unplugged‘ in Deutschland verboten. Aber ich bin da ganz optimistisch.“ Ein Optimismus, den er mit gewollter Provokation verbindet, als er den österreichischen Winzer-Kollegen, die mit Massenproduktion ihren Profit machen, ins Stammbuch schrieb: „Wenn du 15 000 oder 20 000 Kilogramm pro

Hektar erntest, kriegst du einen Operettenwein. Wenn du aber nur 6000 Kilo produzierst, dann kommt was Gutes raus.“

Und was Gutes, das mag der Reeh. „Ich liebe Essen und Trinken in lustiger Gesellschaft, am besten mit Musik. So präsentieren wir auch immer unsere Weine. Das ist halt was ganz anderes, als mit abgespreizten Fingern und verkleidet in Smoking oder Abendkleid einen guten Tropfen zu verkosten.“ Er selbst, der sein Weingut mit der ganzen Familie führt (mit Vater, Mutter, Schwager, Schwester Kathrin, Lebensgefährtin Denise und seinem Opa, „der noch immer auf dem Traktor sitzt“), will seiner authentischen Art treu bleiben: „Man lebt nur einmal, das ist mein Motto.

Es wäre es ein Fehler, sich zu verbiegen oder irgendwelchen Modetrends hinterher zu hecheln.“ Unplugged eben – ganz wie sein Wein ... 



Maja Das Gupta ist Absolventin des Deutschen Literaturinstituts in Leipzig; mehrere Libretti für die Neuköllner Oper Berlin; mehrere Einladungen zu Theaterfestivals, Aufführungen u.a.: Der Nachlass (Hessisches Staatstheater Wiesbaden, Zappen! (Hörspiel, als Bühnenstück im Zimmertheater Tübingen), Hospitality Club (Barcelona), Abend in Cape Cod (Kammerspiele München), Sneak Preview (Hörspiel).

Fritz Glunk, Dr. phil., Gründungs-herausgeber der Vierteljahrszeitschrift „Die Gazette“ (Siehe unsere spezielle Würdigung auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe).

Sebastian Heselhaus, Prof. Dr. iur., geboren in Münster, Westfalen. Ordinarius für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern.

Volker Isfort, geboren in Marl/Recklinghausen. Studium Kommunikationswissenschaft, Politik und Romanistik in München und Pamplona. Seit 2002 Leiter der Kulturredaktion der „Abendzeitung“ München

Pia Johanna Jaeger, Politologin, lebt seit 2012 in Cambridge England und arbeitet an ihrer Promotion zum Themenbereich der Sozialen Gerechtigkeit. Mitglied der „Gazette“-Redaktion.

Robert Menasse, Dr. phil., Romancier und Essayist, lebt in Wien. Menasse wurden seit 1987 über zwei Dutzend Literatur-Preise, Stipendien und Auszeichnungen verliehen, darunter 2013 der Literaturpreis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung für sein Buch „Der europäische Landbote; Die Wut der Bürger und der Friede Europas.“

Christian Müller, Dr. phil., geboren in Wettingen (Schweiz), Studium (Geschichte, Staatsrecht, Germanistik) an der Universität Zürich, Zusatzstudium in Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen. 25 Jahre Journalismus und Redaktion, 20 Jahre Verlagsmanagement. Seit 2014 Chefredakteur der „Gazette“. Lebt zwischen der Schweiz, Italien und der Tschechischen Republik.

Jürg Müller-Muralt war nach dem Studium (Geschichte und Philosophie) Redakteur und Ressortleiter der Tageszeitung „Der Bund“ in Bern. Müller lebt in Unterseen/Interlaken (Schweiz) und arbeitet heute als freier Journalist für verschiedene Medien.

Rémi Noyon arbeitet als freier Journalist und Fotograf vor allem für die französische Newsplattform www.rue89.fr im Verbund mit „Le Nouvel Observateur“.

Stefanie Oswald, Dr. phil., Berlin, studierte Geschichte, Germanistik und Jüdische Studien. Arbeitet als freie Journalistin (u.a. Deutschlandradio, rbb) und Autorin. Zuletzt erschien von ihr, in Zusammenarbeit mit Ari Rath: Ari heißt Löwe (Zsolnay, 2012). Mitglied der „Gazette“-Redaktion.

Peter Schaper, Studium (Geschichte und Politische Wissenschaften) an der Leibniz Universität Hannover mit Abschlussarbeit zum Bosnienkrieg 1992-1995. Er arbeitet für die Neue Presse in Hannover.

Rudolf Schröck arbeitet als Journalist, Dozent und Autor von Biografien (Willy Brandt, Franz Josef Strauß, Richard von Weizsäcker, Charles Lindberg). Er lebt in München. Mitglied der „Gazette“-Redaktion.

Rudolf Walther, Dr. phil., geboren in Uznach (Schweiz). Studium (Geschichte, Philosophie, Germanistik) in Basel und Promotion in Frankfurt, wo er seit 1972 lebt. Nach der Promotion 18 Jahre lang Redakteur und Autor des „Lexikons Geschichtliche Grundbegriffe“. Seit 1993 freier Autor. Zuletzt von ihm erschienen: „Aufgreifen, begreifen, angreifen. Historische Essays, Porträts, politische Kommentare, Glossen, Verisse“; 3 Bände, 2011-13, Oktober Verlag Münster.

Carlos Widmann berichtete 30 Jahre lang für die „Süddeutsche Zeitung“ und war zwölf Jahre lang „Spiegel“-Reporter. Er arbeitet als freier Journalist und lebt in Paris und Acquafredda/Italien.

Impressum

DIE GAZETTE
KASTNER AG – das medienhaus
Schloßhof 2 – 6, D-85283 Wolnzach
Tel. +49(0)8442 9253-0, Fax +49(0)8442 2289, www.gazette.de

GRÜNDUNGSHERAUSGEBER: Dr. Fritz R. Glunk
CHEFREDAKTEUR: Dr. Christian Müller (Tel. +41 793005444,
E-Mail: cm@commwork.ch)
STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR: Rudolf Schröck
REDAKTION: Pia Jaeger (London-Korrespondentin), Dr. Stefanie Oswald (Berlin-Korrespondentin), Nikolai Podak
LAYOUT: Thomas Schwald
REDAKTIONSBEIRAT: Eva Herold-Münzer, Volker Isfort, Andreas Odenwald, Piero Salabè, Dr. Gernot Sittner, Christiane Wimmer, Frank T. Zumbach

ANZEIGEN: Ulrike Neumann
Tel. +49(0)8442 9253-645, E-Mail: uneumann@kastner.de
Preisliste 8, gültig seit 1. Januar 2014

ABO- UND EINZELHEFTBESTELLUNG:
KASTNER AG – das medienhaus
z. Hd. Frau Bartosch (tgl. 8–12 Uhr)
Tel. +49(0)8442 9253-641
Fax +49(0)8442 2289
E-Mail: lettershop@kastner.de

ERSCHEINT vierteljährlich.
Einzelheft D und A: EUR 9; CH: CHF 15
Jahres-Abo: EU-Staaten EUR 32; Schweiz CHF 58;
übriges Europa: EUR 38, Übersee: EUR 40;
Studentenabo EU-Staaten: EUR 20; außerhalb EU: EUR 25,
Studentenabo Übersee: EUR 25; jeweils inkl. Versand.

Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

VERLAG, DRUCK UND VERTRIEB: KASTNER AG – das medienhaus

Verschenken Sie

Information. Orientierung. Unterhaltung.

**DER
THEATER
VERLAG**

Friedrich Berlin GmbH

**Theater
heute**

tanz

**OPERN
WELT**

**BÜHNEN
TECHNISCHE
RUNDSCHAU**

*Bestellen Sie das Geschenkabo, inklusive App
unter www.kultiversum.de/shop*





**Wirken Sie mit, dass Europa
demokratischer / besser wird!**



**Wählen Sie am 25. Mai 2014
das neue Europaparlament.**